Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045, (Kurt.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonte: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Koch. Halle

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 24. Oktober 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 250

Der aussichtsreiche Kampf abgewürgt

Abgekartetes Spiel der Unternehmer, Schlichter und Reformisten — Die Verbindlichkeit erklärt Die Arbeitsaufnahme für heute diktiert

Hinein in die Gewerkschaften! Macht sie zu Waffen des Klassenkampfes!

Verbindlichkeitserklärung des Braunkohlenschiedsspruches

(WTB.) **Berlin**, 22. Oktober.

Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 21. Oktober gefällte Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt und von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt. Dem Antrag ist vom Reichsarbeitsminister entsprochen worden.

Unter Protest wieder an die Arbeit

Die mitteldeutschen Bergarbeiter nahmen gestern in vielen überfüllten und sehr stürmischen Versammlungen zu dem Beschluß der Funktionärkonferenz vom Sonnabend Stellung. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer empfahlen überall mit warmen Worten die Annahme des Schiedsspruches und die Aufnahme der Arbeit und unterschlugen die Tatsachen, daß die 60 Pfennig Lohnerhöhung nur für die Spitzenlöhne in Frage kommt und die Tarifzeit bis zum 31. August 1928 läuft. Ueberall ernteten sie heftige Protestrufe der Bergarbeiter, die mit Recht darauf hinwiesen, daß sie von der Bureaukratie vergewaltigt worden wären. Man hätte mindestens in einer gründlich vorbereiteten Urabstimmung die Bergarbeiter selbst Stellung nehmen lassen sollen zu dem Verhandlungsergebnis.

Die Bergarbeiter fühlen sich absolut verraten. Eine starke antigewerkschaftliche Stimmung ist der „Gewerkschaftserfolg" dieses vorzeitig abgebrochenen Kampfes. Die Bergarbeiter sind der Auffassung, daß, wenn noch eine Woche der Kampf weitergeführt worden wäre, er zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Sie nehmen aber trotzdem unter Protest die Arbeit wieder auf. Entsprechende Entschließungen wurden in den meisten Versammlungen Mitteldeutschlands von der Opposition eingereicht und auch angenommen. Dabei übten die Gewerkschaftsführer den stärksten Terror aus. Im Geiseltal ließen sie nicht einmal oppositionelle Mitglieder zum Wort kommen und auf die ungeheuren Mängel des Schiedsspruches hinweisen. Trotzdem gelang es in Mansfeld, Schraplau, Theißen usw. Vertretern der Opposition zu Worte zu kommen und den Ausführungen der reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten erfolgreich entgegenzutreten. In diesen Versammlungen wurde der Schiedsspruch abgelehnt, aber die Bergarbeiter werden sich trotzdem auch hier dem Beschluß der Sonnabend-Konferenz fügen.

Damit ist die so aussichtsreiche Bewegung des mitteldeutschen Bergarbeiter-Proletariats im Interesse des Bürgerblocks und des Trustkapitals von der Bureaukratie abgewürgt worden.

Diese Tatsache muß alle Bergarbeiter veranlassen, sich restlos zu organisieren und mit der Opposition den Kampf um die Umwandlung der Gewerkschaften in Kampforganisationen aufzunehmen. Nun erst recht: Hinein in die Gewerkschaften! Kampf gegen Reformismus und Bureaukratie!

Keinen Pfennig den Kohlenbaronen!

Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat und das Ostelbische Braunkohlensyndikat haben die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit der Tagesordnung „Neuregelung der Preise für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau" beantragt.

Diese freche Forderung muß die gesamte Arbeiterschaft mit dem einstimmigen Rufe beantworten: Keinen Pfennig Preiserhöhung den Kohlenbaronen!

Sieg oder Niederlage?

—e Halle, 24. Oktober.

Es gibt Siege, die sich nach einiger Zeit als absolute Niederlagen auswesen.

Zu welcher Sorte von Siegen gehört nun der, den die Bergarbeiter-Verbandsbureaukratie in diesen Tagen mit Engelszungen lobt und preist? Die Antwort haben die Kumpels schon in den gestrigen Versammlungen gegeben. Vergleichen wir aber erst noch einmal das Ergebnis:

Der „Sieg" der Gewerkschaften bringt den Arbeitern bis 60 Pfennig Schichtlohnerhöhung. Ist das ein Sieg, dann hat ihn die besitzende Klasse, besonders aber die Braunkohlenbarone, zu tragen. Doch diese erhielten das Versprechen auf höhere Preise und, was ebenfalls sehr wichtig ist, für eine lange Zeit den „Wirtschaftsfrieden" zugesichert. Wenn es also auch zur Stunde so aussieht, als haben die Gewerkschaften einen Sieg davongetragen, so wird in vier Wochen der letzte Arbeiter sagen, daß es sich hier um einen Pyrrhussieg handelt, daß der einzige Teil, der Vorteile auf lange Sicht aus diesem Kampfe mit nach Hause getragen, das Ausbeutergesindel gewesen ist. Der momentane Sieg der Gewerkschaften wird sich im Laufe der Zeit als eine Niederlage ausweisen.

Das mußten und haben auch die Gewerkschaftsführer vorausgesehen. Aber warum haben sie dann den Kampf abgebrochen? Entsprach vielleicht das Kräfteverhältnis nicht den Hoffnungen auf einen vollkommenen und bleibenden Sieg der Bergarbeiterschaft?

Im Gegenteil: das Kräfteverhältnis lag und entwickelte sich einwandfrei zugunsten der Bergarbeiter! Schon der Kampflage am Sonnabend hätte ein voller Sieg ohne solche ungeheuerlichen Zugeständnisse in der Frage der Tarifzeit usw. entsprochen. Der Bergarbeiterstreik richtete sich in seiner Auswirkung trotz der halben Maßnahmen der Zentralstreikleitung schon gegen die wichtigsten Fundamente der deutschen Bourgeoisie, besonders aber gegen ihre Chemieindustrie. Diese ist bekanntlich in den letzten Jahren immer abhängiger von der billigen Braunkohle gemacht werden. Kohleverflüssigung, Oel- und Benzingewinnung aus Kohle sollen hier bloß schlagwortartig die ungeheure Bedeutung der Braunkohle für den größten Trust Deutschlands, die J. G. Farbenindustrie, zeigen. Wegen dieser Bedeutung der Braunkohle ist auch die J. G. Farbenindustrie selbst beteiligt an riesigen Braunkohlenunternehmungen und beherrscht z. B. von der Riebeck-Montan 50 Prozeit, also den ausschlaggebenden Teil, der Aktien.

So lauerte also hinter der Auseinandersetzung zwischen den Braunkohlenarbeitern und den Braunkohlenherren die Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft des größten deutschen Trustes und der Handvoll Parasiten dieses Riesenunternehmens. Es bestand die Möglichkeit, daß der Kampf der Bergarbeiter diese Auseinandersetzung über Nacht auslösen konnte. In der jetzigen Periode hätte dieser Kampf aber unbedingt mit einem Siege der Arbeiterschaft enden können oder der Kampf hätte dem neudeutschen Imperialismus mindestens so ungeheure Schlappen beigebracht, daß er für lange Zeit gewaltig geschwächt worden wäre. Das mußte im Interesse des Profites verhindert werden, besonders jetzt, wo dieser Trust im Begriff ist, durch vielseitigere und gründlichere Ausnutzung gerade der Braunkohle sich neue Profitmöglichkeiten durch Kohleverflüssigung und Benzinherstellung zu erschließen.

Die Bourgeoisie witterte sofort diese Gefahr und verlangte von ihrem Reichsarbeitsminister, daß er auf dem schnellsten Weg einen Schiedsspruch fällt, der nach außen hin wohl wie ein Sieg der Arbeiterschaft aussieht und diese mit Gewerkschaftsführer-Hilfe beruhigt, der aber die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit vertagt und verschiebt bis zu einer Zeit, wo die Kampfsituation vielleicht für das Unternehmertum viel günstiger ist, wo es ihr vielleicht leichter sein wird, die Arbeiterklasse, auch wenn diese noch geschlossener, noch viel heldenhafter kämpfen würde als jetzt, niederzuschlagen.

Das muß man begreifen, um die ganze Größe des Verrates der Gewerkschaftsbureaukratie zu erkennen! Seit vielen Jahren ist anläßlich der jetzigen Konjunktur die Möglichkeit gegeben, große Lohnvorstöße nicht nur im Braunkohlenbergbau, sondern auch in den davon abhängigen Industrien zu erringen. Wir verlangten darum auch, daß die Kampffront unbedingt erweitert würde, daß die Forderungen unbedingt erhöht werden müßten, daß besonders die Arbeiter der Chemie-, Elektrizitätsindustrie usw. ihre Gewerkschaftsleitungen zwingen müßten, die jetzige günstige Situation auch für den Kampf um die Erhöhung ihres

Wie die Bureaukratie den Streik abwürgte

Durchsichtiges, abgekartetes Spiel — Vergewaltigung der Mitglieder — Keine Argumente gegen die Opposition

Die Funktionärkonferenz, die am Sonnabend im „Volkspark", Halle, stattfand, war nichts weiter wie eine abgekartete Komödie. Schon im Laufe des Vormittags war die Bureaukratie zusammengekommen und hatte alle Vorbereitungen zur Abwürgung des aussichtsreichen Kampfes getroffen. Schmidt vom Hauptvorstand erzählte den Funktionären dann etwas von „dem großen Erfolg" und wies mit keinem Wort darauf hin, daß dieser Erfolg besonders durch die lange Tarifzeit, die Nichtberücksichtigung der niedrigen Lohnstufen und die schlechte Stellung der Randreviere vollkommen abgeschwächt wird.

Das versuchten einige Bergarbeiter aus dem Zeitz-Weißenfelser, hallischen und Mansfelder Revier zu widerlegen. Geschickt schob die Versammlungsleitung die Sache so, daß diese Oppositionellen zu Beginn der Diskussion sprachen. Nach ihnen redeten noch zirka sieben Mann im Interesse des Hauptvorstandes. Keiner von diesen bestellten Diskussionsrednern ging auf die Argumente der Opposition ein: Urabstimmung, lange Tarifzeit, zu große Staffelung der Löhne usw. Schmidt antwortete selbst noch einmal einem sozialdemokratischen Oppositionsredner aus Kassel. Die anderen machten direkt mies und phantasierten vom „Lotsiegen", erzählten den alten Schwindel von dem „radikalen Betriebsrat", der in irgendeiner Grube Teilabkommen getroffen haben soll usw. Mit ganz demagogischen Mitteln seifte Gebhardt (Essen) die Funktionärversammlung ein.

Ich kann die Opposition verstehen, rief er mit Schwung in den Saal, aber glaubt mir, wenn ich den Ruhr-Kumpels erzählen würde, Ihr bekommt ab morgen 60 Pf. Schichtlohn mehr, sie würden sich riesig freuen und uns zujubeln. Und dann malte er an die Wand, wie ab Montag die Unternehmer mit Flugzetteln und Schriftstücken die Arbeiter bearbeiten und die Streikfront zersetzen würden. Natürlich geht er gar nicht ein auf die anderen Bestimmungen des Schiedsspruches, verschweigt also ebenfalls einen Teil der Wahrheit, das gerade von der Ruhrbergarbeiterschaft ebenfalls als ein glatter Betrug empfunden werden würde.

Mit einmal verkündet Husemann: „Es ist ein Viertel nach drei, um vier Ihr sollen wir uns erklärt haben. Ich schlage vor: Schluß der Debatte. — Es erhebt sich kein Widerspruch: Schmidt hat das Schlußwort."

Dieser faselt noch einmal von dem großen finanziellen Erfolg und von dem noch größeren „moralischen Erfolg" und von der Gefahr, die für eine Fortsetzung des Kampfes die Unorganisierten in den Streik bedeuten. Mit ganz oberflächlichen und demagogischen Redensarten versteht er es, den Funktionären wieder blauen Dunst vorzumachen. Mit keinem Wort geht er auch dieses Mal ein auf die Forderung der Opposition.

Ein Antrag der Opposition, der Urabstimmung verlangt, wird einfach nicht behandelt. Dagegen wird über eine Entschließung eine namentliche Abstimmung vorgenommen, in der es u. a. heißt:

„Die am 22. Oktober in Halle tagende Funktionärkonferenz aller am Tarif beteiligten Organisationen nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der am 20. und 21. Oktober in Berlin stattgefundenen Verhandlungen. Die Erhöhung der Löhne um 11,5 Prozent bedeutet einen großen Erfolg der Gewerkschaften. Wenn sie auch in Anbetracht des niedrigen Lohnstandes im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau keine volle Befriedigung auslöste, so spricht sich die Konferenz doch unter Berücksichtigung aller Umstände für die Annahme des Schiedsspruchs aus und beauftragt die Organisationsleitung, die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen."

Diese Entschließung wird mit 381 gegen 36 Stimmen angenommen bei 3 ungültigen Stimmen. Pünktlich um 4 Uhr wurde dann die Verbindlichkeitserklärung bekanntgegeben. Es ging alles wie am Schnürchen!

Ueber die Zusammensetzung der Konferenz wird in den Versammlungen des VBB. noch gründlich zu sprechen sein. Nur eine zehnmal ausgesiebte reformistentreue Versammlung war zustande gekommen. Ein Urabstimmung hätte unbedingt ein anderes Resultat gebracht.

Bezeichnend dafür ist auch, daß scheinbar durch Legitimation von Verbandsgrößen hin der sozialdemokratische Redakteur Bergholz (Zeitz) und der vom „Volksbote" als „Genosse" reklamierte Wiener Spießbürger Dr. Frey, Reporter vom Wiener „Abend", an der Konferenz teilnahmen, während man den Redakteuren des „Klassenkampf", der „Roten Fahne" und der „Welt am Abend" den Zutritt strengstens verweigerte.

Brecht die Unternehmerwillkür

(WTB.) Halle. Wie wir von der Zentralstreikleitung erfahren, haben sich bei der Wiederaufnahme der Arbeit am Montagfrüh nicht alle Arbeitgeber an die Vereinbarung, alle Leute wieder einzustellen, gehalten. So seien aus dem Senftenberger Bezirk 7 bis 8 Fälle, aus dem Halleschen Revier 1 Fall gemeldet, im letzteren seien 4 Leute nicht wieder eingestellt worden. Die Vertragsparteien sind aber dabei, diese Unstimmigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0001

Lohnes auszunützen. Je breiter die Front, um so größer wäre auch für die Bergarbeiter die Aussicht auf vollen Sieg gewesen.

Das wäre eine der Situation entsprechende Taktik revolutionärer Gewerkschaften gewesen!

Statt dessen aber gingen die Gewerkschaftsführer hin zum Reichsarbeitsminister und verkuhhandelten die Kampfenergien der Bergarbeiter, die gute Kampfsituation der gesamten Arbeiterschaft, und zwar für ein Linsengericht. Von vornherein beugten sie sich der Verbindlichkeitserklärung und verkündeten schon am Sonnabend früh in ihren Zeitungen, daß diese unbedingt ausgesprochen und man sich ihr fügen würde. Dieser Vorgang beweist wiederum, daß die Taktik der Gewerkschaftsführer nichts mehr zu tun hat mit dem Klassenkampf, daß es ihnen nur darauf ankommt, etwas zu haben, mit dem sie die Arbeiter wieder in die Betriebe schicken und den „Wirtschaftsfrieden" erneut herstellen können.

Der Schluß, den große Teile der Bergarbeiter aus diesem Verhalten der Bureaukratie instinktiv ziehen wollen, ist:

„Wir schmeißen den Bureaukraten die Verbandsbücher vor die Beine!"

In vielen Versammlungen hörten wir, wie diese Redensarten mit vollberechtigter Wut den Bureaukraten an den Kopf geworfen wurden. Doch wäre dies der falsche Schluß aus den jetzigen Ereignissen.

Hinein in die Gewerkschaften! Dort straff organisierte fraktionelle Arbeit unter kommunistischer Führung gegen die Bureaukratie geleistet! Dann wird der Tag nicht fern sein, wo wir dieses im Grunde feige Lakaiengesindel beiseiteschieben und die Gewerkschaften zu Waffen des revolutionären Klassenkampfes machen, wo sie das sind, was schon Karl Marx von ihnen verlangte:

Hebel zur endgültigen Befreiung des Proletariats vom Ausbeutertum und Kapitalismus.

Die „Rote Fahne" zum Kampfabbruch

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 24. Oktober.**

Die „Rote Fahne" schreibt heute zum Abbruch des Bergarbeiterkampfes: „Die Braunkohlenbergleute Mitteldeutschlands haben nach acht Tagen Streik die Arbeit wieder aufgenommen. „Als Sieger kehren sie an die Arbeit zurück", so äußert sich in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" Friedrich Husemann, der Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes. Das ist nur bedingt richtig. Ein wirklicher und vollständiger Sieg der Braunkohlenarbeiter hätte in Kürze errungen werden können, wenn die reformistischen Führer nicht feige vor dem Schiedsspruch des Schlichters kapituliert hätten. Wenn es jetzt mit Hilfe der Reformisten noch einmal gelungen ist, die Bergarbeiter um den vollen Sieg zu betrügen, so hat man ihnen doch keine Niederlage beibringen können. Wenn sie und mit ihnen die deutschen Arbeiter die richtige Lehre aus diesem Kampfe ziehen, dann werden die Fesseln solcher Schiedssprüche vor dem neuen Ansturm der Massen bald brechen. Darum rufen wir den Arbeitern zu:

„Organisiert Euch zum neuen Kampf, zum wirklichen Sieg!"

Wachsende Teuerung

Die auf den Stichtag des 19. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts war mit 139,9 gegenüber der Vorwoche unverändert. Von den Hauptgruppen weist die Indexziffer für Agrarstoffe einen Rückgang von 0,6 Prozent von 138,5 auf 137,9 auf. Die Indexziffer für Kolonialwaren hat um 0,7 Prozent von 131,3 auf 132,0 angezogen. Während die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren mit 134,1 unverändert lag, hat sich diejenige für industrielle Fertigwaren gegenüber der Vorwoche um 0,8 Prozent von 152,4 auf 153,2 erhöht.

Die vorstehenden Großhandelsindexziffern zeigen die Verteuerung in den Posten für Kolonialwaren und industrielle Fertigwaren an, während auch der Posten für Agrarstoffe bei pflanzlichen Nahrungsmitteln eine Steigerung von 143,5 auf 143,9, bei Vieherzeugnissen von 154,8 auf 155,5 und bei Futtermitteln von 141,1 auf 141,8 aufweist. Lediglich der Posten für Vieh zeugt einen Rückgang von 117,9 auf 113,5.

Große Erregung über die Streikabwürgung

Zieht die richtigen Schlüsse: Macht die Gewerkschaften zu Kampforganisationen

Wortlaut des Betrugsschiedsspruches

Der Schlichter hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die Lohnordnung wird mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß vom Tage der Arbeitsaufnahme an der Tarifdurchschnittslohn in den Kernrevieren von 5,20 auf 5,80 Mk. erhöht wird.

2. In den anderen Revieren ist der Lohn im gleichen Verhältnis zu erhöhen.

3. Die Verteilung der Lohnerhöhung innerhalb der einzelnen Gruppen findet innerhalb der Parteien statt.

4. Die Regelung gilt bis zum 31. August 1928.

5. Die Parteien haben sich bis zum 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, zu erklären.

*

Die Tarifparteien selbst haben folgende Vereinbarung abgeschlossen:

1. Die Gewerkschaften verpflichten sich, dahin zu wirken, daß die gelegentlich der von ihnen eingeleiteten Kündigungsaktion ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen werden. Die Anmeldung zur Arbeit gilt als Zurücknahme der Kündigung.

2. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewilligungen finden nicht statt.

3. Der Arbeitgeberverband verpflichtet sich, bei seinen Mitgliedern dahin zu wirken, daß die Arbeiter, die gelegentlich der Kündigungsaktion ordnungsgemäß kündigten oder die Arbeit ohne Kündigung niedergelegt haben, wieder eingestellt werden, soweit sich diese Arbeiter spätestens am Dienstag, dem 25. Oktober d. J., wieder zur Arbeit melden. Das gleiche gilt für diejenigen Arbeiter, die gelegentlich der Kündigungsaktion entlassen wurden.

4. Die Wiedereinstellung der Arbeiter bewirkt, daß das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt. Abzüge für Kontraktbruch dürfen nicht gemacht werden. Soweit den Arbeitern Wohnungen gekündigt sind, werden diese Kündigungen aufgehoben. Die Parteien werden die Neuwahlen von Betriebsräten nicht fordern.

Die Bestimmung bezüglich der Wiedereinstellung der Arbeiter bezieht sich auch auf die abgereisten Arbeiter, soweit sie sich bis zum 25. Oktober melden.

*

Es ist bezeichnend, daß diese Vereinbarungen schon getroffen waren, ehe für die breite Oeffentlichkeit die Annahme des Schiedsspruches feststand und seine Verbindlichkeit erklärt war.

Belegschaft von Karl Ernst protestiert gegen den Schandschiedsspruch

Folgende Resolution wurde von der Belegschaft einstimmig angenommen:

„Die Belegschaft der Grube Karl Ernst nimmt Kenntnis von dem Beschluß der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen, welche am 22. Oktober 1927 im „Volkspark" tagten. Die Belegschaft geht nur unter Protest wieder in den Betrieb, aber sie gelobt, nicht eher zu ruhen, bis die Löhne den Preisen wieder angepaßt werden. Außerdem verlangen wir von den Gewerkschaften mehr Demokratie (Urabstimmung!?) und ein größeres Einsetzen für die niedrigen Lohnstufen."

Waldecker vom Hauptvorstand holt sich eine Abfuhr

In Wansleben und Schraplau fanden am Sonntag sehr gut besuchte Versammlungen der Streikenden statt. Es sprach das Mitglied des Hauptvorstandes des BAV. Waldecker. Er versuchte den Kumpels die Annahme des Schiedsspruches recht schmackhaft zu machen und stellte das Ergebnis als einen Erfolg des Bergarbeiterverbandes hin. Er brachte zum Ausdruck, daß ja nun, nachdem die 60 Pfennige durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden seien, die Rechtslage so sei, daß an ein Weiterstreiken nicht zu denken sei. Er lobte die Geschlossenheit des Kampfes und versprach, sehr bald (!) auch die Frage der Arbeitszeit im günstigen Sinne für die Bergarbeiter lösen zu wollen. In der Diskussion sollten, wie die sozialdemokratische Versammlungsleitung bekanntgab, nur am Streik beteiligte Arbeiter das Wort erhalten. Das erregte den Widerspruch der zahlreich Versammelten, und als die Genossen Lademann (M. d. L.) und Lessig das Wort erbaten, wurde ihnen das von der Leitung rundweg abgelehnt.

Die Kumpels aber protestierten gegen diese Leitungsdiktatur einmütig und setzten es einstimmig durch, daß die beiden Genossen das Wort erhielten.

Lademann und Lessig legten dar, daß der Schiedsspruch ungenügend sei, daß er dem geschlossenen Aufmarsch der gesamten Bergarbeiterschaft hohnspreche, daß die Dauer des Schiedsspruches bis zum August nächsten Jahres untragbar sei, daß die Unternehmer diese Dinge noch mehr drücken würden, als das heute schon der Fall ist. Besonders nahmen sie die Schlichtungspolitik des Bürgerblocks unter die Lupe. Diese Schlichtungspolitik, so sagten sie, sei der Strick zur Abwürgung eines jeden Kampfes, und diese Schlichtungspolitik sei eine Frucht der Koalitionspolitik der SPD. Beide Redner verlangten geschlossene Weiterführung des Kampfes durch die Gewerkschaften. Die Versammelten waren einmütig der Meinung, daß sie durch ihre Instanzen wieder einmal verkauft worden seien. Sie brachten aber zum Ausdruck, daß nur der einige und geschlossene Kampf wirklich zum Erfolg führe. Es gelte vor allen Dingen jetzt neu zu rüsten, um endlich den Achtstundentag für die Bergarbeiterschaft zu erringen. Alle Redner, mit Ausnahme von einem, sprachen sich im Sinne der Losungen der Kommunistischen Partei aus.

Der Schiedsspruch ist abgelehnt worden.

Waldecker vom BAV. versuchte das, was die Diskussionsredner gegen den Verrat der Bureaukratie gesagt hatten, zu zerpflücken. Ein Sturm der Entrüstung der Bergarbeiter ließ ihn nicht weiter sprechen. Er mußte abtreten. Er konnte nur noch sagen, daß die Bergarbeiter sich in Zukunft die Leitung wählen sollen, die sie für richtig halten, und allgemeine Zurufe belehrten ihn, daß die Bergarbeiter aus ihrem Schlafe erwacht seien und sie sich in Zukunft nicht mehr die Diktatur der Bureaukratie gefallen lassen würden. Sozialdemokratische wie kommunistische Arbeiter waren sich im Willen einig, daß es einer verstärkten Anstrengung bedürfe, um recht bald wieder im geschlossenen Kampf sich bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zu erkämpfen.

Aus dem Mücheiner Revier

wird gemeldet:

In Leuna ist das Mitglied des Bergarbeiterverbandes nicht zu Worte gekommen, weil er als zurzeit Erwerbsloser nicht am Streik beteiligt gewesen wäre. Er hat versucht, durch Zwischenrufe etwas zu erreichen. Die Versammlung war von 200 Mann besucht, auf seiten des Referenten Hesse stand jedoch nur ein Bäckerdutzend. Zu einer Beschlußfassung ist es nicht gekommen.

In Großkanna soll die Versammlung in ähnlicher Weise verlaufen sein. Hesse hat hier zur Beruhigung erklärt, daß die Frist bis zum 31. August 1928 gar nicht so ernst zu nehmen sei.

Im allgemeinen erklärten sich die Versammlungen unter Widerspruch bereit, wieder in die Betriebe zu gehen. Eine antigewerkschaftliche Stimmung konnte wegen des feigen Verhaltens der Bureaukratie fast überall festgestellt werden.

Bericht vom Bitterfelder Revier

In Roitzsch sprach der Genosse Borrmann (Vorsitzender der KPD.). Der Schiedsspruch ist angenommen worden. Die Proleten sind sehr aufgeregt, sie sträuben sich dagegen, aber sie stimmen dem Schiedsspruch zu, weil sie die 60 Pf. immerhin noch als einen Erfolg betrachten.

In Holzweißig haben unsere beiden Genossen, die Mitglieder der Streikleitung sind, sich geweigert, am Tisch der Versammlungsleitung Platz zu nehmen, mit der Begründung, daß sie sich für einen solchen Schiedsspruch nicht einsetzen können. Es sei doch auch abgelehnt worden, unsere Genossen reden zu lassen. Schiedsspruch ist angenommen worden.

Ferner wurde der Schiedsspruch in Sandersdorf angenommen.

Ueberall Empörung der Bergarbeiter

Naundorf (Geiseltal). In einer Streikversammlung berichtete Steffens, Merseburg, über das Ergebnis der Lohnbewegung. Bezeichnend war, daß er sehr phrasenreich sprach, aber wohlweislich unterließ, die wichtigsten Bestimmungen des Schiedsspruches näher auszuführen. So verschwieg er z. B. vollständig, daß die 60 Pfennig Schichtlohnerhöhung nur für ein Kernrevier in Frage kommen und die Löhne der anderen Reviere sich verhältnismäßig abstufen. Die lange Laufzeit bis zum 31. August 1928 suchte er dadurch schmackhaft zu machen, daß er auf die Möglichkeit zwischentariflicher Lohnregelung hinwies und erklärte, diese Zeit sei im Frühjahr gekommen, wenn der Kampf um die Arbeitszeitregelung beginne. Nach Ausführungen eines Diskussionsredners meinte Steffens dann noch, die 80 Pfennig seien nur ein Vorschlag gewesen und es sei immer so, daß man dann etwas ablassen müsse.

Theißen: Die Versammlung war von 600 bis 800 Streikenden besucht. Die Gewerkschaftsbureaukratie versuchte, Redner der Gewerkschaftsopposition auszuschalten, indem sie nur Streikende zuläßt. Müller, Zeitz, vom Metallarbeiter-Verband gab den Bericht über die Verhandlungen und das Ergebnis. Er fordert unbedingte Zustimmung zu dem Schiedsspruch. Die Bergarbeiter brachten zum Ausdruck, daß der Schiedsspruch unannehmbar sei. Schröter, Halle, welchem Schwierigkeiten gemacht wurden, ehe er zum Reden kam, zeigte den Inhalt des Schiedsspruches auf und wies nach, in welcher Weise die Bergarbeiter betrogen werden sollen. Indem er die Unmöglichkeit der Annahme des Schandspruches aufzeigte, forderte er eine Abstimmung über Annahme oder Ablehnung und findet mit seinen Ausführungen größten Beifall. Im Schlußwort versuchte Müller die von Schröter aufgezeigten Tatsachen totzuschweigen. Es gelang ihm nicht. Eine Abstimmung wurde von ihm hintertrieben.

Zeitz. Es spricht für den Schandschiedsspruch Wunderlich, Altenburg. Mit den schlimmsten Mitteln wird von ihm versucht, den Schiedsspruch schmackhaft zu machen. Mehrere Bergarbeiter sprechen gegen die Annahme des Schiedsspruches. Dem Genossen Rackwitz wurde das Wort nicht erteilt. Die Abstimmung über eine Resolution, welche die Annahme gutheißt und den Gewerkschaften Vertrauen ausspricht, wird mit 20 gegen 5 Stimmen angenommen. Die gewaltige Mehrheit enthält sich auch hier der Stimme. Ein deutliches Zeichen, daß die Bergarbeiterschaft mit dem Schandspruch und der Taktik der Gewerkschaften nicht einverstanden ist.

Dronßig. Das Bild ist dasselbe wie in allen Versammlungen. Starke Ablehnung des Schiedsspruches durch die Bergarbeiter. Gilbert gibt sich alle Mühe, die Annahme schmackhaft zu machen. Zwei Genossen sprechen dagegen und finden starken Beifall. **Eine Abstimmung wird auch hier abgelehnt. Besuch etwa 100 Bergarbeiter.**

Der Bürgerblock schickt seinen Reichstag nach Hause

—ck. **Berlin, 22. Oktober.**

Nun fahren die Herren Volksvertreter erneut in die Ferien, aus denen sie nach vier Monaten Sommerpause erst gekommen sind. Die Ledersessel stehen verwaist, im Restaurant ist man die Sorge los, was zur Erfrischung und Stärkung der Abgeordneten auf die Speisekarte kommen soll. Nur einige Ausschüsse werden tagen in diesem Hause, dessen Wandelhalle immer noch von dem steinernen Standbild des Kartätschenprinzen von 1848, des späteren ersten deutschen Kaisers, aus dem Geschlecht der Hohenzollern beherrscht wird. Neuerdings haben sich die Büsten Friedrich Eberts und Hindenburgs dazu gesellt, eine merkwürdige Dreieinigkeit, in deren Zeichen die Bürgerblock-Politik prächtig gedeiht. Stumm und friedlich liegt der Platz der Republik, von der außer den Straßenschildern nichts zu entdecken ist. Der Bürgerblock regiert, und die hinter ihm stehenden Parteien haben deutlich genug in dieser Woche als Leitspruch ihres Handelns gegenüber den Abgeordneten der Opposition mit Heines Bürgermeister proklamiert: „Euch ziemt es, stets das Maul zu halten!"

Diese Opposition ist allerdings in ihrer überwiegenden Mehrheit der Behandlung würdig, die sie erfahren hat. Da sind zunächst die Demokraten, die in der Absicht, von den enteilenden Wählermassen etwas festzuhalten, so tun, als ob sie wollten — aber sie können nicht mehr. Sie haben zu lange das Brot der praktischen Mitarbeit am Bau der Fundamente der Bürgerblockpolitik gegessen, sie sind zu charakterlos und abhängig von den Einflüssen finanzkapitalistischer Interessen, als daß sie auch nur in einer Frage einen ernsthaften Widerstand gegen die Bürgerblockpolitik leisten könnten.

Aehnlich steht es mit den Sozialdemokraten. Sie haben eine große Partei und eine große Fraktion, sie reden in ihren Zeitungen die kühne Sprache vom „Kampf gegen den Bürgerblock", aber bei jedem Schritt, den sie wirklich auf dem Kampffeld machen wollen, hängt ihnen das Bleigewicht ihrer preußischen Koalitionspolitik an den Beinen und zieht sie in den Sumpf einer üblen Kompromiß- und Kulissenpolitik mit den Parteien des Bürgerblocks. Zwar hat die sozialdemokratische Fraktion einen leisen Widerstand gegen die Pläne und Maßnahmen zur Ausschaltung des Reichstages geleistet. Abwechselnd stiegen Hermann Müller und Wels zur Rednertribüne und drückten den Wunsch nach einer Behandlung der sozialdemokratischen Wirtschaftsinterpellation aus. Auch die Besprechung des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks wurde von ihnen befürwortet. Aber, wie dies geschah, mit welcher Begründung und welchem Kraftaufwand, war das entscheidende. Der Ton macht die Musik! Und der Ton dieser sozialdemokratischen Führer war ein solcher von Leuten, die sich mit der Tatsache der Diktatur der Bürgerblockparteien längst abgefunden haben und im Grunde genommen damit einverstanden sind, die aber aus Rücksicht auf die kommende Wahlagitation sich als demokratische Volkstribunen aufspielen. Die sozialdemokratische Fraktion hat es durch ihre Stärke in der Hand, bei ernsthaftem Willen einen früheren Zusammentritt des Reichstags zu erzwingen.

Daß sie dies nicht tut, ist die Folge der Tatsache, daß die SPD. gar kein ernsthaftes Interesse an der breiten Aufrollung aller politischen und sozialen Fragen im Reichstag hat.

Zu deutlich wird bei der Beratung jeden Gegenstandes (in dieser Woche waren es vor allem Schulgesetz und Besoldungsreform) die beherrschende politische Tatsache, daß die Sozialdemokratie durch ihre Beteiligung an der preußischen Regierung dem Bürgerblock verbündet ist, sie kann nicht über ihren eigenen Schatten springen — die Koalitionspolitik.

So blieb die kommunistische Fraktion die einzige, die in dieser fünftägigen Zwischentagung ernsthaft die Interessen des Proletariats, aller werktätigen Schichten der Bevölkerung durch die entschiedenste Kampfstellung gegen den Bürgerblock vertrat, auch gegen die Pilsudski-Methoden des Bürgerblocks, die Ausschaltung des Reichstags, die Abwürgung jeder Debatte über die wichtigsten Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung führte sie allein einen entschlossenen Kampf. Jeder Schritt der Fraktion war getragen von dem Bewußtsein, daß nur die Aufrüttelung der breiten Massen außerhalb des Parlaments die notwendige Abrechnung mit der Politik des Bürgerblocks und seiner sozialdemokratischen Hilfsdienstpflichtigen herbeiführen kann. Das erste Wort der kommunistischen Fraktion bei Beginn der Reichstagsverhandlungen war das Verlangen nach der Auflösung dieses Reichstags. Die jetzige Tagung hat bewiesen, wie notwendig es ist, die Abrechnung mit der Bürgerblockpolitik, die vom Reichstage gedeckt wird, vorzunehmen. Je früher, desto besser!

Was will der Reklame-General in Nord-Amerika?

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 24. Oktober.**

Wie die „Zeitnotizen" melden, ist der Haupttrick des Generals Heyeder, für den neuen Wehretat, der ungefähr 100 Millionen Mark höher sein wird als der letzte, in Amerika Stimmung zu machen, damit die amerikanische Regierung auf den Reparationsagenten Parker Gilbert einwirke, gegen die Erhöhung keinen Einspruch zu erheben, wie er es jetzt wegen der Erhöhung der Beamtengehälter getan hat.

Die Etatserhöhung kommt in der Hauptsache auf das Konto der beabsichtigten Heeresmotorisierung, die nach den Erfahrungen der letzten Manöver, in denen bekanntlich die Verwendung von Motoren eine Rolle spielte, der Heeresleitung angezeigt erscheint.

Weiterhin werden die erheblich neuen Mittel verwendet für neue Geräte, in erster Linie Nachrichtengerät und Gasabwehrmittel.

Im Zusammenhang mit den erwähnten Plänen wird General Heye in Amerika die dort bereits durchgeführte Heeresmotorisierung studieren, und zwar sowohl in ihrer Ausgestaltung als auch besonders in dem Zusammenwirken zwischen Armeebehörden und Industrie. Man erwartet, daß die Generalität und darnach die Regierung der Vereinigten Staaten diesen Plänen volles Interesse entgegenbringen und sie bewerten werden.

Für militärische Rüstungen hat die deutsche Bourgeoisie also Geld, aber für Bergproleten, Arbeiter, Angestellte . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0002

Außenpolitische Wochenschau

10 Jahre Sowjetunion — Tschechische Gemeindewahlen — Balkan — Polen und Litauen — Mexiko

r. g. In Leningrad haben die Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen der Sowjetunion mit der außerordentlichen Tagung des Zentral-Exekutiv-Komitees begonnen. Es war die wirksamste Feier, die unter den gegebenen Umständen denkbar war: an ihrem 10. Jahrestage sagt die Sowjetmacht den Massen, was in diesen Jahren des Kampfes und des Aufbaues erreicht wurde und welche unmittelbaren Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Massen durch diese zehnjährige Arbeit möglich geworden sind.

Gerade darum ist es aber auch eine Feier des Kampfes mit der kapitalistischen Welt, die im Zeichen der drohenden Kriegsgefahr vor sich geht. Die Weltbourgeoisie kann auf die Dauer nicht dulden, daß Rußland zum Siebenstundentag übergeht, während in Deutschland, England und selbst Amerika große Arbeitergruppen neun und zehn Stunden arbeiten. Sie versteht, daß hier eine grundlegende Gefahr für ihre Herrschaft besteht und organisiert den Interventionskrieg. Aber die Art, wie die Sowjetmacht ihren zehnten Jahrestag begeht, ist die beste Antwort auf die Kriegsgefahr: sie zeigt den Werktätigen Rußlands, was sie zu verteidigen haben und sagt zugleich den Arbeitern der kapitalistischen Länder, welcher Lohn ihnen winkt, wenn es gelingt, durch Sturz der eigenen Bourgeoisie den Angriff auf das erste Land der proletarischen Diktatur zu vereiteln.

So stehen die Fragen ganz prinzipiell und in diesem Augenblick zeigt sich die Bourgeoisie als eine einheitliche, ihrer Klasseninteressen bewußte Macht. Nur die Methoden sind verschieden. Offen und kraß schreibt die „Deutsche Zeitung“:

„Zehn Jahre lang duldet es die gesittete Welt, daß ein kleiner Klüngel gerissener Geschäftspolitiker nicht nur heute noch ein 140-Millionen-Volk knechtet und verelenden läßt, sondern auch die ganze Welt vergiftet und in allen Staaten wühlt. Es wird Zeit, daß dieser Pestherd endlich vernichtet wird.“

Das „Berliner Tageblatt“ ist etwas feiner. Natürlich ist es pazifistisch „aus Prinzip“ — aber in seinem Wirtschaftsteil erscheinen Artikel, die dringend vor der Gewährung neuer Kredite an die Sowjetunion warnen. Erstens sei es ein schlechtes Geschäft, die Russen seien bei der Abnahme der Waren furchtbar „rigoros“ (zu deutsch: sie lassen sich nicht alle Ausschußware für teures Geld andrehen) — zweitens bestehe ja gar keine Aussicht, daß die russische Wirtschaft sich unter dem gegenwärtigen System weiter entwickle und drittens „sprechen außenpolitische Motive heute eher gegen, als für die weitere Kreditgewährung“. Zu deutsch: man kann sich beim englischen Imperialismus gut anschreiben, wenn man die Kredite sperrt — und ganz nebenbei bemerkt der sachliche Wirtschaftler, man könne ja nicht wissen, ob Rußland nicht mit den ihm zu Handelszwecken gewährten Krediten die bolschewistische Auslandspropaganda finanziere. Und das sind schließlich dieselben Töne, die wir auch in Frankreich von sehr „linken“ und „demokratischen“ Leuten zu hören bekommen.

Die Sozialdemokratie steht in derselben Front. Nicht nur in Deutschland, wo der „Vorwärts“ seine Antisowjethetze munter fortsetzt (und übrigens manchmal ganz ähnliche Artikel zur Kreditfrage bringt, wie das „Berliner Tageblatt“). In England gründen reformistische Gewerkschaftsführer gemeinsam mit Führern der Kriegsindustrie eine „Liga des industriellen Friedens“ (zu deutsch: Arbeitsgemeinschaft) zur Verhinderung von Streiks. Ben Tillet, Shaw (der nebenbei an Mussolini Sympathiekundgebungen schickt), Turner, Henderson, Thomas, Snowden und natürlich auch Macdonald begrüßen die neue Gründung. In Deutschland haben 1914 die Reformisten mit der Proklamation des Burgfriedens wenigstens solange gewartet, bis der Krieg erklärt war und haben dann gesagt, daß nun nichts anderes mehr übrig bleibe, wenn das „Vaterland“ nicht zugrunde gehen solle. In England ist man vorgeschrittener: man beruhigt die „eigene“ Bourgeoisie (sofern das überhaupt notwendig ist) schon im Voraus über die unbedingte Zuverlässigkeit des Reformismus im Kriegsfalle und macht ihr so Mut zu immer unverschämteren Vorstößen gegen die Sowjetunion.

•

Aber die Sozialdemokratie ist nicht die Arbeiterklasse. Nach den Wahlsiegen der KPD. in Hamburg und Königsberg, wo die Stimmenzahlen vom Mai 1924, einer Zeit der revolutionären Hochflut, wesentlich überholt wurden, nach dem glanzvollen Wahlsieg unserer polnischen Bruderpartei, die in Lodz trotz Illegalität und obwohl ihre Liste für ungültig erklärt war, die sozialdemokratischen Stimmenzahlen überholte, hat nun die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, der alle bürgerlichen und reformistischen Propheten eine Niederlage voraussagten, bei den Gemeindewahlen einen außerordentlichen Erfolg errungen. Selbst in Prag, wo eine Gruppe rechter Renegaten die Wahlarbeit der Partei zugunsten der Sozialdemokratie zu durchkreuzen suchte, wurde die Stimmenzahl nennenswert erhöht — in den Landgemeinden sind Stimmgewinne von 40 bis 50 Prozent keine Seltenheit, obwohl die tschechische wie die deutsche Sozialdemokratie sich nun als „Oppositionsparteien“ aufspielen konnten.

Die KPTsch. hat ihre Stellung als stärkste Partei des Landes behauptet, die Regierungsparteien sind überall in die Minderheit gedrängt. Die Aussichten dafür, daß der zweite 4. August Widerhall in den Massen findet, sind im internationalen Maßstabe schlecht.

•

Während sich hier die großen Fronten scharf abzeichnen, brodeln die häuslichen Differenzen der Imperialisten unter der Decke. Hier und da ereignet sich aber doch ein kleiner Zwischenfall. Da wird in Prag ein albanischer Gesandter, der Mussolini und dessen albanischen Trabanten wider den Strich läuft (weil er mit Frankreich und der kleinen Entente konspiriert) „ganz zufällig“ von einem dazu aus Rom herbeigeeilten Studenten erschossen. Die Belgrader Presse nennt den Urheber der Aktion, Mussolini, beim Namen. Resultat: ein drohender diplomatischer Schritt des italienischen Vertreters. Wehe Euch, wenn Ihr es wagt, diese Dinge auszusprechen. Und „ganz zufällig“ gerät gleichzeitig die Erledigung des letzten Zwischenfalles zwischen Jugoslawien und Bulgarien ins Stocken. England ist stark genug, seinen Dienern den Rücken zu decken. Frankreich kann es offenbar kaum mehr.

Litauen erinnert sich plötzlich daran, daß es auch geschätztes Mitglied des Völkerbundes ist und führt gegen Polen wegen der letzten Massenverhaftungsaffäre (die man schon für beigelegt hielt) Beschwerde. Die deutsche Presse sympathisiert offen mit den Litauern (gibt ihnen freilich in der Memelfrage einen gewissen Stucks). Warum auch nicht? Polen soll nach der Aufnahme des letzten Kredites nicht zu übermütig werden und nicht vergessen, daß es noch allerlei unbeglichene Rechnungen mit dem deutschen Imperialismus gibt.

•

In Mexiko hat der amerikanische Imperialismus eine offensichtliche Schlappe erlitten: der konterrevolutionäre Aufstand, dessen Führer, Waffen und Munition aus den Vereinigten Staaten kamen, ist endgültig liquidiert — und nun schimpft die amerikanische Presse (seit Sacco und Vanzetti sind immerhin zwei Monate verflossen) über die „blutgierigen“ mexikanischen Machthaber, die durch die Hinrichtung von Konterrevolutionären beweisen, daß „dieses Volk offensichtlich noch nicht reif sei, sich selbst zu regieren“ — also offenbar eine „freundliche Hilfe“ der Vereinigten Staaten brauche (so wie neulich das nicaraguanische). Aber dazu sind die Dinge noch nicht reif und die offizielle amerikanische Politik hält sich zurück. Auch die der verschiedenen Vasallen Amerikas — von der Presse natürlich abgesehen, deren Symphatien (auch der deutschen in ihrer großen Mehrheit) natürlich auf Seite des konterrevolutionären Aufstandes waren. Die deutsch-mexikanische Handelskammer hat noch ein übriges getan und „wegen der unsicheren politischen Zustände“ vor Geschäften mit Mexiko gewarnt, wogegen die mexikanische Regierung natürlich protestierte. Es ist sehr charakteristisch, daß das „Berliner Tageblatt“ auch diese Aktion der Handelskammer unterstützt.

In Moskau trafen zur Teilnahme an der Oktoberfeier die schweizerische, belgische, norwegische und lettische Arbeiter-Delegation ein. Sie wurden von Vertretern der Gewerkschaften und von Betriebsabordnungen brüderlich begrüßt.

Was verdient ein Braunkohlenarbeiter

auch nach dem jetzigen Schiedsspruch?

Die SPD.-Presse ist offensichtlich ganz begeistert von dem gefällten Schiedsspruch. In ihren Schlagzeilen-Ueberschriften schreibt sie ohne jede Einschränkung „Lohnerhöhung 60 Pfennig pro Schicht“. Daß diese 60-Pfennig-Zulage nur für die Spitzenlöhner bezahlt wird, während die Mehrzahl der Arbeiter viel weniger, bis herunter von nur 23 Pfennig pro Schicht, bekommt, das verschweigt die SPD.-Presse. Das interessiert offensichtlich auch die Verbandsführer nicht, die dem Schiedsspruch zustimmten und ihn den Funktionären zur Annahme empfahlen. Diesen zustimmungsfreudigen „Arbeiterführern“ ist zweifellos jeder Maßstab für Ausbeuter- und Hungerlöhne vollständig fremd geworden.

Die Hungerlöhne in des Wortes schlimmster Bedeutung kommen in nachfolgender auf Grund von Lohntüten und aufgestellten Lohn- und Verdiensttabelle zum Ausdruck:

Durchschnittsverdienste pro Schicht im Revier Zeitz-Weißenfels

(Die Zahlen in Klammern stellen die Löhne nach dem neuen Schiedsspruch dar, die nicht eingeklammerten Zahlen die bisherigen Verdienste.)

Arbeiter über	Tariflohn A			Schichtlohn, berechnet mit Hausstandszulage, Deputate und Ferien B			Durchschnittsverdienste für Prämien- und Akkordarb. einschl. aller Zulagen und Schicht C		
20 Jahre	5,07	Mk.	(5,60)	5,32	Mk.	([illegible],82)	6,34	Mk.	(6,94)
19 Jahre	4,42	„	(4,91)	4,62	„	(5,13)	5,21	„	(5,72)
18 Jahre	3,80	„	(4,21)	3,96	„	(4,40)	4,[illegible]0	„	(4,64)
Jugendliche	2,12	„	(2,35)	2,20	„	(2,45)	2,28	„	(2,53)
Arbeiterinnen	2,26	„	(2,51)	2,33	„	(2,59)	2,38	„	(2,64)

Vorstehende Durchschnittsverdienste unter B und C werden nur von 56 Prozent der Belegschaften verdient, 44 Prozent erhalten überhaupt keine Prämien und Akkordzulagen. — Die reine Arbeitszeit (siehe Tarif) beträgt neuneinhalb Stunden pro Tag; mit Pausen, in denen teilweise auch gearbeitet werden muß, und in denen sich die Arbeiter in der Grube aufhalten müssen, beträgt die Schichtzeit bis elfeinhalb Stunden pro Tag.

Von diesen Durchschnittsverdiensten gehen jedoch noch 16 Prozent Abzüge für soziale Beiträge ab, so daß die Höchst-Verdienste pro Woche nach dem neuen Schiedsspruch 35.54 Mark bis herunter für Arbeiterinnen mit einem reinen Wochenlohn von 15,78 Mark und Jugendliche von 14,58 Mark betragen.

Das sind jedoch nur die Löhne für die Kernreviere, in den Randrevieren sind sie noch bedeutend niedriger.

Daß dies für eine Zehn- bis Zwölfstundenschicht bei den heutigen Lebenshaltungskosten wahre Hungerlöhne sind, muß jeder denkende Mensch bestätigen.

Nachdem nun mit Hilfe der SPD.-Führer der Schiedsspruch angenommen und auch gleich für verbindlich erklärt ist, sind die Bergarbeiter für ein ganzes Jahr [illegible] Elendslöhne gefesselt. Wenn sie sich dagegen auflehnen und [illegible] Ablauf dieses Tarifs den Kampf aufnehmen, dann handeln sie „ungesetzlich“, sind strafwürdige Rebellen. Stillschweigend hungern sie für die Interessen des Kapitals, das ist „Ordnung“ in der Hindenburg-Republik!

•

„Wir werden uns das nicht gefallen lassen, wir kommen wieder“, hörten wir gestern die Bergarbeiter mit Recht sagen.

Solidaritätsstreik in Schanghai

(Inprekorr.) Schanghai, 22. Oktober.

5000 Arbeiter einer japanisch-chinesischen Textilfabrik und einer chinesischen Tabakfabrik in der Vorstadt Schanghais traten in einen Einstunden-Streik ein, um ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern der anglo-amerikanischen Tabakfabriken zu bekunden.

Der Vorsitzende der Fabrikkomitees erklärte in einer Massenversammlung, daß, obwohl die Kuomintang die Macht ergriffen hat, die Arbeiter Schanghais ebenso unterdrückt werden wie früher. Er forderte die Arbeiter zum Kampfe auf, um „die Unterdrücker zu beseitigen und die von der Kuomintang verletzte Freiheit wieder herzustellen“.

Das chinesische Proletariat im Kampfe

(Inprekor.) Schanghai, 22. Oktober.

Der Streik der Textilarbeiter in Suchow (Provinz Kiangsu) dauert an. Die Streikenden verhafteten zahlreiche einflußreiche Kaufleute und führten sie gefesselt durch die Stadt. Die Eigentümer der Textilfabriken flohen nach Schanghai und erklärten den Militärbehörden, daß „die Behörden in Suchow außerstande sind, die Arbeiter niederzuhalten, weshalb eine Strafexpedition nach Suchow zu entsenden notwendig ist“.

Listiger Ueberfall auf Tangschenchi

(Inprekor.) Schanghai, 22. Oktober.

Die offiziellen Meldungen, wonach zwischen Nanking und Wuhan vollständige Einigung erzielt und das Plenum des Exekutivkomitees und die Zentralkontrollkommission der Kuomintang bereits zum 1. November einberufen worden sei, verfolgten nur den Zweck, die Vorbereitungen zum vollständigen Bruch zwischen den beiden Gruppen und zum Beginn von Militäroperationen zu maskieren. Nanking täuschte Vorbereitungen zur Fortsetzung des Nordfeldzuges vor, konzentrierte große Streitkräfte, um angeblich die Operationen Fengjuhsiangs und Jenschangs zu unterstützen. Inzwischen wurde jedoch bekannt, daß diese Truppen gegen Tangschenchi, der von der Nankinger Regierung zum Rebellen erklärt wurde, in Bewegung gesetzt wurden. Die Militäroperationen sind bereits im Zuge. Die Armee Tangschenchis konnte dem überraschenden Angriff nicht standhalten, zieht sich nach Preisgabe Wuhus zurück.

Hankauer Meldungen zufolge mobilisiert Tangschenchi seine Streitkräfte zum Kriege mit Nanking. In Hankau herrscht große Erregung.

Wiederaufnahme der Arbeit im asturischen Bergbau?

(WTB.) Madrid, 23. Oktober.

Von 24 000 im asturischen Bergbau beschäftigten Arbeitern stimmten 1800 für Wiederaufnahme der Arbeit. Dies wird am Montag geschehen.

Der Kohlenschipper

Erzählung von Hans Lorbeer

Die Kohlenschipper standen im Regen und arbeiteten. Sie waren eine enttäuschte Gesellschaft. Da hatten sie nun geglaubt, nach dem Kriege würde es besser für sie werden, noch dazu, wo man doch jetzt eine Republik hatte, — und dabei war alles wie vorher, und manchmal noch toller.

Ich war ein Junge von siebzehn Jahren. Stand unter ihnen und hörte ihr Schimpfen. Wenn ich sie ansah, wie ihre grauen, früh gealterten Züge sich verzerrten, hatte ich eine wilde Angst, es möge mit mir einmal auch so sein. Ich dachte an die lange Zukunft, die für mich dann Tag für Tag so grau sein würde, wie heute in dem kalten Regen und der abtötenden Arbeit.

„Da ist nun Revolution gewesen und der Jammer wird nur noch größer,“ brummte der magere Klemm.

Die andern hörten es und in ihrem Gehirn gab es neue Reißer. Ihre Stirnen bekamen Falten und die buschigen Augenbrauen zuckten gequält. Keiner war da, der den Mut gehabt hätte, die Ursache des Jammers zu suchen, zu begreifen — und sie am überzeugten Ende zu bekämpfen. Sie waren alle alte Leute, die wohl in den Tagen der Revolution noch einmal hell aufgeflammt waren, dann aber, als die eigentlichen Kämpfe gegen die Verräter kamen, resigniert in ihren müden Winkel zurückkrochen. Ihnen war das Vertrauen auf ihre und der ganzen proletarischen Masse Macht verlorengegangen. Sie standen im Regen und schimpften und hatten nur noch den Willen zu unsinnigen Träumen: daß ihnen die Herren von selbst entgegenkommen würden, — vielleicht einmal freundlich zu ihnen sein oder so — — —.

Und ich, als der Junge unter ihren alten Gedanken, war wie ein beschattetes Bäumchen, das mitten unter dichtem Kieferngestrüpp verkommen mußte. Wenn nicht meine jugendliche Sehnsucht gepocht hätte, — ich wäre einer der Schimpfenden geworden. Aber diese Sehnsucht brannte, je mehr sie eingeengt und gedämpft werden sollte. Sie brannte unter meiner Kinderstirn, in meiner vom vergangenen Krieg eingepreßten Brust. Ich konnte es nicht glauben, daß es so bleiben würde; gewiß, die geheime Angst davor war da, aber der Brand in mir lohte doch immer wieder über alles Schwache hinweg.

Wenn ich einmal zu den Alten davon sprach, sahen sie mich mitleidig an oder sie brummten höhnisch. Der magere Klemm wurde sogar böse; zu ihm durfte ich überhaupt nicht reden, denn er war der Meinung, daß alle Jungen Rotznasen seien. Und doch mußte ich neben ihm stehen und gemeinsam mit ihm die Kohle zu Bergen schaufeln.

Im Frühjahr ließen die Herren einen mächtigen Greifer auf die Schienen setzen. Und er arbeitete neben uns mit seinem großen Maule. Der Dampf zischte. Das Greifermaul öffnete sich und stürzte sich auf die Kohle. Und dann fraß es eine Wucht in sich hinein, an der ein Kohlenschipper eine Stunde hätte schippen müssen. Der Greifer häufte die Kohle zu Bergen, viel höher und schneller, als wir Kohlenschipper es konnten.

Da sagte der magere Klemm, daß es nun erst recht böse für uns werden würde. Der Greifer fräße uns mit der vielen Kohle auch die Arbeit weg und die alten Leute müßten verhungern. Mir schien, daß er recht hatte. Nach einigen Wochen wurden auch wirklich einige Alte verschoben; sie kamen in die Betriebe zurück. Da sagte der magere Klemm, nun ginge es los, was er vorausgesehen habe. Doch ich konnte die Maschine, die uns die Arbeit wegfraß, nicht hassen. Ich sah den Greifer wie einen Freund, der verstanden sein wollte. War es nicht ein herrlicher Gedanke, daß er uns die Arbeit leichter machte, der eiserne Bruder? Es galt nur, ihn für uns arbeiten zu lassen, nicht für die Herren. Und ich wußte, daß der Arbeiter die Maschine besitzen muß, wenn sie ihm nicht Feind werden sollte. Also mußten wir sie erobern, — und das hieß: die Fortsetzung der Revolution und des Klassenkampfes.

In der Frühstückspause sagte ich den Kohlenschippern meine Gedanken. Sie hörten mich schweigend an. Aber dann fing der magere Klemm an zu poltern und nannte meine Worte Luftschlösser. — Ich antwortete, daß ich keine Luftschlösser baue, und überhaupt hätte ich mir alles reiflich überlegt, — jung zu sein bedeute durchaus nicht dumm zu sein. Da sah er mich an, als wollte er mich zu seinem Frühstück verspeisen. Aber die andern meinten, ich hätte gar keine üblen Gedanken.

„Das ist richtig,“ sagte Vater Baum. „Das ist wirklich sehr richtig. Wenn uns die Maschinen gehören, — nun dann arbeiten sie eben für uns. Das kann man sich doch leicht ausrechnen. — Daß unsere Revolution zum Teufel geht, liegt eben daran, daß wir den Herren alles gelassen haben, auch die Fabriken und Maschinen. Das kann ich wohl begreifen.“

„Dann hat Dich alten Mann der Rotzjunge belehrt“, höhnte der magere Klemm. „Feines Eingeständnis, — sowas.“

„Ich bin kein Rotzjunge, verstanden?“ sagte ich und sprang wütend auf. „Ich habe auch das Recht zu denken und über meine Gedanken zu reden.“

„Jawohl!“ pflichtete mir Vater Baum bei. Auch die andern gaben mir recht. Aber der magere Klemm hörte auf zu kauen und schrie mich wütend an:

„Was hast Du denn schon für Gedanken! Verfluchter Lausejunge, Du hast doch nicht einmal ein Gehirn, — Du Küken, — das wächst bei Dir doch erst noch.“

Da stand der Vater Baum auf und rief:

„Aber zum Donnerwetter, Klemm, wo bist Du denn her? Es hört sich ja an, als hätte dich jede Vernunft gemieden. Nein, sowas Verrücktes habe ich noch nicht gehört. — Ich habe gewiß kein immer offenes Ohr, und ich habe auf des Jungen Reden nie etwas gegeben; aber heute haben wir alle aufgehorcht. Weiß der Teufel, — besser kann das kein Buch sagen, wie der Junge uns den Kram von der Maschine erzählt hat.“

Sie nickten alle. Auch der magere Klemm sagte nichts mehr dagegen. Und es war, als wenn zwischen mir und den Alten eine eherne Brücke geschlagen sei, eine Brücke, auf der sich Alte und Junge trafen, um sich in ihren Gedanken und Taten zu vereinigen.

Nachher standen wir wieder und schippten Kohle. Der magere Klemm neben mir schwieg den ganzen Tag über, doch am Abend trat er auf mich zu und sagte:

„Da habe ich nun hin und her überlegt, wegen der Maschine, und wenn ich sagen soll, — Du hast nicht so unrecht.“

„Ich habe recht!“ sagte ich hart.

„Meinetwegen auch — recht,“ brummte er. — „Ja, — und da meinst Du, man müsse die Maschine erobern, — ich meine, wir Arbeiter, — und wir müßten die Revolution weitermachen?“

Ich nickte.

Da ging er zum Greifer hinüber und sah lange auf den fauchenden, eisernen Bruder, der erobert sein wollte im Sturm der Revolution, unter der Fahne des schärfsten Klassenkampfes.

Der Sozialismus als lebendige Tat

Wie der Sozialismus nicht mehr Zukunftshoffnung und fernes Ziel, sondern lebendige Tat geworden ist und täglich mehr wird, drüben in Sowjet-Rußland — das zeigt den deutschen Arbeiterfrauen die neue Nummer der „Kämpferin“ (Nr. 10). Sie zeigt in Briefen von Arbeiterinnen und Bäuerinnen die russische Frau beim Aufbau des Sozialismus: Die erste Brigade (Qualifizierung der Arbeiterinnen). Unsere Patenschaften. Die zentrale Waschküche. Was das Mitglied einer Landkommission erzählt. Die Delegiertenbewegung. Sie vergleicht die Ehescheidung in Sowjet-Rußland mit der reaktionären deutschen Gesetzgebung, sowjetrussische Schulen mit den deutschen, die immer mehr den Pfaffen und der Reaktion ausgeliefert werden. Ein fesselndes Feuilleton: „Der kleine Fedja“ von Larissa Reißner bringt eine Episode aus den schweren Kämpfen der Vergangenheit. Weiter berichtet die „Kämpferin“ über die wichtigsten Vorgänge aus der Arbeiterinnenbewegung: Die Arbeiterinnen in den Lohnbewegungen; Gesundheitsschäden im Betrieb; Frauendelegierte stärken die Gewerkschaften. Schließlich wird jede Arbeiterfrau die Beiträge über: Die alte Prostitution im neuen Gewande und: Die Genossenschaften müssen unser werden, mit Interesse lesen. Jede Arbeiterfrau, jede Arbeiterin liest und verbreitet die „Kämpferin“. Sie ist zu beziehen durch die Literaturobleute, die Buchhandlungen der Vivo.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0003
DFG

Nachklänge zur Rußlandreise der Berliner Arbeitersportler

Nach dem Helsingforser Kongreß der Luzerner Sportinternationale, auf dem die dort anwesenden sozialdemokratischen Sportführer die Auslieferung der Arbeiterbewegung an die sozialdemokratische, 2. Internationale beschlossen, kommt die sozialdemokratische Sportpolitik auch in Deutschland immer offener zum Ausbruch. Der „Vorwärts“ als Zentralorgan der SPD. diktiert, und der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes führt aus. Das unterstreicht der Bundesvorstandsbeschluß, der den Berliner Arbeitersportlern, die es gewagt haben, nach Rußland zu fahren und sich dort durch eigene Kenntnisnahme von der Aufbauarbeit des russischen Proletariats überzeugten, soweit sie Mitglieder des Bundestechnischen Ausschusses waren, das Vertrauen des Bundesvorstandes zu entziehen und sie ihrer Aemter für verlustig zu erklären. Der „Vorwärts“ erläutert, warum der Bundesvorstand zu diesem Vorgehen gezwungen war. Weil die Berliner Arbeitersportler am Ende ihrer Reise eine Erklärung abgegeben haben, in der sie das Ergebnis ihrer Eindrücke niederlegten und die nach dem „Vorwärts“ im „Schlußsatz in versteckter Form einen groben Angriff gegen unsere Partei enthielt“. Was sagt aber dieser Schlußsatz: „Je mehr sich in der USSR. der Aufbau zum Sozialismus im Aufstieg befindet, desto mehr wird Rußland von seiten der kapitalistischen Länder bedroht. Wer sich in solchem Augenblick nicht als offener Freund Rußlands erklärt, kann nichts anderes als ein Verbündeter der Bourgeoisie sein.“ Weil die Berliner Arbeitersportler dieser Ueberzeugung Ausdruck gaben, und weil der „Vorwärts“ sich in seinem Kampfe gegen die Sowjetunion als Verbündeter der Bourgeoisie erweist, mußte gegen die Berliner Arbeitersportler vorgegangen werden, wurden die drei technischen Bundes-Funktionäre gezwungen, eine Erklärung abzugeben. Der Bundesvorstand beließ danach bei einer Rüge und ließ die betreffenden Sportler im Amt. Arbeitersportler dürfen danach wohl ein Amt haben, aber keinesfalls eine Meinung, die nicht vom sozialdemokratischen Bundesvorstand genehmigt ist.

Dieses Vorgehen des Bundesvorstandes muß von allen Arbeitersportlern die entschiedene Zurückweisung erhalten. Als Antwort darauf kann es nur geben, daß Schluß gemacht wird mit der Eigenmächtigkeit des Bundesvorstandes. Mit aller Entschiedenheit müssen die Arbeitersportler zum Ausdruck bringen, daß sie das Vorgehen des Bundesvorstandes mißbilligen, daß sie keinen Abbau der Beziehungen zu den russischen Sportlern, keine Zerstörung der Versuche zur Herstellung der internationalen Einheit wollen, sondern engste Verbindung und eine feste einheitliche Front mit den russischen Sportlern gegen die Bourgeoisie.

1. Bezirk, 7. Kreis, Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands

Der erste Kampftag in den Serienkämpfen ist vorüber. Am Sonnabend standen sich die 1. Mannschaften der Vereine von 1899, Vorwärts, Naumburg, 1893, Weißenfels, Vorwärts, Laucha und Burgwerben gegenüber. Bis zur späten Mitternachtsstunde zogen sich die Kämpfe hin. Trotz der Schärfe und Zähigkeit, mit denen die Kämpfe geführt wurden, zeigten dieselben eine Fülle von Feinheiten der Technik des Ringkampfsportes. Eine große Zuschauermenge folgte den Kämpfen bis zum Schluß. Leider muß dabei gesagt werden, daß es immer noch etliche Sportanhänger gibt, die bei solchen Kämpfen Sensationen hervorrufen und die die Worte Schiebungen lose auf der Zunge tragen. Sie sehen in einem jeden Kampfrichter einen Schieber. Wir als Arbeitersportler kämpfen ehrlich. Jeder Kämpfer und Kampfrichter gibt sein Bestes. Unsere Losung ist Massensport. Den Zwischenrufern wird empfohlen, selbst mit Sport zu treiben. Etwaige vorkommende Fehler erst mal besser zu machen. Nicht Vereinspatriotismus zu üben und dann anständig zur Kritik übergehen. Wir wollen keine Sensationen, sondern einwandfreien guten Sport zeigen und bieten.

Mit großer Spannung sah man den Kämpfen der beiden Naumburger Ortsvereine und den Kampf 1893, Weißenfels, und 1899, Naumburg, entgegen. Nicht zu verkennen seien dabei auch die Leistungen der jungen Landvereine Burgwerben und Laucha, die auch gute Kräfte in ihren Reihen haben, die sich jedoch der langjährigen Technik der Stadtvereine beugen mußten. Die einzelnen Kämpfe endeten wie folgt: Der erste Kampf 1899 und Vorwärts, Naumburg, endete mit einem Siege der 99er mit 20 : 8 Punkten. Das zweite Treffen 1893, Weißenfels — Burgwerben entschied Weißenfels für sich mit 20½ : 7½ Punkten. Der dritte Kampf 1899, Naumburg, gegen Laucha entschied 1899, Naumburg, mit 25 : 3 Punkten für sich. Bei dem Kampfe Vorwärts, Naumburg, gegen Burgwerben siegte Vorwärts, Naumburg, mit 24 : 4 Punkten. Der Kampf 1899, Naumburg, gegen 1893, Weißenfels, endete mit einem Siege der 93er, Weißenfels, mit 16 : 12 Punkten. Durch Nichtantritt von Laucha, da die Mannschaft durch die vorausgegangenen Kämpfe stark geschwächt war, erhielt Vorwärts, Naumburg, kampflos den Sieg zugesprochen. Die Tabelle zeigt somit folgenden Stand; hierbei sei zu bemerken, daß Körperkultur, Zeitz, erst beim zweiten Kampftag mit in die Serie eintritt:

Kr.-Sp.-Abtlg. 1893, Weißenfels . .	2	2	—	36½	19½	8
Vorwärts, Naumburg	3	2	1	60	24	8
1. K.-Sp.-Verein v. 1899, Naumburg	3	2	1	57	37	8
Arb.-Kr.-Sp.-Verein, Burgwerben .	2	—	2	11½	44	—
Kr.-Sp.-Verein Vorwärts, Laucha .	2	—	2	3	25	—
Körperkultur, Zeitz	—	—	—	—	—	—

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.
Harz 42/44

Mittwoch, den 26. Oktober 1927, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“, kleiner Saal

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Schiedsspruch über das Arbeitszeitabkommen
2. Verbandsangelegenheiten

Mitgliedsbuch dient als Ausweis

Die Ortsverwaltung

Volkshochschule Halle
Semesterbeginn Dienstag, den 1. November
34 Vortragsreihen und Kurse
Ausführlicher Arbeitsplan unentgeltlich in allen Buchhandlungen und Verkaufsstellen
Verkaufsstellen:
Schulbureau, Große Märkerstraße 10, I, von 8—12¾ Uhr
Neudeutsche Bücherstuben, Barfüßerstr. 11 u. Alte Promenade 10
Bücherstube der „Allgemeinen Zeitung“, Nannischestraße 10
„Volksblatt“-Buchhandlung, Große Ulrichstraße 27
Buchhandlung von A. Neubert, Poststraße 7
Otto Hendels Buchhandlung, Marktplatz 24 [2963
Steintor-Buchhandlung, Große Steinstraße 54/55
Buchhandlung C. Woide, Steinweg 25
und in der Katholischen Volksschule, Oleariusstraße 7 I, Zimmer Nr. 12, von 6—8 Uhr abends

ACHTUNG!
Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung (e. V.)
Sitz Berlin, Ortsgr. Merseburg
Mittwoch, den 26. Oktober 1927
20 Uhr, in der „Funkenburg“:

Werbe- und Unterhaltungs Abend
Unter anderem gelangt zur Aufführung durch eine Gruppe des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes
Geistige Waffen
Zahlreichen Besuch erwartet — Der Vorstand

Stadt-Theater
Heute 2961
Montag, 20 Uhr.
Sinfonie-Konzert
Dienstag 20 Uhr
Die Opernprobe
hierauf
Der Tugendwächter

Walhalla
Anfang 8 Uhr
Nur noch kurze Zeit:
Die große Zauberschau
Kassner
und der erstkl. Varieteeteil
Vorverk. ab 11 Uhr ununterbrochen

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Schuh heil
Oleariusstr. vis à vis Handwerkerschule
Herren-Sohlen 3,00 Mk. [503
Damen-Sohlen 2,40 Mk.
(genäht 30 Pf. mehr)
Kinder-Sohlen je nach Größe
Herren-Absätze von 1,00 Mk. an
Damen-Absätze von 0,60 Mk. an

Kammerlichtspiele Merseburg
Ab heute, Montag
zwei Qualitätsfilme in einem Programm
Ein neuer Beweis unserer unübertrefflichen Darbietungen!
Das Frauenhaus von Rio
Der Film, der überall Triumphe feiert! Nachdem die Entführungsfälle von Mädchen täglich zunehmen, haben es sich die Filmwerke zur Aufgabe gemacht, einen Aufklärungsfilm zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels herzustellen
Hauptdarsteller: Ernst Deutsch, Albert Steinrück, Julie Serda, Susi Vernon, Vivian Gibson, Robert Scholz, Eugen Neufeld und andere mehr
Da der Film das Frauenhaus von Rio ab nächsten Freitag von der Filmprüfstelle Berlin verboten ist eine Verlängerung unmöglich. Dazu:
Prinz auf 24 Stunden
Die Erlebnisse eines Fassadenkletterers in 6 humorvollen Akten
Der Film der ungeheuren Knalleffekte, tollsten Einfälle und Verwechselungen
Kassenöffnung 6 Uhr Anf. ½7 u. ½9 Uhr

Für unser physikalisches Institut suchen wir zum 1. November 1927 eine stenographie- und schreibmaschinenkundige
Helferin
18—22 Jahre, die gewillt ist, sich als Sprechstundenhilfe oder technische Assistentin weiter auszubilden
Bewerbungen mit Lebenslauf (möglichst mit Lichtbild) einsenden an die *2922
Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Weißenfels

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Torgau gesucht
Meldungen beim Gen. Alfred Holzweißig, Spitalstraße 38

Werbt f. d. Klassenkampf

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung lade ich zu einer Sitzung auf
Donnerstag, 27. Oktober 1927, 17 Uhr,
nach dem Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Wahl der Beisitzer für 1928 des Mieteinigungsamtes. 2. Erweiterung der Gesundheitsdeputation; Nachwahlen. 3. Festsetzung von Hinterbliebenenbezügen. 4. Depositalwesen der Stadthauptkasse. 5. Erwerb eines Grundstücks. 6. Geländeerwerb und -Veräußerung (Seperationsweg). 7. Veräußerung städtischen Geländes am Neumarkt. 8. Festsetzung der Berufsschulbeiträge für 1927. 9. Lichtmast an der Kreuzung Leipziger, Weißenfelser und Naumburger Straße. 10. Bewilligung der Kosten für eine elektrische Pumpe. 11. Nachbewilligung der Mehrkosten für einen Dampfkessel im Eltwerk. 12. Pflasterung des unteren Teiles der Gneisenaustraße. 13. Entlastung der Abrechnungen: a) Herstellung der Kanalanschlüsse in der Altenburger Straße; b) Wasserrohrverlegung in der Rahnestraße; Nachbewilligung der Mehrkosten. 14. Entlastung der Jahresrechnungen 1926: 1. Hospitalkasse, 2. Krankenhauskasse, 3. Mittelschulkasse, 4. Volksschulenkasse, 5. Schulzahnklinikkasse, 6. Berufsschulen- und Handelsschulkassen, 7. Stiftungskasse, 8. Eltwerkskasse, 9. Wasserwerkskasse. 15. Kassenprüfungsverhandlungen. 16. Antrag der Sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion. 17. Anträge der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion.

Zeitz, 24. Oktober 1927.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
J. V.: gez. Dörfer.

Am schwarzen Brett. Auslegung der Pläne zur Errichtung des Kleinbahn-Bahnhofes Delitzsch-West.
Magistrat Delitzsch.

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Dienstag — Mittwoch
Billige Fischtage

in allen Geschäften
1 Waggon mit 14500 Pfd.
Goldbarsch ohne Kopf . . . . . . Pfd. 28 ₰
Goldbarschfilet o. Haut u. Gräten Pfd. 55 ₰
Hierbei haben Sie keine Arbeit, keinen Abfall mehr, küchenfertig
Knurrhahn . . . . Pfd. 30 ₰
Knurrhahnfilet . . . . . . Pfd. 60 ₰
Prachtvolle Bratschollen . Pfd. 40 ₰
Kabeljau ohne Kopf, groß . Pfd. 48 ₰
Karbonaden, bratfertig . . Pfd. 65 ₰
Schellfisch ohne Kopf, groß . Pfd. 55 ₰
Ausschnitt v. ca. 150pfündig. Riesenheilbutts 2958
nur Filet ohne Abfall . . Pfd. 135 ₰
Lebende Karpfen . . . . Pfd. 125 ₰
Bitte probieren Sie unsere
neuen, deutsch Salzvollheringe
selbst gesalzen, von unserm Dampfer Hannover. Vorzüglich zum Roheſſen und Marinieren . . . . das Stück nur 9 ₰
Unsere deutschen Heringe sind nicht nur preiswert, sondern auch von hochfeinem Geschmack

Alle Parteischriften
empfehlen die
Volksbuchhandlungen
Harz 42/44 — Lerchenfeldstraße 14

Volkspark
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr:
7. Herbst-Konzert
Schütze-Orchester, Leipzig

Harald
Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen in dankbarer Freude an
Dr. Waltsgott und Frau
Emmy geb. Ackermann
Halle a. S., den 22. Oktober 1927
Hoherweg 32 — 2959

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Pelze
Zobelpahmi . . . . . . 39,—
Iltis . . . . 49,—
Griesfuchs . . . . . . 29,—
Biberette . . . . . . 28,—
Am. Opossum . . . . 48,—
Liebrain
An der Ulrichskirche
Leipziger Straße 97

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Fahrräder — Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt
Bequeme Teilzahlung
Felix Junghans
Teuchern

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan und Steingut
Karl Hoffmann
Teuchern

Kolonialwaren
Zigarren u. Zigaretten
Tabake
Oswald Friedrich
Teuchern

Otto Hinniger
Rind- und Schweineschlächterei
Teuchern
Schützenstraße 4 und Markt 8

Reinhold Klee, Schützenstraße 18
Bäckerei u. Materialwaren
Teuchern

Achtung! Achtung!
Gasthof Schortau
Das beliebte Ausflugslokal für Teuchern und Umgegend, bekannt durch solide und gute Bewirtschaftung
ff. Dettler-Bier Weißenfels-Schortau

Gastwirtschaft
Zimmermann
Materialwaren
Teuchern, Zeitzer Str. 11
Telephon 367

1826 1927
F. W. Held
Elektrische Licht- u. Kraft-Anlagen
Motore, Uhren, Gold- u. Silberwaren
Eigene Reparatur-Werkstatt
Teuchern

Röstkaffee
stets frischeste Ware
Thams & Garfs
Teuchern

Stadtkapelle Teuchern
empfiehlt sich den geehrten Gastwirten und Vereinen bei
:: Musikaufträgen ::
jeder Art
E. Hüttenrauch
Musikdirektor
Teuchern, Tel. 382

Sämereien
Topfpflanzen
Binderei
Fritz Worch, Teuchern
Verkauf von gärtnerischen Produkten

Willy Schäfer
Teuchern
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Arbeiter,
besucht den
„Grünen Baum“
Teuchern

Zentral-Theater
Weiße Wand
Spielplan Freitag bis Montag
Es kommen nur erstklassige Programme zur Vorführung
Alfr. Knoch, Teuchern

Gasthof zur Sonne
Teuchern
empfiehlt seine Lokalitäten
Gut gepflegte Biere

Paul Richter, Teuchern
Bäckerei u. Materialwaren
Zeitzer Straße 33

Zigarren
Zigaretten und Tabake
kaufen Sie gut und preiswert bei
O. Korstewitz
Teuchern

Delikatessen-
Obst- und
Gemüse-Handlung
Franz Rupsch
Teuchern
Zeitzer Straße Nr. 5

Alfred Hahnemann
Brot-, Weiß- u. Kuchenbäckerei
Teuchern

Wäsche, Weiß- und Wollwaren, Arbeit.-Kleidung
kaufen Sie gut und preiswert bei
Franz Gaudig, Teuchern Grüner Weg 3

Gustav Müller
Teuchern, Pegauer Str. 14
ff. hausschl. Fleisch- und Wurstwaren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Ortsausschuß Wittenberg für die streikenden Bergarbeiter

Grützner will Teno einsetzen

Der Ortsausschuß des ADGB. Wittenberg tagte am Freitag, dem 21. Oktober, im Gewerkschaftshaus. Auf Antrag des Kollegen Rybatschek wurde die Lage des Bergarbeiterstreiks an zweiter Stelle mit auf die Tagesordnung gesetzt.

Unter dem 1. Punkt, Eingänge, begründete der Kollege Hose (SPD.) einen Antrag zwecks **Unterstützung einer Weihnachtsbescherung**, welche die Arbeiterwohlfahrt zugunsten Bedürftiger zu veranstalten gedenkt. Darüber entspann sich eine lebhafte Diskussion. Es wurde die Frage gestellt, warum neben der AWO. sich noch eine besondere Organisation gegründet habe, da doch in der AWO. alle Parteirichtungen vertreten seien. Der Antrag wurde zur Beratung dem Vorstand überwiesen.

Darauf nahm der Kollege Schwarzkopf das Wort und schilderte in kurzen Worten die Lage der Bergarbeiter unter Berücksichtigung der Ursachen, die zum Ausbruch des Streiks geführt haben. Aus der Diskussion ging das allgemeine Verständnis und die große Sympathie für die traurige Lage der Bergarbeiter hervor. Ein Vertreter der Eisenbahner sagte: „Wir haben alle Ursache, den Kampf der Bergarbeiter zu unterstützen.

Wenn der Kampf verloren geht, dann sind wir alle verloren.“

Während seiner Rede schilderte er, daß die Eisenbahner seit 1924 noch keine Lohnerhöhungen bekommen haben und ihr Realeinkommen gegenüber der Vorkriegszeit nur 60 Prozent beträgt. Ein Diskussionsredner machte die sensationelle Mitteilung, daß der Regierungspräsident Grützner bei einer Verhandlung in Zschornewitz sich der Streikleitung gegenüber geäußert hatte: „Wenn der Strom nach den Bayrischen Stickstoffwerken unterbunden wird, **werde ich mich mit allen Mitteln dafür verwenden, daß die Teno eingesetzt wird.“**

Diese Mitteilung wurde mit lebhaftem „Hört, hört“ begleitet. Nach Schluß der Debatte wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der am 21. Oktober im Gewerkschaftshaus Wittenberg tagende Ortsausschuß des ADGB. bringt den streikenden Bergarbeitern Mitteldeutschlands brüderliche Solidarität entgegen. Er wird alle gewerkschaftlichen Mittel erschöpfen, um die Kampffront der Bergarbeiter zu stützen und im Ernstfalle alle verfügbaren Kräfte aktiv in den Kampf einsetzen, um die Streikenden zum Siege zu verhelfen.

Darauf hielt der Kolle Feustel einen Vortrag über das Erwerbslosenversicherungsgesetz. In der Diskussion wurde das Armenfürsorgewesen der Stadt Wittenberg deshalb mit erwähnt, weil es dem Kollegen Bottschulte passierte, daß ihm herabfolgtes Mittagessen gewährt, und dann ihm mitgeteilt wurde, daß seine erwachsenen Kinder es bezahlen müßten. Kollege Bottschulte schilderte selbst noch einige Erlebnisse bei dem Bezug von Unterstützungen, wobei sich der ganze fluchwürdige Charakter der „Armenpflege“ offenbarte. Nach einigen Mitteilungen wurde die Sitzung geschlossen.

Verkehrsbündler für den Bergarbeiterstreik

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns geschrieben:

Am Freitag, dem 21. Oktober 1927, fand im „Volkspark“ die Quartals-Generalversammlung für das 2. und 3. Quartal des Deutschen Verkehrsbundes Halle a. S. statt.

Der Geschäftsbericht wurde erstattet von dem Bevollmächtigten Schaumburg, welcher eingehend darauf hinwies, daß das Tätigkeitsgebiet der Ortsverwaltung auch im 2. und 3. Quartal ständig zugenommen hat. Eine riesige Anzahl von Verhandlungen und Vertretungen sowie Versammlungen mußten wahrgenommen werden. Der Berichterstatter wies im besonderen darauf hin, daß auf Grund des § 6 a des Arbeitszeit-Notegesetzes langwierige Verhandlungen stattfanden zwecks

Einführung des Ueberstundenzuschlages.

Während in allen übrigen Industriegruppen die Arbeitgeber sich dem Gesetze nicht verschließen konnten, haben die Unternehmer des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereitet. Monatelange Verhandlungen vor den Schlichtungsbehörden waren erforderlich, um endlich eine Entscheidung zu fällen. Soweit wie die kommunalen Straßenbahnen in Frage kommen, ist diese Frage bis heute noch nicht erledigt, da auch hier der Arbeitgebervertreter gerade im Punkt „Arbeitszeit“ außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Die Verhandlungen, die schon mehrmals stattfanden, aber immer wieder gescheitert sind, werden am Montag, dem 24. Oktober, vor dem Arbeitsministerium fortgesetzt, da dieses einen Schlichter zur Erledigung der Streitfrage eingesetzt hat.

Erfreulicherweise ist es gelungen, für die Kleinbahngruppe wieder einen Tarifvertrag unter Dach und Fach zu bringen.

Protestieren aber müssen wir gegen die Vorlage über die

Besoldungsreform der Beamten,

um so mehr, als auch hier wieder die unteren und mittleren Beamten die Leidtragenden sind. Ganz besonders aber getroffen werden unsere Berufs- und Verbandskollegen bei der Post. Durch die Umgruppierung und neue Einteilung der einzelnen Gruppen werden im besonderen die Postkollegen erheblich zurückgesetzt.

Im Laufe des Berichtabschnittes fanden zwei Konferenzen statt, und zwar eine Reichskonferenz für die Straßen-, Klein- und Werksbahner in Hamburg, an der von Halle vier Kollegen teilnahmen, und eine Konferenz für das Kino- und Ziehpersonal in Magdeburg. Beide Konferenzen hatten organisatorische Arbeiten zu erledigen und sind diese im Interesse der Organisation und der Gesamtmitgliedschaft in seltener Einmütigkeit erledigt worden. Der Berichterstatter wies im besonderen darauf hin, daß es Aufgabe der Mitgliedschaft sein müsse, die den Verdienst entsprechend zu zahlenden Beiträge auch an die Organisation abzuführen. Dies sei um so mehr notwendig, als die Arbeitgeber mit aller Schärfe den Kampf gegen die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft führen. Berichterstatter wies dann weiter darauf hin, daß infolge der ganz rapiden Steigerung der Lebenshaltungskosten die Organisation an sämtliche Tarifkontrahenten die Aufforderung gerichtet hat, in eine zwischentarifliche Regelung einzutreten, um einen Ausgleich herbeizuführen. Bisher haben die Arbeitgeberorganisationen allerdings nicht darauf geantwortet.

Redner ermahnte die Kollegen, mit frischer Kraft an die Arbeit für den Ausbau der Organisation zu gehen.

Den Kassenbericht erstattete der Kollege Gräfe. Er wies darauf hin, daß erfreulicherweise die Kassenverhältnisse in der Ortskasse sich erheblich gebessert und daß sogar im 3. Quartal die Ortsverwaltung Halle ohne einen Zuschuß von der Hauptkasse abgeschlossen habe. Auch die Mitgliederbewegung habe sich erfreulich nach oben entwickelt. Redner betonte jedoch, daß es unbedingt erforderlich sei, daß alle Funktionäre und Mitglieder im Interesse der Geschlossenheit ihre Kraft in den Dienst der Organisation stellen. Dies sei ganz besonders notwendig in der Gruppe Handels- und Transportgewerbe, wo heute bedauerlicherweise noch Zustände herrschen, die beseitigt werden müßten durch die Gesamtarbeiterschaft der Gruppe.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung hielt der Kollege Schaumburg ein eingehendes Referat über den

Ausbau des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sei, darauf zu achten, daß die Arbeitsgerichte nicht etwa sich in einer Tendenz entwickeln, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. (Diese Tendenz ist schon Tatsache geworden. D. Red.) Im besonderen wurde auf die Fälle betreffend Eingriff in die Streiks in Chemnitz und Berlin hingewiesen.

Die Versammelten nahmen dann noch einige Mitteilungen zum Bergarbeiterstreik entgegen und nahmen folgende Entschließung an:

„Die am 21. Oktober 1927 im „Volkspark“ zu Halle tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Verkehrsbundes begrüßt den Streik der mitteldeutschen Bergarbeiter. Die Versammelten erkennen die ungeheure Verantwortung, die gerade auf ihnen als Verkehrsarbeiter ruht, die unter anderem darin besteht mit allen Mitteln die Zu- und Abfuhr von Streikbrecherkohle zu verhindern. Die Versammelten geloben den kämpfenden Bergarbeitern, ihrer proletarischen Pflicht zu genügen. Weiter setzen sich die Versammelten dafür ein, die Front der Streikenden mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Nach einstimmiger Annahme dieser Entschließung wurde die gutverlaufene Versammlung durch den Bevollmächtigten geschlossen.

Streikfälle aus der Krisenfürsorge

Die erste Sitzung des Spruchausschusses des Arbeitsamtes Wittenberg hat stattgefunden. In dieser Sitzung wurden 24 Einsprüche erledigt. Da die Verhandlungen bis auf die Beratung öffentlich sind, konnte man so seine Studien treiben. Die Mehrzahl der Streitfälle entstammten der Krisenfürsorge. Da nun nach dem Gesetz jeder Antragsteller arbeitsfähig, arbeitswillig und an der Arbeitslosigkeit schuldlos sein muß, so hatte der Spruchausschuß eine schwere Aufgabe zu lösen, denn nach dem Gutachten des Kreisarztes waren sämtliche Krisenfürsorgeempfänger

nur noch 20 bis 30 Prozent erwerbsfähig.

Mithin mußte ihnen die Arbeitslosenunterstützung nach dem Gesetz vom Spruchausschuß abgesprochen werden. Doch die Herren machten die Einsprüche bis auf zwei berufungspflichtig, damit für Mitteldeutschland, durch die Spruchkammer Merseburg, eine endgültige Lösung geschaffen wird. Denn hier liegt ein Widerspruch vor, auf der einen Seite empfiehlt der Reichsarbeitsminister jede Härte zu vermeiden und auf der anderen Seite können die Mitglieder des Spruchausschusses für den Schaden haftbar gemacht werden, wenn Fahrlässigkeit oder Gesetzumgehung nachgewiesen werden kann.

Aus all den Vorgebrachten wollen wir zwei Dinge herausnehmen, damit dies der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werde. Auf Grund des Gesetzes haben über 70 Personen, vorläufig durch den Vorsitzenden, die Unterstützung entzogen bekommen. Von diesen Personen waren 40 Prozent bei den Bayrischen Stickstoffwerken beschäftigt gewesen. Wenn man nun bedenkt, im Kreise werden zirka 12 000 Personen im Handwerk und in den Betrieben beschäftigt, davon beschäftigt das Reichswerk ohne Bauhilfsarbeiter nur 2200 Personen, so kann man daran das soziale Empfinden der Direktion ermessen. Der Vertreter der Arbeitslosen schilderte seine Bemühungen, damit die Direktion einige brauchbare alte Leute wieder einstellen sollte. Es wurden Versprechen gegeben, doch blieb es bei den Worten. Wie wird es Ihnen Herr Abbaudirektor Trumpf?? Am schlimmsten zeigte sich die Einstellung des Werkes bei den Streitfall Neumann. Der Betreffende wurde nach 12jähriger Tätigkeit im Staatsbetrieb als Staatsarbeiter den Bayrischen Stickstoffwerken überwiesen. Dort holte sich der Kläger zwei Brüche, wurde vor kurzem krank

und wurde während seiner Krankheit abgebaut.

Leuna-Mord!

Tödlich verunglückte

in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 1 Uhr der Elektriker Stiegler aus Dölau im Leuna-Werk, Bau 801, beim Isolieren einer Starkstromleitung.

Als Leiche geborgen

In der Wolfener Anilinfabrik verunglückte der 20 Jahre alte Arbeiter Stachowitz aus Delitzsch. Er war an der Drehscheibe beschäftigt. Eine Lore stürzte um und begrub den jungen Mann unter sich. Man konnte ihn nur als Leiche hervorziehen.

Es war ergreifend, als der alte Mann, welcher noch sehr beweglich ist und eine geistige Frische aufwies, seinen Lebenslauf schilderte.

Diese Schilderung brachte es mit sich, daß ein Besitzer sich eines Ausrufes nicht enthalten konnte: auch wir sogen Pfui Teufel, solch eine Gemeinheit. Der Mann hat nach der Auflösung der Monipiesteritz sich noch sieben Jahre für das sogenannte Reichswerk geplagt, seine Gesundheit geopfert, zwei Söhne im Felde eingebüßt, seine Töchter sind auch Kriegerwitwen, und nun soll der alte Mann sich mit seiner Frau, **bei einer Invalidenrente von 23 Mark monatlich durchbringen.** O göttliche Weltordnung!! Und die Herren vom Stickstoff sind mit ihren Frauen in allen Klimbim- und Frauenvereinen, triefen von sozialem Empfinden, sind Vorstandsmitglieder des Kirchenrates und weiß sonst noch wo — und bei den alten Leuten, die während des Hilfsdienstgesetzes zur Arbeit im Interesse des Staates und des Kapitals gezwungen wurden, ihre Arbeitskraft für die Bayrischen Stickstoffwerke geopfert haben, solch einen Dank. Ein Urteil überlassen wir der Oeffentlichkeit.

Solidarität mit der russischen Revolution

Die englischen Arbeiter bekunden diese trotz der Sabotage ihrer Führer

Der letzte Kongreß der englischen Gewerkschaften beschloß bekanntlich, die Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften zu lösen. Die englische Bourgeoisie triumphierte. Aber die englischen Arbeiter setzten die Bildung eines „Nationalen Delegiertenkomitees“, trotz des heftigen Widerstandes der Reformisten, durch, und wählten eine zahlreiche Delegation zum 10. Jahrestage der russischen Revolution.

Die konservative Presse schäumt vor Wut. Sie wirft den Gewerkschaften Doppelzüngigkeit vor und beruft sich auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und des Arbeiter-Parteitages, die sich doch von Moskau losgelöst hätten. Nun, auch die englischen Dickköpfe werden noch verstehen lernen, daß ein Unterschied besteht zwischen den reformistischen Führern und dem revolutionären Willen der Massen.

Holzarbeiter

heraus zur öffentlichen Werbeversammlung

heute abend 8 Uhr im „Volkspark“

Die Gewerkschaften und die Wahlen zu den Krankenkassen

Von Max Köhler

In wenigen Wochen finden auf Grund des Gesetzes über die Wahlen zur Sozialversicherung in dem größten Teil der Krankenkassen die Neuwahlen statt. In früheren Artikeln haben wir schon auf die politisch-wirtschaftliche und soziale Bedeutung besonders hingewiesen. Die Wahlen zu den Krankenkassen sind deshalb noch von besonderer Wichtigkeit, weil auf Grund ihrer Ergebnisse die weiteren Wahlen zu den Versicherungsbehörden und Versicherungsträgern vorgenommen werden. Es ist notwendig, daß die wenigen Wochen, die noch zur Verfügung stehen, von der revolutionären Arbeiterschaft, von den Kommunisten benutzt werden, um alle Maßnahmen zu ergreifen, daß die Wahlen mit einem Erfolg der revolutionären Arbeiterschaft und damit gleichzeitig mit einer Stärkung der freien Gewerkschaften abschließen.

In der „Gewerkschaftszeitung“ vom 15. Oktober beschäftigt sich der ADGB. mit den Wahlen in der Sozialversicherung. In diesem Artikel unterstützt der ADGB. das Argument der Krankenkassenvorstände, die in der Zusammenlegung der Wahlen auf einen kurzen Zeitraum die

Gefahr einer Politisierung der Krankenkassen

sehen. Darum darf nicht die politische Gesinnung, sondern die Tüchtigkeit bei der Auswahl der Kandidaten maßgebend sein.

„.... Es darf nicht vorkommen, daß gerade diese Posten von anderen Standpunkten aus vergeben werden, als von dem der Eignung.“

Wenn es sich nur um die Eignung im engeren Sinne, nämlich um die Beherrschung der Fachkenntnisse bei der Aufstellung der Kandidaten zu den Krankenkassenwahlen handeln würde, dann würden sich bestimmt Leute finden lassen, die vom sachlichen Standpunkt aus und auf Grund der juristischen Kniffe, bestimmt eben den Nachweis der Eignung erbringen würden, als klassenbewußte Vertreter der Gewerkschaften. Daß aber nicht nur die Eignung der Vertreter wichtig ist, sondern daß es auch darauf ankommt, Vertreter der Arbeiter in die Ausschüsse zu entsenden, die den scharfmacherischen Methoden der Unternehmer entgegentreten können, um die Interessen der Versicherten zu vertreten. Das leuchtet doch jedem klassenbewußten Arbeiter ein. Solche sachlichen Vertreter wie Striemer und Genossen kennt die Arbeiterschaft zur Genüge. In der jetzigen Situation, in der mehr als bisher der scharfmacherische Geist in der Sozialversicherung durch die Politik der Unternehmer einziehen soll, genügt es nicht, nur von diesem Gesichtspunkt aus zu urteilen, muß doch der Artikelschreiber erklären:

„Jetzt reichen auch die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber die Listen ein und bei der ganzen Einstellung der Arbeitgeberverbände wird mehr Wert darauf gelegt werden, daß scharfmacherischer Geist in der Sozialversicherung einzieht, als Verständnis.“

So widerlegt sich eigentlich der Artikelschreiber selbst. Die Arbeiter müssen darum nicht bloß nach der Eignung, sondern auch nach der klassenbewußten Einstellung der Kandidaten fragen. **Beide Gesichtspunkte müssen also bei der Aufstellung berücksichtigt werden.** Nur dann wird die Gewähr gegeben sein, daß die Wahlen zu einer Stärkung des Einflusses der Arbeiterschaft führen.

Auf Grund des Gesetzes vom 8. April haben die Gewerkschaften das Vorzugsrecht bei der Aufstellung der Kandidatenlisten. Den Gewerkschaften fällt aus diesem Grunde eine ganz besondere Aufgabe zu. Haben die Gewerkschaften auch vor Jahrzehnten schon auf ihren Kongressen beschlossen, gerade die Wahlen in der Sozialversicherung zu dem Kreis ihrer Aufgaben zu rechnen, so ist durch **die gesetzliche Verankerung das zu einer Pflicht für die freien Gewerkschaften geworden.**

Die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen müssen gleichzeitig zu einer

Stärkung der freien Gewerkschaften

gegenüber den Hirschen und christlichen Gewerkschaften ausgenutzt werden. Die freien Gewerkschaften können das nur, wenn sie alle Kräfte einsetzen, um durch Mobilisierung der Massen die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften aufzuzeigen; die Massen zur Wahl zu bringen und so die Anzahl ihrer Vertreter erhöhen. Sehr richtig heißt es im Artikel der „Gewerkschaftszeitung“:

„Die Verbände müssen auch alle Macht und allen Einfluß daran setzen, ihre Mitglieder an die Wahlurne zu bringen.“

Die Politik, die von verschiedenen Ortsausschüssen eingeschlagen wird, steht aber dieser Auffassung direkt entgegen. So hat in Chemnitz der Ortsausschuß beschlossen, **gemeinsam mit den Hirschen und Christen eine Liste aufzustellen, um dadurch die Wahlen zu ersparen.** Die Taktik, die von dem Chemnitzer Ortsausschuß, der unter Führung von den Leuten steht, eingeschlagen ist, muß aber nicht bloß zur Schwächung des Einflusses der freien Gewerkschaften in den Organen der Krankenkassen und damit in der Reichsversicherung, sondern auch zur Kompromittierung und Negierung der freien Gewerkschaften selbst führen. Die Aufstellung einer gemeinsamen Liste mit den Hirschen und Christen bei der Krankenkassenwahl muß selbstverständlich in den Augen der Arbeiter vollständig den Unterschied zwischen den freien Gewerkschaften und den Gelben, den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verwischen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft, die Opposition in den Gewerkschaften, hat es darum abgelehnt, auf der gemeinsamen Liste zu kandidieren und gegen dieses Vorgehen des Ortskartells den schärfsten Protest erheben. Gleichzeitig haben sie erklärt, daß sie gegen die Liste der „Gelben“ eine

Liste der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter

aufstellen werden. Sie sind bereit, ihre Liste sofort zurückzuziehen, wenn der Ortsausschuß die Verbindung mit den Gelben und Christen löst und eine eigene Liste der freien Gewerkschaften aufstellt. An den Mitgliedern der Gewerkschaften wird es liegen, zu verhindern, daß durch die Taktik der ASP.-Leute die freien Gewerkschaften den Hirschen und Christen ausgeliefert werden. Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß alles daran setzen, um diese Spaltungsmethoden von seiten dieser Gewerkschaftsvertreter zu unterbinden.

In vorstehendem Artikel wird u. a. auch das Chemnitzer Beispiel angeführt, wo die Reformisten eine gemeinsame Liste mit den Gelben aufgestellt haben. Die Reformisten haben jetzt ihrem verräterischen Verhalten die Krone aufgesetzt. Sie haben bei der zuständigen Gewerkschaft den

Ausschluß des Kollegen Rischwitz

beantragt, und zwar deshalb, weil dieser als Vorsitzender des graphischen Kartells **eine Sitzung aller derjenigen Gewerkschaften einberufen hatte, die gegen eine gemeinsame Liste mit den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen waren.** In dieser Sitzung sollte über die eventuelle Aufstellung einer **rein freigewerkschaftlichen Liste** zu den Krankenkassenwahlen beraten werden. Die Reformisten gehen also schon dazu über, und schließen Kollegen, die fest auf dem Boden der Prinzipien der freien Gewerkschaften stehen, aus dem Verbande aus, nur um sich in der ungestörten Zusammenarbeit mit den Gelben nicht stören zu lassen. Die Chemnitzer Arbeiter werden natürlich dieses provozierende Vorgehen nicht stillschweigend hinnehmen, sondern werden dafür sorgen, daß ihr **Kollege nicht aus dem Verbande ausgeschlossen wird.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0005

Stadt Halle

Rechnerempel für Finanzdezernenten

Ein Leser schreibt uns: „Ich habe am Sonnabend Ihren Artikel gelesen, wonach das Fräulein Amtsanwalt Wehmer eine Arbeiterfrau für den Diebstahl von ein paar Mark zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wissen wollte. Nehmen wir an, daß es sich um zehn Mark handelte. Wieviele Jahre Gefängnis muß nach diesem Strafantrag ein Bergermeister erhalten, der die Stadt Halle um 7½ Millionen Mark gebracht hat?"

So sehen sie aus!

A.-K. In den letzten Tagen traf man des öfteren streikende Bergarbeiter, welche sich zumeist nach dem Streikbureau erkundigten. Am Sonntagvormittag gegen 10 Uhr wurde ich von einem Arbeiter angehalten und ebenfalls nach dem Streikbureau befragt. Der Betreffende stammte aus Königsberg. Da ich ihm nun keine Auskunft geben konnte, verwies ich ihn nach dem Gewerkschaftshaus. Doch da sagte er voller Entrüstung: „Bei die Saubande gehe ich nicht noch einmal" und erzählte mir, wie es ihm am Sonnabend mit noch sieben anderen Kollegen im Gewerkschaftshaus ergangen ist. Als sie nach Quartier fragten, forderte der Herbergsvater, welcher gemütlich Skat spielte, pro Mann 1 Mark. Nach langem Hin und Her wurde dann der Preis auf 50 Pfennig herabgesetzt. Jedoch die Kumpels brachten nur insgesamt noch 1 Mark auf. Als sie sich befragten, ob das für sie zur einmaligen Uebernachtung reiche, fragte sie der Herbergsvater, ob sie verrückt geworden seien. Zum Schluß meiner Unterhaltung erklärte mir der Bergarbeiter, daß sie als Fremde euch in der bittersten Not keine Streikbrecherarbeit verrichten würden. „Wir halten durch!" Jeder Arbeiter, welcher noch nicht zu uns gehört, muß nun bald einsehen, daß die SPD.-Bureaukraten absolut mit der Masse nichts mehr zu tun haben wollen. **W. K.**

Die „Heiligkeit" des Eides

Nicht die Lehren der Kirche, die sozialen und sonstigen gesellschaftlichen Zustände bestimmen die „Moral" der Menschen. Die Moral sinkt, wenn der Hunger wächst, wenn die herrschende Ordnung größere Massen in Not und Elend bannt. Die Menschen sind weder besser noch schlechter geworden — die Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen sind, haben sich für die werktätigen Massen verschlechtert. Und die Verhältnisse sind auch verantwortlich dafür, daß nun mehr Meineide geschworen werden. Oberlandesgerichtsrat Kloß, der, als er Staatsanwalt in Halle war, alle Fälle aufzeichnete, wo die Aussagen der Zeugen bewußte Unwahrheiten waren, ohne daß sie gerichtlich verfolgt wurden, kommt zu dem Ergebnis: 42 000 Meineide. 525 Verurteilungen wegen Meineids sind im gleichen Jahre erfolgt! (Aus dem Pfaffenspiegel.)

Die Einwohnerzahl Halles

hat im September 1927 um genau 300 Köpfe zugenommen, so daß am 1. Oktober 198 668 Einwohner vorhanden waren, unter denen das weibliche Geschlecht mit 103 533 Personen vertreten war, so daß ihnen nur 95 135 männliche Personen gegenüber standen.

Seit dem 1. Oktober 1926 ist die Einwohnerzahl in den zwölf Monaten bis zum 1. Oktober 1927 um 3794 Köpfe gestiegen, was eine sehr erhebliche Zunahme bedeutet. Es zeigen sich aber bereits Anzeichen für eine **Verlangsamung der Bevölkerungszunahme.** Die Zahl der Geburten ist im Monat September stärker zurückgegangen als die Zahl der Sterbefälle, des weiteren ist der Ueberschuß der Zuzüge über die Fortzüge ein wenig gesunken. Wenn die absoluten Unterschiede auch nur klein sind, so deuten doch die mit dem Sommerende einsetzenden Veränderungen der Bevölkerungsbewegung meistens ziemlich klar die Entwicklung der nächsten Monate an.

Aber es ist andererseits durchaus möglich, daß die eben genannten Stillstandserscheinungen durch einen Umschwung der mitteldeutschen Wirtschaft sich rasch verschieben, so daß über die Gestaltung der Einwohnerzahl Halle hier nichts prophezeit werden soll.

Das Tiefbauprogramm der Woche

In der Woche vom 24. bis 29. Oktober 1927 werden von bzw. im Auftrage der städtischen Tiefbauverwaltung nachstehende größere Arbeiten begonnen bzw. fortgesetzt:

Befestigung der Alten Promenade zwischen Weidenplan und Unterberg und des Weidenplans von der Scharrenstraße bis zum Lyzeum mit Hartgußasphalt. Fortsetzung der Arbeiten in der Hallorenstraße, Delitscher Straße, Trotzaer Straße, Wesener Straße, Reideburger Straße, Spiegelstraße, Rainstraße sowie Herstellung des Fußweges am Lettiner Weg entlang der Heide. Fortsetzung der Kanalarbeiten in der Hüttenstraße und dem anschließenden Siedlungsgelände sowie des Umbaues der Pumpstation am Fürstental.

Inzwischen kann einer gestorben sein

oder: Wie in Halle die Rettungswache alarmiert wird

A.-K. Gestern kam ich durch die Mansfelder Straße. Dort sah ich einen Knaben, wie er von einem Radfahrer überfahren wurde. Der Radfahrer selbst hatte keine Schuld, weil der Knabe ihm direkt ins Fahrrad hineingelaufen war; und so geschah das Unglück. Darauf sammelte sich eine Menschenmenge an, und keiner wußte Rat zu schaffen. Ich lief von einen Laden zum andern, keiner hatte Telephon. Endlich fand ich es in einem Lokal. Dort bat ich den Wirt, die Rettungswache anzurufen. Dies geschah, und zwar meldete sich der Magistrat. Dieser erklärte, man möge sich an die Polizei wenden, und die Polizei erklärte nun, man müsse sich an die Feuerwehr wenden. Es verging aber eine gute halbe Stunde, bis das Auto eintraf. Ich bin nur durch Zufall hier in Halle auf Montage, komme von Berlin und muß hier erleben, daß man noch nicht mal eine Rettungswache erreichen kann. Es müßte auch hier, wie in Berlin, durchgeführt werden, daß man im kleinen Umkreis überall Rettungswachen findet. Der Magistrat sollte sich etwas darum bekümmern; auch die Polizei sollte bei derartigen Vorkommnissen aufmerksamer sein.

„Falls es nicht beanstandet wird"

Neue Richtlinien für den Briefverkehr der Untersuchungsgefangenen

*

Es ist darüber Klage geführt worden, daß die Briefe der Untersuchungsgefangenen bisweilen nicht schnell genug befördert wurden; ferner sind Beschwerden darüber erhoben worden, daß die vorgeschriebene **Geheimhaltung des Briefinhalts nicht immer gewahrt werde.** Zur Beseitigung dieser Klagen hat der Preußische Justizminister in einer allgemeinen Verfügung für die Behandlung der Briefe von Untersuchungsgefangenen Richtlinien aufgestellt, aus denen der Amtliche Preußische Pressedienst folgende mitteilt:

Der Untersuchungsgefangene erhält für den Brief einen besonderen größeren Umschlag, der zur Ueberlendung an den Richter bestimmt ist. In diesen Umschlag legt der Gefangene seinen unverschlossenen, aber postfertig gemachten Brief und verschließt den äußeren Umschlag, der dann an den Richter befördert wird. Die Aufgabe des Briefes zur Post, falls er nicht beanstandet wird, veranlaßt das Gericht. Auch der eingehende Brief wird in einem größeren zunächst unverschlossen bleibenden Umschlag dem Richter vorgelegt, der ihn öffnet und, falls er ihn nicht beanstandet, im inneren und äußeren Umschlag verschlossen an das Gefängnis sendet. Falls der Brief Marken oder sonstige Wertgegenstände enthält, ist dies auf dem äußeren Umschlag zu vermerken. Dieser Umschlag wird von einem Anstaltsbeamten in Gegenwart des Gefangenen, geöffnet und der Brief dem Gefangenen übergeben, ohne daß der Beamte vom Inhalt Kenntnis nimmt; etwa beiliegende Wertgegenstände nimmt der Beamte jedoch an sich und gibt sie zur Aufbewahrung.

Da bei diesem Verfahren die zur Briefkontrolle befugten Anstaltsbeamten keinen Einblick in den Brief erhalten, werden die Richter bei Durchsicht der Briefe auch darauf achten müssen, ob etwa der Inhalt geeignet ist, Ordnung oder Sicherheit in der Anstalt zu stören und ob insofern ein Anlaß zur Beanstandung des Briefes gegeben ist. Falls in dieser Hinsicht Zweifel bestehen, wird es sich empfehlen, daß der Richter den Brief dem Anstaltsvorsteher zur Stellungnahme vorlegt. Die Weitergabe hat auch hierbei in einem verschlossenen Umschlag zu erfolgen. Bezüglich des Verkehrs mit dem Verteidiger verbleibt es bei den bestehenden Bestimmungen.

Falls ein für einen Straf- oder Untersuchungsgefangenen eingehendes Schreiben gemäß § 13 Abs. 7 S. 1 DVO. beanstandet wird, so ist dies außer dem Gefangenen auch dem Absender unter kurzer Angabe der Gründe mitzuteilen. Bei Untersuchungsgefangenen unterbleibt die Mitteilung jedoch, wenn dadurch die Untersuchung gefährdet wird. Die Entscheidung hierüber trifft der Richter, Entsprechend ist zu verfahren, wenn Paketsendungen für Gefangene eingehen und ihnen nicht ausgehändigt werden.

*

Diese Neuregelung ist ein echtes Dokument demokratisch-republikanischer Zuchthausgesinnung. Wir leben dafür bekanntlich in der freisten Republik der Welt.

Ein betrügerischer Stadtbankkunde vor Gericht

„Doktor h. c. Textilia"

Wegen Betrugs in vier Fällen hatte sich vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht der Kaufmann Oskar Weinreb zu verantworten. Wir haben diesen höchst ehrenwerten Kaufmann, der in der Geiststraße unter der Firma „Textilia" ein kleines Ladengeschäft unterhält, bereits mehrfach charakterisiert, und unseren Lesern ist bekannt, daß Weinreb ebenfalls zu den bevorzugten Kunden der Stadtbank gehörte und daß eine erkleckliche Summe aus den Stadtbankverlusten in seine Taschen geflossen ist. Von einem Teil dieses Geldes kaufte sich der noch junge Mann bekanntlich auch den Titel „Doktor h. c.", weswegen er bereits verurteilt wurde.

Im ersten Betrugsfalle handelt es sich kurz um folgendes: Der Gerichtsvollzieher war seinerzeit der beste Kunde des Angeklagten Weinreb und fast täglicher Gast in dessen Geschäftsräumen. Unter anderem hatte er auch eine größere Forderung einer auswärtigen Firma einzutreiben. Weinreb übergab dem Gerichtsvollzieher gegen Quittung vier einzelne ordentliche Bankschecks, von denen aber nur einer eingelöst wurde. Die übrigen drei wurden zurückgewiesen, da für diese keinerlei Deckung vorhanden war. Als die Firma hierauf den Gerichtsvollzieher mit der Pfändung beauftragte, ließ Weinreb eine Vollstreckungsgegenklage durch seinen Prokuristen einleiten und bereif sich auf die Quittung des Gerichtsvollziehers, und das alles, trotzdem er wußte, daß die Ansprüche der Gläubigerin berechtigt waren, da die drei Schecks nicht eingelöst worden waren. Der Angeklagte versucht, glaubhaft zu machen, daß es sich bei seiner Vollstreckungsgegenklage um einen bedauerlichen Irrtum gehandelt habe.

Im zweiten Betrugsfalle wird dem Angeklagten zur Last gelegt, einen in Chemnitz praktizierenden Rechtsanwalt geläutert und geschädigt zu haben. Weinreb, der sich damals Doktor h. c. (h. c. heißt „honoris causa: ehrenhalber") nannte, nahm den Rechtsanwalt in Anspruch. Als dieser um Honorarvorschuß nachsuchte, wurde ihm mitgeteilt, daß ihm dieser sofort überwiesen werde. Auf spätere Mahnungen schrieb ihm Weinreb lakonisch: „Wir reichen Ihnen das Original Ihres Schreibens in der Anlage zurück, da wir mit Ihnen nichts zu tun haben." Unterzeichnet mit „Textilia", Unterschrift: Strauß. Der Angeklagte will geltend machen, daß es sich auch in diesem Falle um einen Irrtum gehandelt habe, insofern nämlich als seine Teilhaberin, Frau Strauß, geglaubt habe, daß es sich um eine Angelegenheit zwischen der Firma Oskar Weinreb und dem Rechtsanwalt gehandelt habe, mit der die Firma „Textilia" nichts zu tun habe. Tatsächlich mußte der Angeklagte aber zugeben, die Karte an den Rechtsanwalt selbst diktiert zu haben, und weiter konnte festgestellt werden, daß auch die Firma „Textilia" ebenfalls den Rechtsanwalt in Anspruch genommen hatte.

Es darf hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß die Firma „Textilia" auch nur eine Scheingründung des Weinreb ist. Weinreb leistete im vorigen Jahre den Offenbarungseid. Um aber trotzdem seinen Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, nannte er seine Firma hinfort „Textilia" und meldete dies ominöse Unternehmen als eine G. m. b. H. an. Er selbst ist nach wie vor Inhaber, und zum Schein nahm er sich aus den Reihen seiner Verkäuferinnen einen Gesellschafter, der aber nur mit ganzen 50 Mark an der G. m. b. H. beteiligt ist.

Mit einem Hamburger Rechtsanwalt verfuhr der Angeklagte, der in zahlreiche Prozesse verwickelt ist, ähnlich. Auch diesem übergab er die Vertretung in einem Rechtsstreit. Als dem Rechtsanwalt drohte, sein Mandat niederzulegen, da er vergeblich auf ein Honorar von 300 Mk. wartete, bekam er von dem Angeklagten 200 Mk. in bar und einen Postscheck, lautend auf 100 Mk. Dieser Postscheck wurde vom Postscheckamt in Erfurt nicht eingelöst, da Weinrebs Konto sich auf nur 45 Mark belief, die schon wenige Tage später in einer anderen Sache gepfändet wurden. Auch an diesem Falle bestreitet der Angeklagte die Absicht des Betrugs, obwohl feststeht, daß er im voraus wußte, daß sein Guthaben beim Postscheckamt nicht halb so hoch war, wie die Summe des ausgestellten Schecks, der dadurch vollkommen wertlos wurde.

Im letzten Falle wurde dem Angeklagten noch Wucher zur Last gelegt. Mit einem auswärtigen Geschäftsmanne hat er verschiedentlich Wechselgeschäfte gemacht. Weinreb kaufte Wechsel zu einem weit niedrigeren Preis, wie der Nennwert der Wechsel lautete. Bei einigen solchen Geschäften will er sich allerdings selbst in die Nesseln gesetzt und Schaden erlitten haben.

Wegen all dieser Straftaten beantragte der Anklagevertreter eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Das Gericht glaubte jedoch, daß eine Freiheitsstrafe von einem Monat ausreichend sein werde und verurteilte den Angeklagten demgemäß, billigte ihm jedoch noch Bewährungsfrist zu.

*

Betrachtet man diesen Pseudo-Doktor und seine wenig Vertrauen erweckende Geschäftspraxis, dann hat man auch einen Vorgeschmack für den hoffentlich bald kommenden Stadtbankprozeß. Aehnlich wie „Dr. h. c. Weinreb, Textilia" sehen auch viele der übrigen Stadtbankkunden aus. Wer einem solchen Prozeß einmal beigewohnt hat, für den kann auch nicht mehr der geringste Zweifel darüber bestehen, daß Bürgermeister Seydel als Dezernent der Stadtbank an den Millionenverlusten der Stadt reichlich mehr Schuld trägt als sein ehemaliger Günstling Berger. Wollte Bergermeister Seydel sich damit ausreden, daß ihm die absolute Kreditunwürdigkeit vieler Stadtbankkunden entgangen sei, dann würde er damit nur zum Ausdruck bringen, daß er grenzenlos unbegabt und fränlich leichtsinnig ist und nicht die geringsten Qualifikationen für ein so verantwortungsvolles Amt hat. Wir wissen aber, daß Seydel nicht so dumm ist, wie er sich selbst scheinbar hinzustellen sucht. Ihm können die teilweise betrügerischen Manipulationen seiner sauberen und ehrenwerten Kundschaft nicht entgangen sein. Wenn diesen Schmarotzern an der Allgemeinheit trotzdem große Summen ohne jede Sicherheit in den Rachen geworfen wurden, dann muß das tiefere Gründe haben und es liegt kein Leichtsinn mehr, sondern Verbrechen vor. Der Doktor h. c. aus der Geiststraße, dessen „Textilia" vor einer größeren Prozeßsache stets einen Schleuderverkauf inszeniert, scheinbar, um die Mittel für die Kosten eines Rechtsanwalts aufzutreiben, ist sehr billig davongekommen. Für Herrn Seydel hat sich bis heute noch kein Staatsanwalt interessiert.

Hallische Tageschronik

Hauswirte, schützt die Wasserleitung vor Frost. Der Winter naht und damit die Gefahr der Beschädigungen der Wasserleitungen durch Frost, die unter Umständen große Kosten und Unannehmlichkeiten mit sich bringen können. Es liegt daher im eigenen Interesse der Hauswirte, für rechtzeitigen und ausreichenden Schutz der Wasserversorgungsanlagen gegen die Kälte zu sorgen. Besonders gefährdet sind naturgemäß die Eintrittsstellen der Leitungen in die Gebäude. Rechtzeitiges Schließen und Abdichten der Kellerfenster mit schlechten Wärmeleitern (Stroh, Holzwolle, Lumpen, Papier usw.) und Einhüllen der freiliegenden Rohre, Abstellen und Leerlaufenlassen der ungeschützten Wasserleitungen bei Frost sind gute Vorsichtsmaßregeln, deren sorgfältige Anwendung nur empfohlen werden kann.

Einzieherin eines Weges. Der Magistrat beabsichtigt, den in Verlängerung der Gneisenaustraße zwischen Zeppelinstraße und Halle-Salberstädter Eisenbahn liegenden Wegeteil, der bereits seit dem Jahre 1904 fluchtlinienplangemäß aufgehoben worden und seit Jahren für den Fahrverkehr gesperrt ist, einzuziehen. Einsprüche gegen den Plan, der vom Tage der Bekanntmachung an auf vier Wochen während der Dienststunden im Polizeipräsidium, Dreyhaupstraße 4, Zimmer 113, zu jedermanns Einsicht offen liegt, können von den Beteiligten im Umfang ihres Interesses während dieser Zeit beim Polizeipräsidium schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Straßenraub. Mit dem Rufe „Geld her!" stürzte in der Freitagnacht in der Nähe der Johannisschule ein etwa 30jähriger Mann auf einen hiesigen Architekten zu, schlug ihm ins Gesicht und riß ihm da der Ueberfallene das Geld nicht herausgab, die Uhr aus der Tasche und entfloh.

Ein Schwindelstreiche. Einen erfolgreichen Trick wandte ein auswärtiger Schwindler dieser Tage in Halle an. Er gab sich als „Doktor" aus, mietete eine Kraftdroschke und ließ sich nach dem Zivilgericht fahren, ging in das Gebäude, kam kurze Zeit darauf wieder heraus und pumpte den Kraftdroschkenführer um 35 Mark an. Einige Minuten später kam er nochmals aus dem Gebäude und ließ sich weitere 20 Mark geben, da das Geld angeblich nicht gereicht hätte. Der Schwindler fuhr dann mit der gleichen Kraftdroschke nach den Kliniken, wo er den Chauffeur vergeblich auf seine Rückkehr warten ließ. Er war durch einen zweiten Ausgang unerkannt entkommen und hatte so den Kraftdroschenführer um sein Fahrgeld und 55 Mark betrogen. Wie verlautet, hat der Schwindler den gleichen Trick bereits in anderen Städten angewandt und wird von den Behörden gesucht.

Das Verkehrsbureau „Roter Turm", Marktplatz 25, teilt uns mit, daß soeben die neueste Liste der Straßensperrungen eingegangen ist. Diese liegt dort zur kostenlosen Einsicht aus.

Ein Portemonnaie mit Inhalt verloren. Beim gestrigen Gautreffen der Roten Jungfront in Weißenfels wurde von einem roten Frontkämpfer aus Halle im Stadttheater in Weißenfels ein Portemonnaie mit größerem Inhalt verloren. Der Finder wird gebeten, gegen Belohnung dasselbe im Gaubureau des RFB. in Halle, Gr. Klausstraße 10, abzugeben.

Heeresrentenzahlung durch die Post. Die Zahlung der Heeresrenten für Monat November findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 27. Oktober für K-Rentenempfänger, am 28. Oktober für die H-Rentenempfänger, für Nachzügler am 29. und 31. Zahlzeit 8 bis 14 Uhr.

Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge. Dem Preußischen Landtag geht demnächst, wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge zu. Durch das Reichsgesetz vom 9. April 1927 zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs ist vom 1. Juli 1927 ab die Erhebung von Brückengeld von Kraftfahrzeugen aufgehoben worden. Zur Durchführung dieses Reichsgesetzes soll das preußische Gesetz ergehen. Es regelt insbesondere die Entschädigung der Brückenunterhaltungspflichtigen, die bisher die Brückengelder der Kraftfahrzeuge erhoben haben. Diese sollen Zuschüsse aus dem nach dem Finanzausgleichsgesetz dem Lande Preußen zustehenden Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer erhalten.

Ein neuer Führer durch die Stadt

Der vom Verkehrsamt der Stadt Halle herausgegebene Führer für die Fremdenvorstellung im hallischen Stadttheater am 30. Oktober 1927 liegt nunmehr vor. Er enthält die Fahrpläne der aus Richtung Querfurt, Eisleben und Aschersleben laufenden Sonderzüge mit ihren Anschlüssen aus Richtung Stakfurt, Wansleben und Ballenstedt nach Halle nebst den um ein Drittel ermäßigten Fahrpreisen. Ein Plan des Zuschauerraumes mit Anfügung der um 40 Prozent ermäßigten Eintrittspreise für alle Plätze erleichtert die Auswahl des Theaterplanes. Die hallische Straßenbahn läßt es sich angelegen sein, eine möglichst bequeme Ueberführung der Teilnehmer vom Bahnhof nach dem Theater durch Sonderwagen zu vermitteln. Die Rückfahrzeiten sind so gelegt, daß die Teilnehmer nach der Theatervorstellung noch bequem auch für ihr leibliches Wohl in einer der Gaststätten sorgen können.

Konzert des Arbeiter-Sängerchors Halle

Am Mittwoch, dem 2. November 1927, abends 8 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Sängerchor im „Volkspark" sein Herbstkonzert. Als Mitwirkender ist diesmal das Hallische Sinfonie-Orchester unter Leitung Benno Plätz gewonnen worden. Das Programm ist so zusammengestellt, daß es einen wirklichen genußreichen Abend verspricht. Hervorgehoben soll werden: „Der Bauernaufstand" von A. von Othegraven. Orchester und Chor werden bei diesem Stück zusammenwirken. Der Vorverkauf hat bereits begonnen. Programme sind bei allen Sangesbrüdern zum Preise von 1 Mark erhältlich.

Der Arbeiter-Sängerchor Halle singt:

„Fanfare" von Karl Röhren; „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" von Hermann Scherchen; „Nicht verzagt" von Max Schmidt; „Russischer Trauermarsch" von Hermann Scherchen und die „Internationale"

am 7. November, abends 8 Uhr, im „Volkspark", zur 10 Jahre Sowjet-Rußland-Feier der KPD.

Eintritt 50 Pf. — Karten in der Bezirks-Zentralbuchhandlung, Lerchenfeldstr. 14 und der Volksbuchhandlung, Herz 42-44 erhältlich

Kommunistische Metallarbeiter!

Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr Fraktionsversammlung in der „Goldenen Kette". Erscheinen ist Pflicht.

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 4½ bis 5½ Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr. Montags keine Sprechstunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Der Ringkampf, ein klassischer Sport

Körperliche Ertüchtigung finden wir schon im Urbeginn des Menschengeschlechts, und war die Sportpflege mit der Lebensexistenz verbunden; denn das Naturvolk, das sein Daseinsrecht im Kampfe mit den Naturgewalten behaupten wollte, mußte sich in hohem Maße Körperkraft und Körpergewandtheit aneignen. Jedoch erst im alten Griechenland finden wir das Geburtsland des eigentlichen Sportbegriffs, denn zur echten Sportauffassung gehört die innige Verschmelzung von praktischen und ethischen Faktoren, die den Begriff „Sport“ erst ergeben. Es sind dies Kraft, Gesundheit, Körperschönheit und Lebensfreudigkeit. Diese allein richtige Auffassung haben die alten Griechen als bahnbrechend begründet und als Ausdruck vollendeter Lebensharmonie ihrer Sportauffassung zugrunde gelegt. Die Sportart, die in diesem klassischen Zeitalter zur höchsten Entwicklung reifte, ist der Ringkampf, der in seiner Ausübung vollkommen der klassischen Lebensphilosophie des alten Hellas entsprach, und darum dürfen wir ihn mit Recht als den klassischen Sport bezeichnen.

Schon bei Homer finden wir die Erwähnung des Ringkampfs (Pale) anläßlich der Leichenfeierlichkeiten für Patroklus. Später wurden prächtige Gebäude errichtet, in denen vor allem der Ringkampf gepflegt wurde, weshalb sie den Namen Palaestren erhielten. Weiter schildert besonders Plutarch den Ringkampf eingehend. Er widmet ihm besonders Worte hoher Anerkennung, weil er nicht allein große Körperkräfte schafft, wie sie z. B. der berühmteste Ringer der Antike, Milon, aufwies, sondern weil er die kunstvollste Sportart war. Niemals hat eine Nation so viel ästhetisches Empfinden besessen wie die alten Hellenen, und heute kommt es uns noch erstaunlich vor, in welcher Weise sie den Ringkämpfer feierten, der Kraft und Schönheit beim Kampfe harmonisch zu vereinigen wußte, wie z. B. der Knabe Kratinos von Aegira, der als Lohn für den Siegerkranz den er sich im Ringen holte, die Erlaubnis erhielt, sein Bildnis und das seines Lehrers in der Altis aufzustellen.

Wie wurde der Ringkampf ausgeübt?

Zur Vorbereitung auf den Kampf wurden die Kämpfer gründlich massiert, sodann ihre Körper mit feinstem Olivenöl gesalbt, ferner mit feinem, weichen Sande bestreut, damit der Körper beim Anpacken nicht abgleite. Weiter waren es hygienische Gründe, vor allem eine starke Transpiration zu ermöglichen. Nach dem Kampfe wurde der Körper einer ordentlichen Reinigung unterzogen durch Abwaschungen, Bad; ferner wurd. der mit Staub, Oel und Schweiß überladene Körper mit einem metallenen Reibeisen (Stlengides) gesäubert.

Die Kampfweise im Ringen war auch wesentlich verschieden von der unsrigen heute. So durften die Gegner einander nicht nur am Arme, sondern auch an den Schultern packen, durften sich ein Bein stellen, die Gurgel umklammern und ähnliche Griffe mehr. Der Kampf war beendet, wenn der Rivale viermal zu Boden geworfen war; was eine zähe Ausdauer der Kämpfer verlangte. Meistens gestaltete er sich sehr heiß, denn nur wirklich geübte Ringer traten bei den öffentlichen Spielen auf. Sieger bei den olympischen Spielen wurde auch nur jener, welcher zwei Gegner besiegt hatte; denn die Kampfregel war, daß jeweils vier Ringer ausgelost wurden, die paarweise abwechselnd miteinander ringen mußten. Besonders bewertet wurde jener Ringer, der ohne Ruhepause die Kämpfe siegreich bestanden und „staubfrei“ geblieben war. Die Ehrung der Sieger war außerordentlich groß. Es wurden ihm staatliche Belohnungen zuteil wie Steuerfreiheit, freie Plätze im Theater usw. Das ehrenvollste aber war für sie, daß sie die Lieblinge der ganzen Nation wurden, daß ihr Name mit Ehrfurcht genannt wurde. Von den Griechen übernahmen die Römer das Ringen, die großes Wohlgefallen an Ringkämpfen gefunden hatten, die bei den Festspielen des Markus Fluvius auftraten. Besonders Cäsar veranstaltete gern Ringerwettkämpfe, und nach ihm vor allem Nero, dessen Athletenfeste traurige Berühmtheit erlangten durch die blutrünstigen Gladiatorenkämpfe. Und von da an arteten die Ringkämpfe zu wüsten Veranstaltungen aus, und die Ringer selbst, die sich bezahlen ließen, waren sehr niedern Herkommens. Und lange Jahrhunderte hindurch war das Ringen verpönt, und erst unsre Vorkriegszeit hat ihm wieder das gebührende Ansehen verschafft und sind es vor allem die Schweiz und England gewesen, die ihm zu neuer Blüte verholfen haben. Sie gingen aus von der Idee des altgriechischen Ringkampfes und erhoben ihn aufs neue zu seiner berechtigten Stellung, der wahrhaft klassische Sport zu sein. — **Arbeitersportler pflegen den Ringkampf nur im deutschen Arbeiter-Athletenbund!**

Halle schlägt Weißenfels

Am Sonntag, dem 16. Oktober, fand der Retourkampf der Ortsgruppe Halle und Weißenfels statt. War Halle beim 1. Kampf im Frühjahr unterlegen, so konnte diesmal Halle 1. gegen Weißenfels 1. mit 1412 : 1388 Ringen und Halle 2. mit 1267 : 1122 gegen Weißenfels 2. den Sieg erringen. Halle 3. unterlag mit 873 : 1020 gegen kombinierte Weißenfels 3. Geschossen wurde mit 6-Millimeter-Kaliber, 20er Ringscheibe, 20 Meter Entfernung. Jede Mannschaft 90 Schuß.

In Teuchern fand ein Freundschaftsschießen statt. Weißenfels schoß 465, Runthal 408, Schortau 369, Werschen 348 und Mähliz 330 Ringe. Geschossen wurde mit 6-Millimeter-Kaliber, 20er Ringscheibe, 25 Meter Entfernung. Jede Mannschaft 30 Schuß.

Arbeiter-Kegler-Bund, Ortsgruppe Halle

Am Freitag, dem 28. Oktober, ½8 Uhr abends, erweiterte Vorstandssitzung im „Volkspark“. Dazu ist der Sportgenosse Karl Müller, Kegelklub „Unter Uns“, eingeladen.

Fußball

Die Meisterschafts- und Ausscheidungsspiele auf dem Sandanger in Halle

Das Ausscheidungsspiel auf dem Sandanger zwischen Askania 1. — Teicha 1. wurde bei dem Stande von 2 : 1 für A. wegen Dunkelheit abgebrochen.

Auch das dritte Spiel unentschieden

Um die Bezirksmeisterschaft in der 2. Klasse steht es tatsächlich unentschieden aus. Auf dem Sandanger spielte Cröllwitz 2. — Trotha 2. 5 : 5. Da nunmehr Diemitz 1. gegen Cröllwitz 2. 0 : 0 und gegen Trotha 2. 2 : 2 gespielt hat, ist womöglich eine neue Spielserie offen.

Das dritte Spiel Fortuna 3. — Trotha 3. endete 3 : 3 unentschieden.

Platzeinweihung des Sportvereins „Eintracht“-Wittenberg

Eintracht 1. gegen Fichte-Halle 1. 3 : 5, Eckenverhältnis 5 : 3

Vor Antritt des Spieles hielt der 1. Vorsitzende eine Ansprache, dann gab er den Platz für den Arbeitersport frei.

Pünktlich 3 Uhr begann das Spiel mit Anstoß von Wittenberg. Beide Tore kommen des öfteren in Gefahr, doch wird nichts zählbares erreicht. Auch die erste Ecke für Halle brachte nichts ein. In der 10. Minute war es Halle vergönnt, durch gute Kombination den Ball in das Netz zu schicken. Wittenberg versucht auszugleichen, doch kommt es nur zu einer Ecke, die nichts einbringt. Beide Mannschaften geben ihr möglichstes her, doch scheitern alle Angriffe an beiderseitigen Verteidigungen. In der 18. Minute muß Halle das erste Tor einstecken. In der 38. Minute reißt Halle die Führung wieder an sich, und kurz vor Halbzeit erhöht sich das Resultat auf 3 : 1 für Halle. 6 Minuten nach Halbzeit kann Wittenberg das Resultat auf 3 : 2 bringen, und einige Minuten später gleicht Wittenberg aus. Bei diesem Resultat bleibt es bis 10 Minuten vor Schluß. Durch fehlerhafte Verteidigung kommt Halle noch zu zwei Erfolgen. Im allgemeinen waren beide Mannschaften gleichwertig. Das jederzeit fair durchgeführte Spiel verdiente eine größere Anteilnahme der Arbeiterschaft wie dies der Fall war.

Fichte 2. — Diemitz 2. 0 : 3. Fichte 3. — Giebichenstein 3. 6 : 1.
Fichte Jugend — Diemitz Jugend 0 : 2. Cröllwitz 3. — Minerva 3. 6 : 1.

Der Tabellenführer Greppin geschlagen

Greppin 1. — Niemegk 1. 1 : 2 (0 : 1)

Der Tabellenführer und voraussichtlicher Bezirksmeister leistete sich einen üblen Scherz und ließ sich von Niemegk mit 2 : 1 auf eigenem Platze schlagen. Beide Mannschaften spielten von Anstoß sehr aufgeregt. Niemegk als eifrige Mannschaft gestaltet das Spiel leicht überlegen, was sich bis zur Halbzeit in einem Treffer auswirkt. Nach Wiederanstoß wird von beiden Seiten hart gespielt, und Niemegk stellte das Resultat nach gleichwertigem Spiel auf 2 : 1. Greppin hätte dem Spiel eine andere Wendung geben können, wenn sie die großen Chancen, in Form von zwei Elfmetern, verwandelt hätte. Greppin legte wegen Fehlentscheidung Protest ein. Greppin zeigte in diesem Spiel nicht die gewohnte Leistung.

Cröllwitz 1. — „Britannia“ 1., Aschersleben

Am Sonntag standen sich obige Mannschaften im Freundschaftsspiel auf den Brandbergen gegenüber. C. hat Anstoß. Sofort entwickelt sich ein lebhafter Kampf mit Ueberlegenheit von C. In der 9. Minute gelingt es C. durch fehlerhafte Abwehr der Verteidigung von A. zum ersten Erfolge zu kommen. Nach Anstoß taut A. etwas mehr auf, und bald ist der Ausgleich geschaffen. Nach Wiederanstoß hat A. zunächst etwas mehr vom Spiel, so daß die durch Ersatz geschwächte Verteidigung von C. alle Hände voll zu tun hat. Endlich gelingt es C. sich wieder freizumachen, so daß das Spiel wieder etwas wechselvoller wird. Bei nun folgenden beiderseitigen Torbesuchen, wo C. etwas öfter an die Reihe kommt, werden von beiderseitigen Verteidigungen aufopfernd geklärt. A. gelingt es, mit 2 : 1 in Führung zu gehen. Nach Seitenwechsel hat C. zunächst wieder etwas mehr vom Spiel, doch macht sich der Ersatz zu sehr fühlbar, so daß sie sich nicht richtig durchsetzen können. Einige präziöse Sachen meistert der Torwart von A. brillant. Trotzalledem gelingt es C. in der 60. Minute gleichzuziehen, 2 : 2. C. spielt weiterhin mit großem Eifer und Sieg und kann durch Kopfball das dritte Tor erzielen. So sollte es auch bis zum Ende bleiben. Wieder einmal konnte C. aus einem lebhaften, flotten und fairen Kampfe mit 3 : 2 als Siege hervorgehen.

03 Bitterfeld 1. — Petersroda 1. 4 : 0 (2 : 0), Ecken 5 : 4

Da auch zu diesem Spiel der Schiedsrichter Mittmeier, Holzweißig, nicht erschienen war, pfiff ein Spieler jeder Mannschaft eine Halbzeit. 03 findet sich schnell zusammen und verschafft der gegnerischen Hintermannschaft Arbeit. In der 5. Minute sitzt bereits Nummer 1. Darauf lebhaftes Spiel mit gegenseitigen Torbesuch. Kurz vor Halbzeit verwandelt der Mittelläufer einen Strafstoß zum zweiten Erfolg. Ohne Pause wird weitergespielt. Petersroda setzt alles daran, um einen Erfolg zu erzielen, doch vergebens. 03 stellt nach leicht überlegenem Spiel das Resultat bis zum Schluß auf 4 : 0.

Minerva 1. — Wacker 1., Kahla (0 : 1) 2 : 5

Nach fairem Spiel gelingt es Kahla, schon in den ersten fünf Minuten in Führung zu gehen, und kann den Vorsprung bis zur Pause halten. Nach Seitenwechsel zieht Minerva in der 7. Minute gleich, und kommt in der 12. Minute in Führung. Aber schon einige Minuten später gelingt Kahla durch Versehen des rechten Vert. von Minerva der Ausgleich. In weiteren Abständen kann Kahla noch dreimal einsenden, und ist mit 5 : 2 Sieger. Durch untechnische Spielweise kommt Minerva nicht recht in Schwung und mußte sich die Spielform von Kahla aufzwingen lassen, welche zum Verhängnis führte; also glatte Niederlage. Minerva hat zum Teil gute Kräfte, kann sich aber nicht an Zuspiel sowie an flüssige Spielweise gewöhnen. Der angesetzte Schiedsrichter glänzte durch Abwesenheit.

Teutonia 1. — Sportbrüder 1. 10 : 3. Teutonia 3. — Ammendorf 3. 7 : 0.
Teutonia 2. Jugend — Ammendorf 2. Jugend 2 : 2.
Teutonia 1. Jugend — Teicha 1. Jugend 8 : 1.
Viktoria 1. — Zörbig 1. 2 : 0 (!). Viktoria 3. — Passendorf 1. 4 : 1.
Viktoria 2. Schüler — Minerva 2. Schüler 7 : 0.

Roitzsch 1. — Holzweißig 1. 3 : 0

Holzweißig wählt den Wind als Bundesgenossen und spielt in der ersten Viertelstunde leicht überlegen. Roitzsch leitet ebenfalls gefährliche Angriffe ein, und führt bereits in der 5. Minute mit 1 : 0. Der Anstoß Holzweißig wird abgefangen, und eine halbe Minute später muß der Torhüter von Holzweißig das Leder zum zweiten Mal nach der Mitte geben. Holzweißig ist durch diese zwei überraschenden Tore ganz kopflos. Roitzsch versteht dies geschickt auszunutzen und stellt den Sieg durch ein weiteres Tor sicher. Nach dem Wechseln legte der Meister eine unnötige Härte ins Spiel, worauf zwei Spieler den Platz verlassen müssen. Da Holzweißig nur mit 7 Mann auf dem Felde ist, läßt der Schiedsrichter vor Ende des Spieles den Schlußpfiff ertönen.

Roitzsch 2. — Piesteritz 2.: Piesteritz nicht angetreten. — Roitzsch Jugend — Petersroda Jugend 3 : 2. 03 Bitterfeld 2. — Zscherndorf 1. 1 : 4.

Bezirks-Spielausschuß, 2. Kreis, 3. Bezirk. Am Sonnabend, dem 29. Oktober, 20 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus“, Bitterfeld, eine Sitzung statt. Tagesordnung: 1. Präsenz; 2. Serie; 3. Eingänge; 4. Verhandlungen. Erwarte, daß jedes Spielausschußmitglied erscheint. Geladen werden folgende Genossen auf eigene Kosten: 21.15 Uhr: Spiel Nr. 296, Spielführer, Zschornewitz 1. — Petersroda 2., Herausgestellte von Petersroda. 21.30 Uhr: Spiel Nr. 255, Trojahn, Kassierer von Sandersdorf, Spielführer, Piesteritz 1., sonstige Zeugen, Schiedsrichter. Punktverlust-Strafen: Nr. 284, Petersroda Jgd., § 67,3, 5 Mk., § 41,4, 2 Mk. Nr. 290, Wolfen 2. — Holzweißig 2., Punktverlust für beide, §§ 36, 37, § 67,3, je 10 Mk. Nr. 296, Petersroda 2., 10 Mk., § 38, § 67,3. Fordere die Vereine auf, bis 30. Oktober sämtliche Strafgelder zu begleichen. Ab 30. Oktober Disqualifikation. Paul Chemnitz, Obmann.

Handball

Minerva 1. — Sportlust 1. (1 : 0) 3 : 2

Auf dem Minerva-Sportplatze standen sich obige Vereine im friedlichen Handball-Wettkampf gegenüber. Beide Gegner zeigten keine großen Leistungen. Auf diesem Gebiete muß noch viel im Training gelernt werden, um mit technischen Feinheiten arbeiten zu können. Sonst verlief das Spiel in fairer Form, und die Entscheidungen des Schiedsrichters waren korrekt.

Othello 1. — Schwimmer 1. (10 Mann) 7 : 1 (4 : 1)

Die Schwimmer haben Anstoß, werden den Ball los, O. geht durch und R.-A. kann den ersten Treffer erzielen. O. ist dauernd im Angriff, aber der Schwimmer-Torwart ist sich seiner Aufgabe bewußt und verhindert schöne Torwürfe. Die Schwimmer erzielen durch einen unverhofften Durchbruch auch einen Treffer. Diesem setzen O. bis Halbzeit noch drei entgegen. Nach Halbzeit kann O. noch drei Torwürfe erreichen, dem die Schwimmer nichts mehr entgegensetzen können. Der Schiedsrichter leitete das Spiel gut. Othello 2. — Schwimmer 2. 0 : 4.
Othello Sportlerinnen — Schwimmer 2 : 0.
Fichte 1. — Ammendorf 1. 11 : 1. Fichte 2. — Achilles 1. 1 : 0.
Fichte Jugend — Schwimmer Jugend 10 : 2.

Schach

Schachturnier im „Volkspark“

In Gruppe 2 siegten am Freitag: Reichstein gegen Scherpe, Voigt gegen Scherpe, Schmidt gegen Scherpe, Weise gegen Reichstein.
Turnierstand: Gruppe 1: E. Badestein 6 : 0; Gebenroth 3 : 2; Lud. Badestein 2 : 2; Scharrenberg 2 : 2; Ranneseld 1½ : 2½; Vogel ½ : 4½; Schoepe 0 : 2. Gruppe 2: Reichstein 5 : 1; Weise 4 : 1; Emrich 3 : 1; Voigt 3 : 2; Krause 1 : 4; Scherpe 1 : 4; Schmidt 1 : 5.

(Fortsetzung des Sportes auf Hauptblatt Seite 4)

Unsere Zigaretten frisch zu erhalten,

ist schon lange unsere Hauptsorge, denn wir wissen, wieviel an Wohlgeschmack und Aroma die Zigaretten in gewöhnlichen Pappkartons schon nach wenigen Wochen verlieren. Unsere Aluminium-Goldfolie-Packung bietet die Gewähr, daß die Zigaretten wirklich *frisch* in die Hände des Rauchers gelangen, da der allseitige Metall-Belag jegliches Austrocknen der Tabake verhindert. Sie ist trotz dieses eminenten Vorteils anderen Packungen gegenüber nicht teurer als ein gewöhnlicher Pappkarton. Wir liefern, so verpackt, unsere drei Marken:

SCHWARZ-WEISS 4 Pfg.
AUSLESE 5 Pfg.
JUWEL 6 Pfg.

Greiling A.G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0007

Harry Domela

Der falsche Prinz

Erscheint ab 1. November im Klassenkampf

Mein Leben u. meine Abenteuer

Selten hat die Welt so gelacht wie im Dezember 1926, als bekannt wurde: irgendein junger Mann hat wochenlang Adlige, Bürger, Militärs und Behörden zu seinen devoten Untertanen gemacht, indem er sich als ältester Sohn des ehemaligen Kronprinzen ausgab. Es kommt ja öfters vor, daß Unbefugte sich Titel und Würden zulegen, um sich's besser gehen zu lassen. Aber gleich den Anwärter auf den in Reserve gestellten deutschen Kaiserthron zu spielen, wochenlang vor aller Welt den Hohenzoller zu mimen, — das war denn doch noch nicht dagewesen. Halb Europa lachte; und die Leser dieses Buches werden abermals in Lachen ausbrechen über jene erwachsenen Bürger einer Republik, für die es auf der Welt nichts Beglückenderes gibt, als vor einem jungen Prinzen ersterben zu dürfen. Allein die Komik ist nur eine und nicht die wichtigste Seite dieses Vorfalls. Als Domela verhaftet wurde, benutzte er das halbe Jahr Untersuchungshaft dazu, die Geschichte seines Lebens zu erzählen; nicht nur die unglaublichen Abenteuer als „Wilhelm, Prinz von Preußen", sondern auch seine Erlebnisse als Soldat, Arbeiter, Vagabund, Reisender, Sträfling, und Bauernknecht. Er hat sich nicht darauf beschränkt, die Hohlheit und Servilität jener Gesellschaft, die sich die beste nennt, zu charakterisieren, sondern er schildert die verworrenen und für eine gewisse Nachkriegsjugend typischen Wege, die ihn durchs dunkelste Deutschland führten. Der Krieg hat Domela als Kind aus seinem gutbürgerlichen deutschbaltischen Elternhause gerissen. Er kam in ein Kinderasyl in Riga und wurde 1918, vierzehnjährig, Soldat im Baltikum. Aus der Heimat ausgewiesen, weil er gegen die Letten für die Interessen der baltischen Barone gekämpft hat, wird er Landarbeiter, dann, 1920, obwohl Ausländer, deutscher Reichswehrsoldat, gut genug, um die nach dem Kapp-Putsch einsetzenden Arbeiterunruhen unterdrücken zu helfen. Nachher heißt es auf einmal, er sei zu jung, um Soldat bleiben zu können. Bürgerdank. — Nun steht er „staatenlos", ohne Paß, ohne Beziehungen und ohne Kenntnisse, bettelnd und obdachlos in einer Welt, für die er weiter nichts als Ware ist, — die Ware Arbeitskraft —, und zwar, da er nichts erlernt hat und schmächtig ist, Ausschußware. Typisches Schicksal eines Deklassierten. An hartes Leben gewöhnt, schlägt er sich als Land- und Saisonarbeiter durch und findet schließlich sogar Anstellung in einer Fabrik. Weil er Reichsfremder ist, muß er aber bald darauf abgebaut werden. Jetzt geht's ständig bergab. Die Straße wird Domelas Heimat. Er friert und hungert, denn besondere kriminelle Talente hat er nicht. Schließlich helfen ihm seine „guten Manieren" weiter. Aus bürgerlicher Familie, schon als Kind an militärische Umgangsformen gewöhnt, legt er sich irgendwelche adlige Namen zu, — und sofort öffnen sich ihm die Türen zur Welt der Privilegierten, die dem einfachen Harry Domela ewig verschlossen geblieben wären. Domela hat gute Augen und gute Ohren. Er hat nichts von all dem vergessen, was er zu beobachten Gelegenheit hatte. Wie Lesages „Hinkender Teufel" die Dächer von den Häusern hebt, um seinem Freunde das geheime Leben der Umwelt zu zeigen, — so entblößen Domelas Memorien alle Schichten der deutschen Gesellschaft nach dem Kriege. Vom Asyl für Obdachlose bis ins Korpshaus der Saxo-Borussen, von der Gefängniskirche bis in die Villen deutscher Reichswehrkommandeure, in Dutzende deutscher Städte, auf Bauerngüter und Hofgesellschaften, — überallhin führt uns Domelas Buch. Dieses Buch, das vom Leben selber geschrieben wurde (Domela hat nur sein Schicksal und sein Gedächtnis beigesteuert), ist ein soziales Dokument: das Panorama der deutschen Republik aus der Perspektive des fünften Standes. Zeit und Zeitung sorgten dafür, daß die Sensation Domela von neuen Sensationen abgelöst wurde. Das Buch dagegen hat eine bleibende Aufgabe: es soll ein Dokument der gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse sein, aus denen diese beschämend-lustige Sensation erwachsen konnte, und es soll beitragen zu der Erkenntnis, daß diese Verhältnisse reif sind zur Ablösung.

Abonnementsbestellungen nehmen entgegen: Verlag Klassenkampf, Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, dessen Trägerinnen, alle Postanstalten, wie die „Klassenkampf"-Filialen in **Halle:** Volksbuchhandlung, Harz 42/44; **Ammendorf:** Hallische Straße 9; **Merseburg:** Markt 7 **Weißenfels:** Marienstraße 46; **Zeitz:** Karl-Liebknecht-Straße 4; **Eisleben:** Rathausstraße 7; **Wittenberg:** Jüdenstraße 10; **Bitterfeld:** Burgstraße 40

Der Roman ist in Buchform erschienen und ist in den nachstehenden Buchhandlungen erhältlich (broschiert 2,80 Mk., in Ganzleinen 4,40 Mk.)

Genossen, RFB.-Kameraden! Am 30. Oktober: Großwerbetag für den „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Das Geiseltal während des Kampfes

Von den lebenswichtigen Leunagruben — Ein Betriebsrat, Gewerkschaftler und SPD.-Mann als Streikbrecher — Polizeiautos befördern die Horden des Grubenkapitals

Schon von der ersten Stunde an, bei Beginn des Streikes im Geiseltal, standendie Landjäger vor den Gruben. Insbesondere hat im oberen Geiseltal der Landrat Dr. Wandersleb ganz besondere Anweisungen zum Schutze der Streikbrecher an die Landjäger ergehen lassen. Es scheint seine besondere Aufgabe zu sein, die Leunagruben mit Polizeigewalt im Betrieb zu erhalten. Bei seiner Aufgabe wurde er durch das

gemeine Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden und strammen Sozimann Otto Kämpf,

dem Bruder des sozialdemokratischen Parteisekretärs Kämpf aus Merseburg, wesentlich unterstützt.

Er hatte schon die eingezogenen Kündigungen nicht an den Verband, sondern an die Grubenverwaltung ausgeliefert! Jetzt setzte er seinem verräterischen Treiben die Krone auf, indem er den ersten von allen Streikbrechern auf der Elise II macht!

Aber selbst die eingesetzten Landjäger genügten den Grubengewaltigen noch nicht. Mit den erlogensten Schwindelmeldungen verlangten sie die Entsendung von Schupo ins Streikgebiet. Die Geiseltalarbeiterschaft kennt diese Methoden der Freitage und Deitreiche zu genau. Sie haben nicht vergessen, daß diese Provokateure vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn sie ein bestimmtes Ziel erreichen wollen. Natürlich erfolgte auch prompt schon am Montag gegen 11 Uhr der Einsatz der Schupo von Merseburg. Sie war vom Querfurter Landrat angefordert. Damit war die

Polizei gegen die Streikenden mobil gemacht.

Für eine weitere Beschäftigung der Ordnungshüter sorgten die Direktoren der Leuna-Gruben durch eine entsprechende Scharfmacherei und Kolportierung von Gerüchten über angebliche Gewalttätigkeiten der Streikenden.

Interessant ist es, aus berufenem Munde zu erfahren, wer nun denn eigentlich die Verantwortung für den Einsatz der Polizei hat. Und siehe da, die Provozierungsmethoden vom Jahre 1921 werden wieder angewandt. Diesmal ist es nicht ein Häring, sondern der Regierungspräsident, Sozialdemokrat Grützner in Merseburg!!

Sofort nach dem Erscheinen der Sipo im Streikgebiet wurde der Landrat von Querfurt angegangen, um seinen Ruf nach Polizei zu begründen. In einer Besprechung am Dienstagnachmittag mit der Streikleitung im Michelner „Gewerkschaftshaus", hat der Landrat Wandersleb im Beisein des Kreistagsabgeordneten Genossen Scheibner Aufklärung gegeben, die an sich wohl vom Standpunkte eines Landrats genügen könnten. Der streikenden Bergarbeiterschaft ist damit aber nicht gedient. Unter anderen sagte der Landrat, daß schon am Sonntag seitens der Regierung in Merseburg Anweisungen ergangen seien, daß der Schutz der Arbeitswilligen unter allen Umständen gewährleistet würde. Dagegen wurde von verschiedenen Leuten am Sonntag das Gerücht verbreitet, daß der Regierungspräsident in Halle erklärt habe, daß erst bei Gewalttätigkeiten die Polizei eingesetzt werden würde!! (SPD.-Schmus!) Aus den weiteren Ausführungen des Landrats ging einwandfrei hervor, daß kein angeführtes Vorkommnis den Einsatz der Polizei rechtfertigt. Nur belanglose Zwischenfälle (ein Radfahrer sei vom Rade heruntergeholt worden, einem sei der „Schlauch durchgeschnitten" worden usw.) konnte Wandersleb anführen. Er habe noch gehört, daß die Frauen der Streikbrecher am Mittagessentragen verhindert werden sollten, damit die Streikbrecher, wenn sie nichts zu essen bekämen, aus den Betrieben gehen müßten. (Also Kohldampf-Terror!) Jedenfalls war der Landrat nicht in der Lage, die Anwesenden zu überzeugen, daß sich die Polizei zu Recht im Geiseltal herumtreibt.

Auf die Frage wegen der Zurückziehung der Polizei erklärte der Landrat, daß er nicht die Macht dazu habe, das müßte die Regierung anordnen.

Also der Regierungspräsident Grützner!

Nun war aber Grützner gerade zufällig abwesend und so konnten die Sozialdemokraten mit „guten" Gewissen ihren Parteifreunden erklären: „Was wollt Ihr denn? „Er" war ja nicht da, sein Vertreter war der Schuldige."

Inzwischen hat sich das Verhalten der Polizei noch einseitiger zugunsten der Grubenbarone ausgewirkt.

Am Mittwochabend wurden Streikbrecher der Grube „Pauline" **mit dem Mannschaftsauto der Sipo ins Werk gefahren!!** Am Donnerstag erschien Grützner persönlich auf dem Kampffeld der Arbeit. „Glorreich" ratterte er durchs Streikgebiet. Ueber seine Stellungnahme läßt er folgendes Kommuniqué verbreiten:

Korrespondent Nr. 246 vom 20. Oktober 1927.

Mustergültige Ruhe und Ordnung im Geiseltal

Regierungspräsident Grützner hat heute früh um 5 Uhr eine Besichtigungsfahrt in das Braunkohlengebiet des Geiseltals angetreten, um sich einen **persönlichen Eindruck!** von der Lage in diesem wichtigen Bergbaubezirk zu machen. Er hat den Gruben in den Kreisen Merseburg und Querfurt einen Besuch abgestattet, und namentlich die zum J. G. Ferbenkonzern gehörigen Bergwerke besichtigt, aus denen die Versorgung der Leuna-Werke erfolgt. Es herrschte überall eine mustergültige Ordnung in der Bewegung, was auch von den Werksdirektoren anerkannt wurde. Im Anschluß an die Besichtigung suchte der Regierungspräsident die Streikleitung des Geiseltals in Mücheln auf und hat ihr gegenüber betont, daß er die mustergültige Ordnung, die er am heutigen Tage vorgefunden habe, anerkenne, und ihr geraten, auf weitere gute Ordnung zu dringen, die der Bewegung sicher nicht abträglich sei. Dem Wunsche von Arbeiterseite auf Zurückziehung der Polizei (Schutzpolizei und Landjäger) könne er jedoch **unmöglich entsprechen!** weil die politische und wirtschaftliche Wichtigkeit des Geiseltales ihm zur besonderen Pflicht mache, von der Postierung der Polizei als einer vorbeugenden Maßnahme Gebrauch zu machen. Die Hauptaufgabe der heutigen Polizei liege im Gegensatz zu der der Vorkriegszeit in vorbildlicher, vorbeugender Arbeit zur Verhütung von Schäden.

Also, Kumpels, „vorbeugen" will Grützner — die Polizei ist „neutral", deshalb befördert sie Streikbrecher mit dem Automobil. Und der sozialdemokratische Betriebsrat Kämpf ist ein lebenswichtiger Mann. Deshalb muß er in einem lebenswichtigen Betriebe lebenswichtige Notstandsarbeiten machen — —

Merseburg. Alle Genossen empfangen heute und morgen Werbematerial in der Buchhandlung.

Aus dem Saalkreis

Die Sozialrentner wehren sich gegen sozialdemokratische Bevormundung

Vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen, Ortsgruppe Ammendorf, wird uns geschrieben.

Zu dem Bericht im „Klassenkampf" (Unzufriedenheit der Sozialrentner) müssen wir Euch mitteilen, daß nicht alle Kollegen im Vorstande der Kreisleitung Mitglieder der SPD. sind, sondern zum Teil auch Mitglieder der KPD., welche in der genannten Vertrauensmännersitzung mit anwesend waren. Wir müssen aber erklären,

daß selbst SPD.-Funktionäre nicht mit der Handlungsweise ihrer Führer zufrieden sind.

Und wir wissen es zu gut, daß diese nicht wagen, dies in der Oeffentlichkeit zu bekennen und dagegen aufzutreten, wie schon in der Anmerkung der Schriftleitung richtig geschildert ist. Aber in der fraglichen Sitzung hat der Kollege Schoenlank wörtlich erklärt,

daß mit Ausnahme der kommunistischen Vertreter, die ja noch höhere Nichtsätze festgelegt haben, welche aber unannehmbar wären, die Erhöhung der Nichtsätze abgelehnt worden ist.

Und daraus erklärt sich ja auch der Umstand, daß Kollege Schoenlank nicht mehr gern nach dem Kreisausschusse hingehen will. Denn wenn man sehen muß, daß die eigenen Parteifreunde dagegen stimmen, und von den kommunistischen Vertretern wird man unterstützt, so ist das eine peinliche Situation.

Diese peinliche Situation darf man natürlich der Oeffentlichkeit nicht berichten. Dieses Tuscheln, Kuschen und Leisetreten wird auch mal den sozialdemokratischen Führern zum Verhängnis werden. Das werden auch die alten Sozialrentner schon gewahr.

Der Kollege Schoenlank ist auch sehr voreilig und geschickt. Der Schriftführer ist nämlich ein KPD.-Mann, der könnte manchmal zu viel sagen in seinen Berichten. Gewiß hätte der Bericht etwas anders ausgesehen, wenn dieser ihn gemacht hätte. Ferner müßen wir erklären, daß wir uns nicht die radikalen Töne eines Schoenlank anhören, sondern daß wir ihm öfters unsere Meinung sagen, was er natürlich auch nicht im Berichte geschrieben hat. In der Ortsgruppe Halle ist er ja der Herrgott, da schmeißt er den Laden ganz allein, aber im Kreise steht es denn doch etwas anders aus.

Unsere Stellungnahme zur Erhöhung der Sozialrenten im Saalkreis werden auch wir den Vertretern der SPD. sagen. Dann nor allen Dingen noch, auf wessen Schultern die Summen zu legen sind. Unsere Forderung werden wir dem nächsten Kreistag vorlegen.

Ammendorf. Wenn ein Kind intelligenter ist als der Pflegevater, muß das zu Zusammenstößen mit der göttlichen Weltordnung führen. So wurde der Pflegesohn des Einwohners Pretsch von diesem in die hiesige katholische Schule geschickt. Dem Jungen behagte dieser Schulbesuch absolut nicht, und seinem Pflegevater gegenüber hat er auch verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, daß er evangelisch getauft sei und daher in einer katholischen Schule nichts zu suchen habe. Wahrscheinlich ist aber sogar, daß der Junge über ein recht vernünftiges Denken verfügt und überhaupt keine Lust hat, sich seinen Versand mit religiösen Traktaten verwäßern zu lassen. Der Junge griff in seiner Antipathie gegen die katholische Schule nun kurzerhand zur Selbsthilfe und blieb dem Unterricht verschiedentlich fern. Der Pflegevater wurde hierfür verantwortlich gemacht und ihm ein polizeilicher Strafbefehl zugeschickt, wogegen er allerdings gerichtliche Entscheidung beantragte. In der jetzt stattgefundenen Verhandlung kam zum Vorschein, daß der Junge tatsächlich mehr Charakter hat als sein Pflegevater, der den katholischen Lehrer aufhetzte, den Jungen doch einmal zu verprügeln. Der fromme Pädagoge, der als Zeuge übrigens einen wenig geistvollen Eindruck machte, ließ sich das nicht zweimal sagen und verprügelte den Knaben dermaßen, daß der darob nun entrüstete Pflegevater einen Arzt aufsuchte und sich die Erkennungszeichen kirchlicher Erziehungsmethoden attestieren ließ. Das alles nützte ihm aber recht wenig. Nicht nur, daß das Pflegekind zur Strafe durchgebläut wurde, zeigte der fromme Pädagoge die Geschichte auch noch an, so daß der Pflegevater für seine Kirchendienerei eine Geldstrafe von 18 Mk. zu bezahlen hat. Wir fragen die vernünftig denkende Arbeiterschaft, wie sich ein Kind, das in dieser Weise geistig wie körperlich vergewaltigt wird, zur Wehr setzen soll, wenn die Eltern oder die Pflegeeltern so wenig Erkenntnis aufbringen, um das Kind, das ganz offensichtlich mit den Lehren der Religionsgesellschaften nichts zu tun haben will, dem verderblichen Einfluß der Kirche zu entziehen? Man muß in diesem Zusammenhang an das drohende Reichsschulgesetz denken, das die gesamte Schule dem schwärzesten Muckertum ausliefern will. Eine solche Gesetzesvorlage ist nur möglich, weil so viele Eltern keinen Anteil an der geistigen Entwicklung ihrer Kinder nehmen. Die Eltern sollten sich über diese Dinge nur einmal mit ihren Kindern unterhalten. Wir sind davon überzeugt, daß ein erheblicher Teil der Schuljugend durch einen gesunden Instinkt in dieser Beziehung den Eltern geistig überlegen ist. Man kann es ja noch jeden Sonntag beobachten: Es gibt zahlreiche Arbeitereltern, die Sonntag für Sonntag in die Kirche trotten, während ihre Kinder nicht an den frommen Zauber glauben wollen und können und nur mit dem Stock in Kirchen und Religionsstunden geprügelt werden. Ein Kind ist bald zermürbt, und man kann sich wirklich nicht wundern, wenn aus ihnen stumpfe, willenlose Heloten werden. Arbeitereltern, beobachtet Eure Kinder. Auch von ihnen könnt Ihr oftmals etwas lernen. Kehrt der Kirche den Rücken und entzieht Eure Kinder dem verderblichen Einfluß der Kirche. Kämpft mit allen anderen Werktätigen gegen das Reichsschulgesetz, mittels dessen Eure Kinder zu gehorsamen Sklaven der Kapitalisten gemacht werden sollen.

Dieskau. Der bekannte Inspektor Meister erlitt einen schweren Unfall. Er wurde von seinem Pferde abgeworfen. Das Pferd wälzte sich auf den abgeworfenen Reiter, welcher dabei einen Beckenbruch erlitt. Er wurde in eine hallische Klinik überführt.

Könnern. Stadtverordnetensitzung. Wie sieht die sozialdemokratische Unterstützung der streikenden und hungernden Bergarbeiter aus? Ein Bild davon gab die am 20. Oktober stattgefundene Stadtverordnetensitzung. Dort wurde von der kommunistischen Fraktion ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, welcher besagte, dem Landesausschuß der JAH. für die streikenden Bergarbeiter 100 Mk. zu bewilligen. Der bürgerliche Stadtverordnete Nischan, welcher bei der Grundsteinlegung der Brücke erklärte, 200 Mk. Monatsgehalt seien viel zu wenig für einen Beamten, protestierte gegen die Dringlichkeit. Diesen Protest machte sich der sozialdemokratische Stadtverordnete und Vorsitzende der SPD. am Orte zu eigen, indem er sich der Stimme enthielt. Somit war unser Antrag erledigt. Auch das Magistratsmitglied Albrecht, Schreiber beim Landratsamt, erklärte dem Protokollschreiber, das Geld wäre doch nur für die JAH. Dieser Albrecht weiß nicht mehr, wie es ihm früher gegangen ist, daß die Kollegen für ihn gearbeitet haben. Heute sitzt er auf dem hohen Pferde. Bergarbeiter von Könnern, merkt es Euch, die Ihr bis jetzt der SPD. angehört, wer für Eure Interessen eintritt und wer Euch im Kampfe unterstützt. Bei der nächsten Wahl müssen solche Arbeiterverräter verschwinden, damit eine Politik im Interesse der Arbeiter getrieben und nicht mehr geheuchelt wird.

Eine Fahrt durch das streikende Geiseltal

Von B. Springstubbe

Wer vor ein paar Jahren mit den Arbeitern im Geiseltal sprach, mußte feststellen, daß ihre alte Kampfbegeisterung aus den Jahren nach der verpfuschten Revolution des Jahres 1918 einer gewissen Niederlagestimmung Platz gemacht hatte. Diese Stimmung machten sich die Unternehmer zunutze. Die Arbeitszeit wurde bis ins endlose verlängert, die Löhne erreichten ein Minimum, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich von Tag zu Tag, die Arbeiter des Braunkohlengebiets wurden ihrer einfachsten Rechte beraubt. Es entspricht nur den Tatsachen, wenn man die Arbeitsbedingungen im Geiseltal mit dem geradezu sprichwörtlichen Hungerelend der Mansfelder Bergarbeiter in Parallele stellt.

Mehrere Jahre hat die Arbeiterschaft des Braunkohlenbergbaues im Geiseltal gebraucht, um erneut ihre kämpfende Front gegen die Braunkohlenbarone zustande zu bringen. Aber die besten, dem Klassenkampf in jeder Situation treuen Arbeiter haben ihre Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen erfüllt. Heute, da der Hungerkurs des Bürgerblocks tolle Blüten eines kaum je dagewesenen Unternehmerterrors erzeugt, steht das Proletariat des Geiseltals geschlossen im **Kampf um die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen.** Wer heute durch das Geiseltal geht, von Grube zu Grube, von Ort zu Ort, von einer Gruppe Streikender zu einer andern — der muß und wird erkennen, daß der Kampf im Geiseltal von einer Begeisterung getragen ist, die ihresgleichen sucht.

Die Front von Beuna bis Mücheln steht geschlossen im Kampf. Eine Fahrradkolonne von Verbindungsleuten jagt die andere. Streikposten überall, wo es notwendig ist. Hastendes Leben und Treiben in den Streikbureaus. Strahlende Augen der begeisterten Kämpfenden, wo man nur hinsieht. Lebhaft diskutierende Gruppen, die sich über Möglichkeiten, Notwendigkeiten, Aussichten und weitere Konsequenzen des Kampfes klar, nüchtern und doch begeistert unterhalten. Hastiges Greifen nach den neuesten Zeitungen, die weitere Nachrichten über die Auswirkungen des Streiks auf die Produktion anderer Betriebe bringen. Hier und dort Gendarmen oder auch ein Auto mit Schupo. — Das ist der Gesamteindruck.

Allerdings rauchen die Schlote. Aber die Streikenden lachen nur darüber. Niemand fällt auf dies Täuschungsmanöver der Unternehmer hinein, die dadurch gern den Anschein erwecken möchten, als ob alles „in Ordnung" sei. Jedermann weiß, daß man die wenigen Streikbrecher, die noch in den Betrieben für Judaspfennige — Schichtzulage und Prämien — arbeiten, an den Fingern abzählen kann.

*

Am wenigsten Leben herrscht vielleicht noch in Beuna. Gewiß, die Braunkohlenkumpels haben auch hier der Streikparole fast restlos Folge geleistet, aber das Straßenbild wird dadurch wenig beeinflußt. Das liegt vielleicht zum Teil daran, daß die dortige Streikleitung ihren Sitz in eine Privatwohnung verlegen mußte und daher ihre Arbeit nicht in der Weise bewältigen kann, wie das in den anderen Orten der Fall ist. Hier und dort auch eine Gruppe Streikender. Vier oder fünf junge Arbeiter, die in begeisterten Worten über den Streik sprechen. Schon drücken sich vier Streikbrecher vorbei, die den Auftrag haben, für die wenigen noch Arbeitenden Essen in eine Grube zu holen. Kosenamen sind es nicht, die sie zu hören bekommen. Aber Gott hat bekanntlich den Streikbrecher zuletzt erschaffen und ihm, da er kein anderes Material mehr hatte, einen Klumpen einer zäh-ledrigen Masse als Herz eingelegt.

Wir gehen weiter nach Kayna. Das Bild ist hier viel lebhafter. Die Streikposten tragen als Abzeichen rote Bändchen. Ein alter Arbeiter im Manchesteranzug steht Streikposten. Wir sprachen ihn an. Mit glühenderer Begeisterung als dieser alte Klassenkämpfer kann wohl niemand seiner Meinung über den Streik Ausdruck verleihen. **„Wir wanken nicht! Wir wissen, wofür wir kämpfen",** sagt er uns zum Abschied. — Auf der Streikleitung herrscht Massenandrang. Opferwillige Kollegen bewältigen die Arbeit. Man diskutiert, man erkundigt sich nach der Stimmung in anderen Orten.

Unsere nächste Station ist Bedra. Im Gasthof tagt permanent die Streikleitung für die um Braunsdorf-Bedra liegenden Gruben. Dasselbe Bild auf der Straße und im Streikbureau wie in Kayna. Kuriere gehen und kommen, **98 Prozent der Belegschaften** stehen in den Gruben dieses Gebiets im Streik. Wir diskutieren mit den Streikenden. Mit klarer Logik sprechen sie über den Streik, seine Ursachen und über seine Zusammenhänge. Ein parteiloser Arbeiter spricht in einfachen, aber nüchtern durchdachten Worten seine Meinung aus. Er geht über den augenblicklichen Streik hinaus und spricht von der Gesellschaft der Zukunft, vom Kommunismus.

In Benndorf, dem Sitz der nächsten Streikleitung, ist das Lokal, in dem die Leitung tagt, von weit über 100 Streikenden umlagert. Anschläge der Streikleitung über die Streiklage, über die Verteilung von Mittagessen usw. werden studiert. Einzelne Miesmacher werden zur Ordnung gerufen. Auch hier herrscht glänzende Kampfstimmung. Am Abend soll eine große Streikversammlung stattfinden. Selbst den Stahlhelmern und Werksgemeinschaftlern gehen die Augen auf. Sie streiken mit, weil ihnen ebenso wie allen Proleten der Magen knurrt.

Es geht weiter — nach Mücheln. Vor dem Gewerkschaftshaus eine Menschenmenge. Ueber die Straße gespannt ist ein Transparent, auf dem in großen Lettern steht: **„Die Internationale Arbeiter-Hilfe schickt den streikenden Bergarbeitern erste Hilfe."** 1000 Brote und 1000 Pfund Butter sind eben zur Verteilung gekommen. Die Augen der Streikenden leuchten über diese Tat proletarischer Solidarität. Siegesgewisse Stimmung: **„Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht siegen würden. Unsere geschlossene Front verbürgt den Sieg."** erklärt ein Braunkohlen-Kumpel. Die Gruben „Pauline", „Cecilie" und die AKW. streiken mit verschwindenden Ausnahmen. Nur die Leuna-Grube „Elise II", augenblicklich ein noch schwarzer Rabe im streikenden Geiseltal, arbeitet für 5 Mark Schichtzulage und Prämien unter dem Schutz von drei Hundertschaften Schupo Tag und Nacht. Niemand darf die Grube verlassen, niemand darf sie betreten. Die Streikbrecher werden im Betrieb verpflegt, sie schlafen auch dort.

„Pfui Teufel!"

sagt ein Arbeiter, als er diese Tatsachen hört, und spuckt in weitem Bogen aus. Heftige Erregung herrscht über den Brief einer Werksleitung an die Streikleitung, wonach das in Frage kommende Werk **für Mücheln das Wasser sperren will,** falls die Streikenden weiter an den letzten Rest eines Solidaritätsgefühls der Streikbrecher appellieren sollten.

Auf dem Rückweg suchen wir die Streikleitung von Lützkendorf auf. Hier wie überall dasselbe herrliche Bild einer kämpfenden Einheitsfront. Auch hier nimmt die Internationale Arbeiter-Hilfe eine Lebensmittelverteilung vor. Eine **Ansprache wird gehalten. Ihr Ausklang ist: „Durch Kampf zum Sieg!"**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Aus dem Osterfelder Kohlengebiet

(Aus technischen Gründen erst heute veröffentlicht.)

Die streikenden Bergarbeiter stellen fest, daß die Streikbrecher es nicht für nötig halten, die Bahnhofssperre zu passieren. Sie verlassen das Bahnhofsterrain trotz des Verbotes durch Ueberschreiten der Gleise. Bisher wurde dieses Vergehen mit 20 Mark bestraft. Hat nun die Eisenbahndirektion dieses Verbot für das Streikgebiet aufgehoben oder handeln die Beamten eigenmächtig? Wir sehen den Aeußerungen der Direktion über das verbotswidrige Verhalten der Beamten mit größtem Interesse entgegen. Die Fälle sind festgestellt worden und sie wiederholen sich tagtäglich auf den Bahnhöfen Osterfeld in Thüringen, Waldau und Groitzschen. Dasselbe wird sich wohl auch auf den anderen Bahnhöfen abspielen.

Die Beteiligung am Streik in der Fabrik Gittbude Waldau (W. M.) bei Osterfeld in Thüringen ist trotz der sonst sehr lauen politischen Einstellung der Belegschaft verhältnismäßig gut. Von 50 Mann streiken 25. Die Streikbrecher sind zum größten Teil ältere

„klassenbewußte" Sozialdemokraten,

die bisher am meisten über den Hungerlohn, 24 Mark pro Woche, skandaliert haben. Allerdings nur, wenn ihre Frauen über die paar Pfennige schimpften. Sie werden sich nun wohl auch zufrieden geben, weil sie ja als Streikbrecher pro Tag 1 Mark Zulage erhalten.

Direktor Bossel, der Fabrikgewaltige von Waldau, hat bereits einige Landjäger aufgefordert, die Fabrik des Nachts zu bewachen, weil er glaubt, die Streikenden sind Mordbrenner, die alles zerstören und totschlagen. Außerdem machte sich schon ein Ueberfallkommando von zehn Mann der Sipo bemerkbar. Direktor Bossel wird sich nun mit dem ruhigsten Gewissen ins Bett legen können.

Die Stimmung unter den Streikenden ist zuversichtlich und wird bis zuletzt so sein.

Die Lage in Reußen

(Verspätet eingegangener Bericht.)

In unserem kleinen Kommunistendörfchen (wie es die hiesigen Spießbürger immer bezeichnen) gibt es beim Bergarbeiterstreik auch noch sogenannte Arbeitswillige, die auf jeden Fall veröffentlicht werden müssen, um sie an den Pranger zu stellen und um auch den Streikenden, die ihre Notlage erkannt haben, Genugtuung zu verschaffen. Es sind folgende Personen:

Schneider, Fritz; Junghans, Alwin; Krehschmar, Fritz; Räther, Kurt; Kraus, Georg; Tonndorf, Paul; Treuchel ?; Wartenberg, Richard, sen.; Fremming, Fritz; Schaller, Karl.

Alle diese Kumpels, denen es gerade am nötigsten fehlt und die vor dem Streik am meisten nach „mehr Lohn" geschrien haben, erhalten zu gegebener Zeit für ihre erbärmliche Handlungsweise, indem sie ihren Arbeitskameraden in den Rücken fielen, den richtigen Lohn, nämlich einen Fußtritt.

In dem benachbarten Theißen, in der Baracke Lindner, wo nur auswärtige Bergarbeiter wohnen, streiken von rund 80 Bewohnern 72 Personen, diese wurden von den Arbeitswilligen abgesondert. Die Grubenverwaltung Luckenau hat schon oft die streikenden Barackenbewohner aus ihren Wohnungen verwiesen, um sie zur Arbeit zu zwingen. Der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten, Herr Schmolle, Luckenau, als Verwalter der Baracke, der vom Berggewaltigen, Direktor König, den Auftrag erhalten hat, die Baracke zu säubern, kommt demselben prompt nach. Weiter ist noch zu berichten, daß auf Grube „Gottlob", Theißen, und Grube „Paul I" für die Arbeitswilligen Schlafstellen zur Verfügung gestellt werden, um dieselben nicht mit der Oeffentlichkeit in Berührung kommen zu lassen. Da geht alles, kann es kosten was es will, da gibt es Speise und Trank und auch noch etwas mehr Lohn, aber für Streikende ist nichts übrig. Nun, Ihr Bergarbeiterkumpels, die Ihr im Streike steht, an Eurer einmütigen Haltung liegt es, wenn die Grubenbarone zum Nachgeben gezwungen werden sollen.

An die Ortsgruppen des RFMB.!

Am Sonntag, dem 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Halle a. S. („Volkspark") unsere

Gaukonferenz

statt, zu der alle Ortsgruppen ihre Delegiertinnen entsenden müssen. Ortsgruppen, die dieselben noch nicht gewählt, sowie auch noch nicht abgerechnet haben, müssen dies sofort in den nächsten Tagen nachholen.

Die Gauleitung.

Weißenfels. Große Funktionärsitzung. Heute, Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine große Funktionärsitzung statt, an der die Funktionäre der Partei, des KJVD., des RFB. und des RFMB. teilzunehmen haben. Mitgliedsbuch dient als Einlaß. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. Wir erwarten, daß alle Funktionäre erscheinen werden.

Weißenfels. Ein Portemonnaie mit Inhalt verloren. Beim gestrigen Gautreffen der Roten Jungfront wurde von einem halbischen Kameraden des RFB. ein Portemonnaie mit größerem Geldbetrag verloren. Als Ort kommt vor allem das „Stadttheater" in Frage. Der Finder wird gebeten, das Portemonnaie gegen Belohnung im Gaubureau des RFB. in Halle, Lerchenfeldstr. 14, abzugeben. Der Verlust des Geldes ist für den Kameraden um so empfindlicher, als er Familienvater ist.

Die Widerstandsfähigkeit der Bazillen ist erstaunlich. In dem unterirdischen vollständig mit Kochsalz gefüllten Wasser des Salzbergwerks von Wieliczka in Galizien wurden solche unter einem Druck von 200 Atmosphären lebend aufgefunden.

Aus den Streiktagen im Oberröblinger Revier

Die Mansfelder Bergarbeiter des Braunkohlenreviers streiken geschlossen. Der „Arbeitsfrieden" ist im ganzen Revier im Nu zerschlagen. Die Schufterei für die erbärmlichen Löhne konnte nicht mehr so weiter gehen. Die Knechtschaft mußte einmal abgeschüttelt werden! Jeder Kampf wurde bisher opferfreudig durchgeführt. Doch 1921 wurden sie durch die Scheragen Hörsings auf vorübergehende Zeit blutig niedergeschlagen. Wer kennt nicht die Mansfelder Kumpels aus diesen Märztagen? Weit und breit ist ihr Ruf als revolutionäre Kämpfer in der proletarischen Welt bekannt. Nach dieser Zeit triumphierte die Reaktion, das Unternehmertum. In gemeinster und brutalster Weise sprangen diese Schlotbarone mit den Arbeitern um. Revolutionäre, die sich nicht beugten, wurden meuchlings ermordet. Die Mörder liefen frei aus. Der Proletarier in Mansfeld war vogelfrei. Das waren schlimme Zeiten für die Kumpels. Daß ihr

revolutionärer Mut

ungebrochen blieb, davon zeugt der jetzige Bergarbeiterstreik. Viel zu lange dauerten ihnen die Vorbereitungen zur Kampfaufnahme. Gegen die Gewerkschaftsspitzen wurden sie arg mißtrauisch. Zu oft hat die Führung der Gewerkschaften sie enttäuscht. So im Frühjahr 1924, wo der Achtstundentag verhandelt wurde, 1926 verpufften sie die Arbeitszeitbewegung, beim englischen Bergarbeiterkampf unterbanden sie jede Solidaritätsaktion. All das haben die Bergarbeiter noch nicht vergessen. „Ob die Bonzen uns wieder verschachern werden", so lautete stets die Frage, wenn man mit den Kumpels über den Streik sprach. „Wir waren immer bereit zum Kampf." „Bei mir ist es dann aber Schluß, ich schmeiße ihnen das Verbandsbuch vor die Bzine", war eine nicht seltene Antwort darauf. Es ist natürlich falsch, solche Konsequenzen zu ziehen. Wir haben ihnen diese gefühlsmäßige Einstellung ausgeredet. Die Kraft liegt bei den kämpfenden Bergarbeitermassen selbst und nicht bei dem Häuflein Gewerkschaftsführer. In den Versammlungen vor dem Streik haben diese Gewerkschaftsführer furchtbar radikal gesprochen, jetzt heißt es aber, sie beim Wort nehmen. Sagte doch Hesse vom Bergarbeiterverband in Oberröblingen: „Wir haben keine Zeit mehr zum Verhandeln. Unsere Tage sind bis zum November festgelegt." Röddigen vom BAV. war am Sonntag anderer Meinung. Das sind „kleine Unterschiede" in der Zentralstreikleitung. Hier heißt es:

„Augen auf — Kumpels."

Wer erinnert sich nicht der Worte von Strankowtz, vom christlichen Verband? Sagten doch die Kumpels, daß er noch radikaler gesprochen habe als die Freigewerkschaftlichen. Sie würden bestimmt nicht so reden, wenn der Unwille der Bergarbeiter gegen die bestehenden Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht so groß wäre.

Am Sonntag fanden im Revier nochmals Versammlungen statt.

In Oberröblingen war der Saal überfüllt. Kein Apfel konnte zur Erde. Großartige Stimmung herrschte.

Die Werkspitzel waren ob der kampfesmutigen Bergarbeiter verdutzt. So hätten sie sich die Bewegung nicht vorgestellt. Was sollten sie da ihrer Werksleitung melden? Sogar die Knappen stimmten für Streik! Die Ortsstreikleitungen wurden gewählt. Es wurde ernst. „Alle wie ein Mann, keiner darf morgen anfahren", so hieß es in aller Munde. Morgen früh alle an die Grubentore, Streikposten stehen", rief noch ein Verbandsfunktionär. Dann Schluß der Versammlung. Lange standen sie nachdem in Gruppen, diskutierend, ob auf diesem oder jenem Betriebe es Streikbrecher geben werde. Ein Kumpel empfahl gerade kein „schmackhaftes" Mittel für sie. So eilten sie auf ihren Stahlrössern heim, mit der Parole:

„Bergarbeiterstreik — Kampf!"

Montag früh ½5 Uhr. Tiefe Dunkelheit herrscht. Ab und zu lugt der Mond hinter den Wolken hervor. Hell sind die Werke erleuchtet. Da nahen Schritte. Die ersten Kumpels kommen. Es sind Streikposten.

„Heute heißt es aufpassen", meint ein Kamerad, „denn die Streikbrecher schleichen sich schon eher ins Werk!"

Noch einige gesellen sich dazu. So stehen sie ihrer nicht viele vor der Grube „Rießer". Da klappern wieder Stiefel auf dem Pflaster der Straße. Sie stehen vor dem Streikposten. „Hallo, wohin Kamerad?", lautet die Frage. „Auf Arbeit", ist die Antwort. Tatsächlich haben sie ihren Mut auf dem Rücken. „Heute wird gestreikt, keiner darf arbeiten", ist die strikte Antwort eines Streikpostens. Redensarten aller Art werden gepflogen, sie lassen sich nicht überzeugen, sie wollen eben Streikbrecher sein. Obendrein werden sie noch grob und drohen! „Laß sie, die Lumpen", meint ein Kamerad, „morgen wird es anders." Es sind nur wenige, die den Streikenden in den Rücken fallen.

Auf „Credner"

ist mehr Betrieb. Hier sind die Kumpels auf dem Posten. Ein Christlicher hält sogar die Türe des Tores zu. Keiner darf hinein ins Werk. Ueb es half. Schon am Montag war der „Credner" tot!

Und wer hätte es geglaubt von der Belegschaft des „Kupferhammer"? Hier war die Kündigungsaktion am schlechtesten. Außer der Schwelerei und einigen aus der Bitumfabrik ging keim Kumpel zur Arbeit. Viele Wankelmütige wurden zurückgehalten, aufgeklärt und dann an die Streikleitung verwiesen. Es klappte überall.

Der „Fürstenberg" und „Walters Hoffnung" machten weniger Besorgnisse. Hier stecken Kumpels mit Kampftradition. Alte Kerle, die schon den ersten Streik mitgemacht haben. Die Streiklage im Röblinger Revier ist glänzend. Das war die Meinung aller. Es mußte abgewartet werden, was sich im Laufe des Tages noch abspielte.

Da kamen Nachrichten in das Streikbureau. Auf „Rießer" und „Walters Hoffnung" wird Kohle gefördert. Nicht „Kernfeste" wurden unruhig.

„Kameraden, nicht nervös werden", erklärte ein Funktionär. Es wurde beratschlagt und dann einige Streikende zur Kontrolle der Förderung ans Werk geschickt. Nach einiger Zeit kamen sie zurück. Bericht lautete: Auf „Rießer" werden

aller zehn Minuten vier Wagen

gefördert. Auf „Walters Hoffnung" geht die Kettenbahn nach Tagebau Etzdorf; jeder dritte Wagen ist jedoch nur beladen. Flink setzen sich die Funktionäre an den Tisch, rechnen und rechnen, wieviel Tonnen Kohle die Schicht gefördert werden könnte. Die Ergebnisse der Rechenexempel sind verschieden. Heftig wird darüber diskutiert. Der eine sieht darin eine Gefahr des Streiks, der andere ist ganz zuversichtlich und meint: „Laß sie schuften, die hören von allein auf."

Da kommt das erlösende Wort von einem Streikenden: Am Dienstagmorgen alles vor die Betriebstore. Jeder Streikende wird benachrichtigt. Von Haus zu Haus geht es. Und als der Dienstagmorgen kam, da standen die Streikposten schon um 4 Uhr an den Werken. Ueberall wimmelte es auf den Straßen. Arg blies der Herbstwind. Keiner achtet ihn, auf Streikbrecher wird Ausschau gehalten. Einige Kameraden kontrollieren den Drahtzaun ab. Vor den Toren wurden Ketten gebildet. Da erscheinen einige „dunkle Gestalten". Es sind Beamte. Heute sind sie

„Unterofficiere ohne Soldaten".

Der „Guten-Morgen"-Gruß kommt sehr sanft über ihre Lippen und sie gehen geduckt vorüber. Es fühlt sich mancher schuldbewußt. Deshalb ist er froh, als er die Streikpostenkette hinter sich hat. Neue Trupps streikender Kumpels erscheinen. Es sind allmählich über hundert Mann geworden. Die gestern noch gearbeitet haben, werden heute überzeugt und nach Hause geschickt. Auf dem „Rießer" gibt es noch zwei Streikbrecher. Sie werden zurückgehalten. Einer schleicht sich durch, als die Streikposten für den Tag über eingeteilt werden. Da meint ein Kamerad: „Lohst den anderen auch noch laufen, der hat einen unter der Jacke." Alles lacht, und wirklich, er trollt ins Werk. Kurze Zeit darauf erscheint Gendarmerie. Sie findet keinen Grund zum Einschreiten.

Bald danach taucht der Oberwachtmeister auf. Er hat gleich etwas auszusetzen. „Der Weg zum Werkstor muß frei bleiben", kommandiert er. Bald stellen sich auch die Beamten vom Werke ein, um

Ausschau nach Arbeitswilligen

zu halten. Es ist aber keiner da, trotzdem der Andrang vor dem Werkstor groß ist. Die Gendarmen haben Befehl, den Weg frei zu halten. Da erklärt ein Landjäger. Da derselbe wieder verperrt ist:

„Macht doch Platz, daß die Schleimscheißer herein können, die sich sonst nicht hertrauen."

Wiederum ein Gelächter darauf. Er hatte mit dem Ausdruck den Nagel auf den Kopf getroffen. Doch war es sowieso zwecklos, denn Streikbrecher standen nicht da. Es war geschafft. Auch auf dem „Rießer" lag die Förderung still. Die Arbeiter in der Bitumfabrik waren somit gezwungen, desgleichen zu streiken, da ihnen die Kohlen fehlten. Alle Versuche der Riebechschen Werksleitungen, die Kampffront der Bergarbeiter durch ausgestellte Anomalie über „Notstandsarbeiten" zu durchbrechen, mutzung der mustergültigen Streikdisziplin. Ihre hartköpfige Einstellung, nicht mit den Streikleitungen über die „Notstandsarbeiten" zu verhandeln, scheiterte an dem einheitlichen Kampfwillen der Bergarbeiter. Das Gegenteil haben sie damit erreicht. Fast kein Kumpel will Notstandsarbeiten erreichen, so daß ein Mangel an Notstandsarbeitern zu verzeichnen ist.

Ueberall stehen

auf den Grubengleisen leere Waggons.

Viele stehen noch voll beladen mit Grubenholz da. Keiner entleert sie. Hier müssen Riebecks schweres Standgeld an die Reichsbahn zahlen. Das kümmert sie wenig. Die Hauptsache für sie ist, daß der Kumpel nichts erhält. Volle Loren mit Rohkohle müssen wieder geleert werden, um die Notstandsarbeiten aufrechterhalten zu können. Die Schwelereien machen der Riebechschen Werksleitung die meisten Kopfschmerzen. Sind sie erst einmal kalt und stillgelegt, so vergehen Wochen, ehe sie wieder in Betrieb kommen. Das möchten sie verhindern. Auf dem „Kupferhammer" ist es ihnen nicht gelungen. Seit Mittwoch liegt hier die Schwelerei auch still. Die Maurer auf dem Werke sollten erst Streikarbeit leisten. Die haben sie abgelehnt und kämpfen mit.

Um dies mit der Schwelerei auf der Grube „Walters Hoffnung" zu vermeiden, haben sie die Angestellten und Beamten aller Gruben und Werke aufgefordert, im Tagebau „Etzdorf" Kohle zu fördern. Ein Teil der Angestellten hat dies verweigert und stellt sich hinter die Beschlüsse ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Doch gibt es unter ihnen auch kapitalstreue Lakaien. So arbeiten im Tagebau „Etzdorf" acht Mann am Kohlenbagger und acht Mann zur Kohle freilegen auf der dritten Abraumsohle. Einige von ihnen drücken mehr den Schaufelstiel krumm, da sie sich meistens darauf stützen, als damit arbeiten, da ihnen die harte Arbeit nicht besonders bekommt. Von den Maschinen ist gerade eine Nummer 3 in Betrieb. So macht der Tagebau, trotzdem gearbeitet wird, einen „toten" Eindruck.

Steiger Degner bedient den Bagger.

Man merkt, daß er nichts davon versteht. Andauernd steht die Kettenbahn. In einer halben Stunde werden kaum 15 Wagen Kohle gefördert. Anscheinend fahren sie immer Bruch. Ueber 35 Wagen sind ausrangiert worden. Zum größten Teil laufen die Wagen alle leer zum Werk. Da die Zweiemerkohlenbagger, die zwei Abraumeimer- und ein Löffelbagger stilliegen, sind sie bald gezwungen, auch hier die Arbeit einzustellen. Der Kumpel fehlt, da ist nichts zu machen.

Zum Brikettverladen haben sie auf dem „Credner" und auf „Walters Hoffnung" die Lehrlinge aus der Schmiede und Schlosserei herangeholt. Einige von ihnen lehnten die Arbeit ab, da sie nicht Streikbrecherarbeit leisten wollen und diese Arbeit mit ihrem Lehrvertrage unvereinbar ist. Auf „Credner" waren am Dienstag einige

Bergschüler als Brikettverlader

tätig. Anscheinend ist dies „Hochschulunterricht". So nützen alle Versuche der Riebechschen Werksleitung nichts, die Kampffront der Streikenden zu durchbrechen. Sie stehen einig und geschlossen. Ungebrochen ist ihr Mut. Von Tag zu Tag steigert er sich. Bringen doch die Zeitungen, und selbst die bürgerlichen Pressen, Meldungen, daß die Streikbewegung sich immer mehr verbreitert.

So herrscht in den Streikbureaus ein lebhafter Betrieb. Nach Abstempelung der Streikkarte lautet immer die Frage: „Wie steht es woanders?" Bald fuselig müssen sich die Funktionäre der Streikleitungen schwatzen und Auskunft geben. Sie machen es aber gern, denn die Nachrichten werden immer besser. Mittags kommen die Zeitungen. Flink werden sie nach Streikmeldungen durchstudiert. Einer muß Bericht geben. Beifällig werden neue Ausstände aufgenommen. Dann kommt das dicke Ende. Grützner hat verordnet, daß generelle Unterstützungen durch die Gemeinden an die Streikenden nicht geleistet werden dürfen. Darauf setzt es eine heftige Debatte.

Sozialdemokratische Arbeiter protestieren

gegen diese Maßnahmen ihrer Parteigenossen. Dann heißt es wieder, daß Schupo auf verschiedene Gruben gelegt worden ist. Dies löst auch allgemeinen Unwillen aus. Darf dies doch ohne Zustimmung des Regierungspräsidenten nicht geschehen. Treffend bemerkt ein Kumpel:

„Kameraden, die Unternehmer wollen wieder ein Blutbad unter uns anrichten, holen Sipo, um zu provozieren, und SPD.-Führer geben ihre Hand dazu, wie bei uns im Jahre 1921!"

Darauf wird festgestellt, daß auch die Landjäger in unserem Revier von auswärts verstärkt worden sind und dieselben ihre Karabiner mitgebracht haben. „Und dabei haben wir einen sozialdemokratischen Landrat, der sich bei seinem Antritt in der Zeit des Volksentscheides so radikal gebärdete", erklärt ein anderer. Trotz alledem herrscht eine glänzende Stimmung.

Musikalische „Hinterköpfe" sorgen mit Bandonion und Trompete in einem Streiklokal für Unterhaltung. Sie stimmen revolutionäre Lieder an. Alles singt mit. Dies hebt noch mehr den Mut. Andere sitzen wieder am Tisch und spielen Karte. Einige politisieren. Streikposten gehen ein und aus, erstatten Bericht. So geht es von früh bis abends.

Einige gewerkschaftlich unorganisierte Arbeiter fragen zögernd bei der Leitung an, ob sie auch Unterstützung erhalten werden. Bis jetzt sind noch keine Richtlinien darüber heraus, doch haben es die Insitanzen zugesagt. Bei der Aufforderung, sich doch zu organisieren, sind fast alle derselben nachgekommen. Rund

300 Neuaufnahmen sind für den Bergarbeiterverband gemacht

worden. Desgleichen haben der Maschinisten- und Heizer-Verband zirka 50, und der Metallarbeiterverband 25 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Dies ist ein gewaltiger Erfolg durch die Streikbewegung.

Auch die Bergarbeiterfrauen nehmen regen Anteil an dem Kampfe. Ueberall kann man von ihnen hören, daß es so kommen mußte, denn mit den Hundelöhnen war kein Auskommen mehr. Leider gibt es aber hier und da etliche, die lieber ihren Mann auf Arbeit sähen. Man kann ihre ängstliche Einstellung von ihrem Gesichtswinkel aus nachfühlen. Doch ist sie vollständig falsch. Sie gilt es noch aufzuklären. Frauenversammlungen der streikenden Bergarbeiter wären dafür angebracht. Die Streikleitungen mögen sich baldigst damit befassen. Richtig, erklärte eine abgehärmte Bergarbeiterfrau:

„Die paar Dreier reichen kaum für die Lebensmittel, geschweige noch für die Kleidung. An Bettwäsche und ein Möbelstück ist gar nicht zu denken. Dabei will die große Tochter heiraten, nichts kann man ihr geben, es ist ein Jammer."

Sie hat recht und so müßten alle denken. Wenn der „Unterrock" erst mitkämpft, dann ist der Kampf im Anfange schon halb gewonnen.

Das Schmerzenskind im Streik ist die Wentzelsche Grube „Henriette" bei Teutschenthal. Hier gibt es eine Anzahl Streikbrecher. Von der 80 Mann starken Belegschaft arbeiten zirka 25 Mann. Früh kommen sie an Schumanns Gasthof zusammengeschlichen, wo sie sich sammeln und

unter Bewachung von Landjägern zur Grube

gebracht werden. Abends lassen sie sich wieder so nach Hause eskortieren. Fällt auch dieser Betrieb beim Streik nicht allzu sehr ins Gewicht, so sollten sich diese Elemente schämen, den Namen „Streikbrecher" ewig tragen zu müssen. Sollten sie noch Mitglieder irgendeiner proletarischen Organisation sein, dann heraus mit ihnen.

Der Kampf im Oberröblinger Revier in seiner Geschlossenheit ist geradezu vorbildlich. Deshalb schweigen die bürgerlichen Pressen es in ihren Berichten auch tot. Der revolutionäre Elan ist beim Mansfelder Kumpel wieder erwacht. Gebrochen hat er die Unternehmerwillkür. Er rüttelt am wirtschaftlichen Joch, in das er gespannt war. Möge er weiterschreiten und erkennen, daß sein wirtschaftlicher Kampf zugleich ein politischer sein muß. Stärkt die Reihen der revolutionären Front der Kommunistischen Partei, dann wird der Kampfesweg zum letzten Ziele führen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

„Mit weiteren Stillegungen größerer Werke zu rechnen"

Das Arbeitsamt in Bitterfeld muß den Schwindel der Grubenherren zugeben — Erwerbslosenziffer wieder gestiegen

Die Vermittlungstätigkeit wurde **mit Ausnahme der Vermittlung im Bergbau** durch den bestehenden Bergarbeiterstreik bisher wenig berührt. **Es mußten infolge des eintretenden Kohlenmangels in Zörbig verschiedene Fabriken stillgelegt werden. Mit weiteren Stillegungen größerer Werke ist in den nächsten Tagen zu rechnen.** Die Frage, inwieweit den mittelbar vom Streik Betroffenen Arbeitslosenunterstützung gewährt werden kann, ist zurzeit von der Hauptstelle der Reichsanstalt noch nicht entschieden. (!) Zum Teil werden die, infolge des Streikes zur Entlassung kommenden Arbeitnehmer, soweit es sich nicht um Arbeitnehmer der Braunkohlenindustrie handelt, in andere Arbeitsstellen, besonders für Erdarbeiten, vermittelt werden können.

Landwirtschaft. Es besteht noch immer Bedarf an Knechten, Stall- und Feldmägden und sonstigen Arbeitskräften für die Hackfruchternte. Ob es möglich sein wird, diesen Bedarf in der kommenden Woche durch entlassene Arbeitnehmer der wegen Kohlenmangels stillgelegten Betriebe zu decken (!), steht noch dahin. Vermittelt wurden 2 ledige Knechte, 1 lediger Melker, 1 Stall- und 1 Hausmädchen. Zugewiesen sind weitere 4 ledige Knechte und 1 verheirateter Kuhmeister.

Bergbau. Infolge des am 17. Oktober ausgebrochenen Bergarbeiterstreikes ist die Vermittlungstätigkeit für den Bergbau vollkommen zum Erliegen gekommen. (Bravo! D. R.)

Metallgewerbe. Der Bedarf an Arbeitskräften war etwas größer als in den Vorwochen, dementsprechend auch die getätigten Vermittlungen. Rohrleger waren auch im zwischenörtlichen Ausgleich nicht zu beschaffen. Vermittelt wurden 16 Facharbeiter, zugewiesen weitere 6.

Chemie. Der Bedarf an männlichen Arbeitskräften hat sich nicht verändert. Vermittelt wurden 18 Fabrikarbeiter, zugewiesen weitere 17. Arbeiterinnen wurden 11 vermittelt, davon 4 von auswärts. Der noch gemeldete Bedarf an Arbeiterinnen ist zurückgegangen worden. Neumeldungen sind nicht erfolgt und für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten.

Holzgewerbe. Die Lage im Holzgewerbe hat sich etwas günstiger entwickelt. Die Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte war ohne Schwierigkeiten möglich. Vermittelt wurden 5 Bau- und Möbeltischler, zugewiesen weitere 3.

Bekleidungsgewerbe. Trotz einsetzender Herbst- und Wintersaison wurden Arbeitskräfte nicht gesucht.

Baugewerbe. Die Lage im Baugewerbe ist nach wie vor günstig. Mit Ausnahme von Maurern konnte der gemeldete Bedarf gedeckt werden. Vermittelt wurden 18 Facharbeiter, davon 13 zwischenörtlichen Ausgleich. Weitere 6 Facharbeiter sind zugewiesen.

Verkehrsgewerbe. Die Beschaffung der benötigten Zeitarbeiter für die Reichsbahn stößt noch immer auf Schwierigkeiten. In der Hauptsache ist dies darauf zurückzuführen, daß die für diese Arbeiten geeigneten Arbeitskräfte wegen des höheren Lohnes Arbeit im Baugewerbe aufnehmen.

Arbeit aller Art. Für Erdarbeiten lag wie in der Vorwoche ein erheblicher Bedarf an Arbeitskräften vor. Wegen Mangels an Unterkunftsräumen war zum Teil die Heranziehung von Arbeitskräften im Wege des zwischenörtlichen Ausgleiches nicht möglich. Der noch ungedeckte Bedarf wird jedoch in nächster Woche durch Arbeitskräfte von Werken, die infolge Kohlenmangels stillegen mußten (!), gedeckt werden können. Vermittelt wurden 60 Erdarbeiter, davon 24 von auswärts. Zugewiesen sind weitere 31.

Gastwirtschaft. 1 Hausmädchen wurde vermittelt. 4 ältere Hausmädchen werden noch gesucht. Für die Zuweisung einer Kochfrau liegt das Vermittlungsergebnis noch nicht vor.

Hauswirtschaft. 3 ältere Hausmädchen und 1 Stütze konnten in Stellung gebracht werden. 1 Hausmädchen für eine Fleischerei nach auswärts wird gesucht. Jüngere ungeübte Hausangestellte stehen dem Arbeitsamt in großer Zahl zur Verfügung.

Angestellte. Vermittelt wurden 1 Malermeister, 1 Schachtmeister, 1 Verkäuferin und 1 perfekte Stenotypistin. Für Kontor- und Bureaupersonal ist im übrigen die Lage weiter ungünstig.

Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden ohne Notstandsarbeiter beträgt 114 (weniger 14), die der weiblichen 124 (mehr 11).

Bei der Notstandsarbeit in Gräfenhainichen werden zurzeit 81 anrechnungsfähige Notstandsarbeiter, davon 72 von auswärts, beschäftigt. In der Berichtswoche wurden weitere 8 Arbeitskräfte von auswärts für die Notstandsarbeit herangezogen, dem stehen 8 Abgänge gegenüber, so daß sich die Zahl der Beschäftigten nicht verändert hat. Nur das Verhältnis der beschäftigten hiesigen Notstandsarbeiter hat sich verschoben. Es werden bei der Notstandsarbeit zurzeit nur noch Notstandsarbeiter, die den Gemeinden des Kreises Bitterfeld entnommen sind, beschäftigt. In kommender Woche werden erneut in größerem Umfange Arbeiten für die Kläranlage der Notstandsarbeit Gräfenhainichen aufgenommen. Erforderlich sind etwa 70 Arbeitskräfte.

Unterstützt werden in der Stadt Bitterfeld 26 männliche und 2 weibliche, im Kreis Bitterfeld 33 männliche und 7 weibliche, insgesamt also 68 Hauptunterstützungsempfänger mit 63 Angehörigen.

Auf Grund des Krisenfürsorgegesetzes wurden 2 männliche Arbeitsuchende unterstützt, davon 1 männlicher der Stadt Bitterfeld.

In diesem Bericht des Arbeitsamtes wird also bestätigt, daß die Produktion zurückgeht. Den Grubenherren geht das Feuer aus. Ihre Flunkerei: „Es wird weiter gearbeitet" wird amtlich dementiert. Auch die Bergschüler (faschistisches Streikbrechergesindel) reißen den Karren nicht aus dem Dreck. Der Hieb der Kumpels hat gesessen. Bravo.

Mauersteine . . .

Wie man die Arbeiter zum Streikbruch verleiten wollte

Die Firma Schuhbitzer, Bitterfeld, die nur auf den Werken arbeitet — immer nobel —, geht jetzt dazu über, auch von den Baufirmen Arbeiter nach der Grube Auguste zu schicken. Den Arbeitern wurde allerhand vorgemacht. Melden sollten sie sich im Kontor der Ziegelei. Ferner wurde gesagt, die Kohle käme von Böhmen. Ein anderer sagte wieder, sie sollten Mauersteine ausladen. Der andere Meister sagte, Briketts seien auszuladen.

Mit allen Mitteln versuchte man, den Arbeitern etwas vorzumachen und sie zur Streikbrecherarbeit heranzuziehen. Am meisten tat sich der Meister Wieselt hervor, der zu den Arbeitern sagte, daß diese Arbeit Technische Nothilfe wäre. Einer brachte den Meister zur Raison, damit er sich nicht wieder verplappern sollte und forderte die Arbeiter auf, an ihre Arbeit zu bleiben, denn Streikbrecherarbeit brauchten sie nicht zu machen. Da verschiedene Arbeiter sich weigerten, Streikbrecherarbeit zu leisten, verlangten sie die Papiere. Sie wurden nicht, weil kein Arbeitsmangel vorhanden ist, ausgehändigt. Dem Obermeister Moor von der Säurefabrik möchten wir raten, daß er sich nicht öfter solche Mätzchen leistet, sonst könnten die Arbeiter mit ihm einmal deutsch sprechen. Das heißt, er kann vielleicht einmal die Arbeitersäfte zu spüren bekommen.

Dieser Obermeister mit seinem Gehalt kann sich doch nicht mit den Bergarbeitern vergleichen, die solch einen Hungerlohn haben.

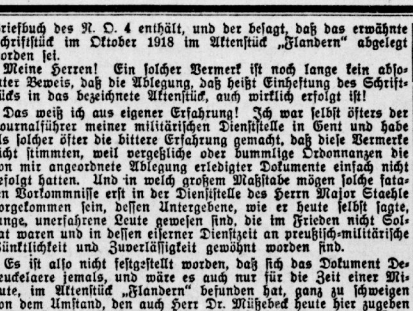
Darum, Ihr Arbeiter aus der chemischen Industrie, zeigt den Chemiegewaltigen, daß Ihr nicht gewillt seid, Eure kämpfenden Brüder in den Rücken zu fallen. Denn **der Kampf der Bergarbeiter ist auch Euer Kampf.** Verweigert jede Arbeit auf den Gruben.

Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften und in der Kommunistischen Partei!

Werdet Leser des „Klassenkampf"!

Tödlicher Ausgang eines Streites

In Zöberitz kam es auf dem Hofe des Gutsbesitzers Horn zu einem Streite zwischen dem Schweizer Gorke und dem Geschirrführer Zern. Der Streit artete in Tätlichkeiten aus. Zern hatte vom Rübenschneiden noch ein feststehendes Messer in der Hand. Bei der Balgerei fielen beide hin, dabei drang unglücklicherweise das Messer Gorke ins Herz. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte keine Hilfe mehr bringen. Gorke verschied, noch bevor er ins Krankenhaus eingeliefert werden konnte. Zern bestreitet jede Tötungsabsicht, seine Arbeitskollegen kennen ihn auch als friedlichen Menschen, dem man eine solche Tat nicht zutraut.



Papstkrone — die neue Reichstagskuppel

Neubautätigkeit in Pratau

Auf dem von der Gemeinde aufgeteilten Gelände (Mühlberg) geht die Neubautätigkeit trotz Mangels an Bauhandwerkern rüstig vorwärts. Der Mühlberg ist restlos verschwunden und es kann festgestellt werden, daß die Sandmassen, wegen der verschiedene Kreise Befürchtungen hegten, noch nicht einmal zum Bau der Häuser zureichen.

Drei Doppel- und vier Einfachhäuser mit insgesamt 18 Wohnungen sind teils bereits ganz fertig und bezogen, teils ziemlich fertiggestellt. Im Bau begriffen sind noch ein Doppelhaus und die Hälfte eines Doppelhauses mit insgesamt sechs Wohnungen. Demnach wären noch von den, von der Gemeinde aufgeteilten Baustellen fünf zu bebauen, die ebenfalls neun Wohnungen bringen, so daß nach Fertigstellung dieses Bauprojekts insgesamt **33 Wohnungen neu** geschaffen wären.

Unverständlich ist das Vorgehen des Kreisausschusses, der einigen Bewerbern die Gewährung einer Hypothek aus den Mitteln der Hauszinssteuer ablehnte. Im Interesse einer einheitlichen Bauweise muß unbedingt gefordert werden, daß auch die noch restlichen Bauten finanziert werden.

Auch das Ortslichtnetz ist am Mühlberg schon verlegt, leider aber nicht vollständig. Es hätte unbedingt das ganze Gelände erfaßt werden müssen und nicht nur ein Teil. Auch an die Straßenbeleuchtung hätte beim Bau des Lichtnetzes gedacht werden müssen. Schon jetzt machen sich beim Passieren der Straßen in der Dunkelheit Schwierigkeiten bemerkbar.

Was die Siedlung selbst anbelangt, so kann gesagt werden, daß sie einen ganz guten Eindruck macht. Nur sieht es infolge der Bautätigkeit noch etwas wild aus. Das wird sich aber nach Beendigung der Bautätigkeit verlieren und der alte Mühlberg, dessen Windmühle schon seit einigen Jahren abgebrochen wurde, hat einer netten Siedlung Platz machen müssen. In der Kienbergstraße sind in diesem Jahre neu errichtet bzw. ausgebaut sechs Wohnungen. Hierbei muß aber bemerkt werden, daß doch etwas mehr Einheitlichkeit am Platze gewesen wäre. Diese Gegend hätte sich viel reizvoller ausgestalten lassen, was schließlich auch keine größeren Geldkosten verursacht hätte. So wie es jetzt ist, ist das Bild nicht besonders angenehm.

Auch im Dorfe selbst sind eine Reihe von Häusern neu bzw. um- oder ausgebaut, so daß sich der Bestand an Wohnungen nach Fertigstellung der Bauten in diesem Jahre um rund 40 vermehren wird.

Die Zahl der eingetragenen Wohnungssuchenden beträgt rund 50. Wenn die Möglichkeit bestände, diese Bautätigkeit einige Jahre so beizubehalten, dann dürfte nach fünf bis sechs Jahren die Wohnungsnot — wenigstens örtlich gesehen — beseitigt sein. Damit drängt sich aber eine andere Frage auf, die noch in einer anderen Betrachtung behandelt werden wird, nämlich die Schaffung von Baugelände. **e. w.**

Bitterfeld. Neue Wandergewerbescheine. Diejenigen Gewerbetreibenden, die für das Jahr 1928 einen Wandergewerbeschein beantragen wollen, werden aufgefordert, diesen bis zum 5. November d. J. bei der Polizei-Verwaltung, Rathaus, Seitenflügel, Zimmer Nr. 29/30 zu beantragen. Ein Lichtbild, unaufgezogen, Kopfgröße, mindestens 1,5 Zentimeter, ist mitzubringen. Bei Begleitern ist das Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller anzugeben. Ferner ist bei Begleitern dem Antrag eine Bescheinigung über Grundlohn und Wochenbeitrag der Krankenkasse beizufügen.

Brehna. Berichtigung. Im „Klassenkampf" vom 14. Oktober 1927 (Nr. 242) im Artikel von Brehna betreffs „Rote Frontkämpferkameraden retten Verunglückte", muß es heißen: Der Bäckerei-Inhaber Pönicke und nicht Prünnicke.

Presse und Kasse

Von der B.-L. der ISB.

Eine unserer Hauptarbeiten, die wir propagandistisch gut auswerten können, ist die Mitarbeit an unserer Presse. Sehen wir uns die bürgerlichen Zeitungen an, so finden wir, daß man für Kinderbeilagen allerhand von bürgerlicher Erziehung und Märchen zusammengestellt hat. Ihr lest in unserer Presse die Kinderbeilage „Für unsere Kinder". Hierzu ist es aber notwendig daß alle Ortsgruppen an dieser Beilage mitarbeiten, um diese laufend zu erhalten. Ebenso notwendig ist auch die Mitarbeit an unserem Diskussionsblatt.

Wir haben des öfteren schon auf die finanzielle Frage, betreffs Abrechnung hingewiesen. Es ist unmöglich, irgendwelche praktischen Arbeiten, welche mit Unkosten verknüpft sind, in Angriff zu nehmen, wenn es nicht jede einzelne Ortsgruppe für notwendig befindet, ihre Monats- und Materialabrechnung regelmäßig vorzunehmen. Wir hoffen, daß die wenigen Zeilen dazu beitragen werden, auch in dieser Frage eine gute Regelung zu schaffen. — Vergeßt aber auch die pünktliche Bezahlung an den Verlag für „Die Trommel" nicht.

Der Gefangene von Potsdam

69]

Von Heinrich Mandt

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld spricht in seiner bekannten ruhigen und sehr vornehmen Art. Er führt aus, daß keinerlei Beweise erbracht worden seien, daß der Angeklagte das Dokument Debeuckelaere jemals in seinen Händen gehabt habe. Auch die mehrfachen Haussuchungen, die bei ihm vorgenommen worden sind, hätten nichts zutage gefördert, was zu einem Verdacht berechtige.

„Der Ausdruck des Herrn Reichsanwalts: „Verbindung mit dem Feind" ist hier völlig unangebracht! Der Friede ist schon seit vier Jahren geschlossen! Der harmlose vlaamsche Buchausgeber Hippolyte Janssens in Gent-Ledeberg wird sich mächtig in die Brust werfen, wenn er hört, daß er vom Deutschen Reiche als „Feind" gefürchtet wird!

Der ehemalige Kaiser und unsere bekanntesten Heerführer, Admirale und Diplomaten stehen mit französischen und englischen Vertretern in Geschäftsverbindung! Es ist keinem Menschen eingefallen, sie darum einer „Verbindung mit dem Feind" zu bezichtigen! Aber bei dem Angeklagten soll das gleiche ein Verbrechen sein!

Und dann: Herr Major Stahle vom Reichswehrministerium hat sich doch eben damit gerühmt, daß er noch heute mit Vlaamenführern im Briefwechsel stehe!

Weder der Herr Reichsanwalt noch das Gericht haben erkennen lassen, daß sie in diesem Verkehr mit belgischen Staatsbürgern eine „Verbindung mit dem Feind" erblicken!

Gleiches Recht für alle, meine Herren, ist doch, angeblich, der oberste Grundsatz der deutschen Justiz!

Die Presse des In- und Auslandes hat sich bereits ausführlich mit ihm beschäftigt und erwartet mit Spannung das Urteil. Schweizerische und amerikanische Zeitungen haben ihn „einen deutschen Dreyfuß-Prozeß" genannt!" (Unruhe am Richtertisch.)

Heinrich Mandt: „Ich bin nicht schuldig an der Veröffentlichung des Dokumentes Debeuckelaere! Das habe ich zu Beginn der Verhandlungen gesagt, und das hat ihr Verlauf bewiesen. Die einzige Stütze des Verdachts war die Behauptung, das Dokument Debeuckelaere müsse sich aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Aktenbuch befunden haben, das mir der verstorbene Herr Ziehe im August oder September 1921 leihweise ausgehändigt hat. Und als Beweis für diese Behauptung wurde hier ein Vermerk verlesen, den das Briefbuch des N. O. 4 enthält, und der besagt, daß das erwähnte Schriftstück im Oktober 1918 im Aktenstück „Flandern" abgelegt worden sei.

Meine Herren! Ein solcher Vermerk ist noch lange kein absoluter Beweis, daß die Ablegung, daß heißt Einheftung des Schriftstücks in das bezeichnete Aktenstück, auch wirklich erfolgt ist!

Das weiß ich aus eigener Erfahrung! Ich war selbst öfteres der Journalführer meiner militärischen Dienststelle in Gent und habe als solcher öfter die bittere Erfahrung gemacht, daß diese Vermerke nicht stimmten, weil vergeßliche oder bummlige Ordonnanzen die von mir angeordnete Ablegung erledigter Dokumente einfach nicht besorgt hatten. Und in welch großem Maßstabe mögen solche fatalen Vorkommnisse erst in der Dienststelle des Herrn Major Staehle vorgekommen sein, dessen Untergebene, wie er heute selbst sagte, junge, unerfahrene Leute gewesen sind, die im Frieden nicht Soldat waren und in dessen eiserner Dienstzeit an preußisch-militärische Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit gewöhnt worden sind.

Es ist also nicht festgestellt worden, daß sich das Dokument Debeuckelaere jemals, und wäre es auch nur für die Zeit einer Minute, im Aktenstück „Flandern" befunden hat, ganz zu schweigen von dem Umstand, den auch Herr Dr. Mülsebeck heute hier zugeben mußte: Daß die Entwendung des Schriftstücks in dem langen Zeitraum von drei Jahren jederzeit unbemerkt und vollkommen spurlos vor sich gehen konnte!

Nichts, gar nichts spricht gegen die Angabe des Herrn Wullus, daß er das Dokument Debeuckelaere schon im Beginn des Jahres 1919 im Besitz gehabt hat. Er hat mir dies versichert, als ich ihm nach meiner Flucht in Brüssel aufgesucht habe. Meine Erklärung, ich würde von einem deutschen Gericht verdächtigt, ihm dieses Schriftstück ausgehändigt zu haben, wurde von ihm, wie ich heute bereits ausgeführt habe, jetzt unglaubig aufgenommen.

Er sagte mir, das ganze Material, das er in seinen beiden Büchern: „Le livre noir de la trahision activiste" und „Flamenpolitik" bekanntgemacht habe, sei schon im Jahre 1919 in seinen Händen gewesen. Es stamme teils aus Kriegsgefangenlagern, teils aus den Bureaus der Etappe zu Mecheln und Brüssel, wo es beim Rückzug liegengeblieben sei, teils von seinen Gewährsleuten in Deutschland. Die Namen der letzteren hat er mir natürlich nicht genannt. Das macht kein anständiger Journalist!

Diese Angaben des Herrn Wullus sind nicht zu bezweifeln! Den besten Beweis ihrer Richtigkeit bildet der Inhalt seiner genannten beiden Bücher! Im Vorwort der „Flamenpolitik", das 1921 herausgekommen ist, spricht er deutlich aus, daß er in ihr den Rest seines Materials herausgebe, den er schon seit 1919 besitze, aber damals aus bestimmten Gründen noch nicht bekanntgegeben habe.

Ganz bestimmt ist: die belgischen Gerichtsbehörden kannten schon im Beginn des Jahres 1919 den Inhalt des Dokuments Debeuckelaere! Das geht nicht nur aus der heutigen Aussage des Zeugen Dr. Schulte hervor, der doch als Verehrer des Herrn Major Staehle gewiß nicht als mein Freund anzusehen ist, das beweist auch der Verlauf der Kriegsgerichtsverhandlung gegen die im Frühjahr 1921 in contumacium abgeurteilten Ueberläufer De Schaepdrijver, Van Sante und Charpentier.

Und weil das Dokument Debeuckelaere schon seit Anfang 1919 gewissen belgischen Behörden bekannt gewesen ist, so trug man sich auch schon seit jener Zeit mit dem Gedanken, auch dem Dr. Debeuckelaere selbst den Kriegsverratsprozeß zu machen. Nur konnte man das Verfahren nicht einleiten; denn Herr Dr. Debeuckelaere war damals Abgeordneter der „Frontpartei", und als solcher durch die parlamentarische Immunität vor Strafverfolgung geschützt.

Herr Major Staehle und Professor Dr. Oswald bestreiten zwar diese Tatsache, aber sie, die doch noch heute dauernd über die politischen Verhältnisse in Belgien von ihren dortigen alten Freunden auf dem laufenden gehalten werden, wissen es ebenso gut wie ich, daß dieses doch der Fall war. Denn: sobald Herrn Debeuckelaeres Mandat erloschen war, also im Herbst 1921, schritt das Gericht gegen ihn ein und nahm ihn in Haft!

Nicht die Nakvität belgischer Offiziere hat ihn dann vor der Schweren Verurteilung gerettet, sondern die große Gewissenhaftigkeit dieser Herren!

Ja, meine Herren! Es gibt noch Richter in der Welt, die vor einem Justizmord zurückschrecken und lieber einen Schuldigen laufen lassen, als an einem Unschuldigen ihren Haß betriebigen!

Herr Wullus, ein anständiger und tapferer Mann, der keiner unedlen Handlung fähig ist und der nur das Beste seines im Kriege so schwer geprüften Vaterlandes will, mußte es sich hinterher gefallen lassen, daß ihn die hohnlachenden Freunde des Freigesprochenen öffentlich des Gebrauchs eines gefälschten Dokuments bezichtigten!

Ich saß damals als politischer Flüchtling in Gent, die deutsche Gerichtsbarkeit konnte mir nichts anhaben! Hätte ich Herrn Wullus das Dokument Debeuckelaere ausgehändigt gehabt, so hätte der in seiner Ehre so schwerverletzte Professor, der meinen Aufenthaltsort kannte, mich sicherlich zum Zeugen angerufen! Daß dieses nicht geschehen ist, bezeugt am besten meine Unschuld!

Und dann nochmals wenn ich an der Veröffentlichung irgendwie beteiligt wäre, so würde ich dieses keinen Augenblick leugnen; denn ich hätte mich dann ebensowenig des diplomatischen Landesverrats schuldig gemacht! Das beweisen die Gutachten des Auswärtigen Amts und des Professors Dr. Schücking!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Unternehmer wollen die Streikfront zersetzen

Eine unerhörte Frechheit der Bubiag — Wachsende Kampfbegeisterung der Streikenden

Die „Bubiag" (Braunkohlen- und Brikett-Industrie-A.-G), eine der rigorosesten Interessenvertreterin des Grubenkapitals, bringt im „Liebenwerdaer Kreisblatt" am Freitag eine Erklärung, nach der die Berichte der Streikleitung über den Stand des Streiks als „erschwindelt" hingestellt werden. Die „Bubiag" braucht eine halbe Spalte zu allerhand Redewendungen, um den Anschein zu erwecken, als sei es innerhalb des Braunkohlengebietes der „Bubiag" zu größeren Auswirkungen des Streiks noch gar nicht gekommen.

Diese abgefeimten Methoden des Bangemachens verfehlen bei der Arbeiterschaft vollkommen ihren Zweck. Eine Auffstellung über die Zahl der noch Arbeitenden, die in die Tausende geht, löst bei den streikenden Bergarbeitern wie auch bei der gesamten Einwohnerschaft innerhalb des Streikgebietes nur ein Lachen aus. Es ist bezeichnend, daß die Bubiag die

Streikbrecher als ihre Stammbelegschaft,

die ihnen die Treue bewahrt, bezeichnet. Alle Mätchen über den angeblichen „Terror der Streikenden" sind nichts anderes als Stimmungsmache, um die Kampffront der Streikenden zu verwirren. Nach den weiteren Erklärungen der Bubiag ist anzunehmen, daß der Streik in seiner Gesamtausdehnung für die Bergwerksunternehmungen überhaupt nicht verspürbar sei. Die Behauptung, daß die Kohlenförderung während der Streiktage nur ganz minimal nachgelassen habe, von der die Bubiag kein Hehl (!) macht, ist nur so zu verstehen, daß die Grubenbarone ängstlich bemüht sind, die tatsächlichen Folgen des Streiks auf die Kohlenförderung zu verheimlichen.

Die besondere Betonung, daß das Unternehmertum in Zukunft alles daransetzen will, die Arbeitswilligen (lies Streikbrecher) zu schützen, ist nichts anderes als ein Schrei nach der Polizei.

*

Nicht verwunderlich ist die Haltung des Lokalblättchens, des „Liebenwerdaer Kreisblatt", das in seinen Spalten einmal die Streilleitung und das andere Mal die Grubenbarone zu Worte kommen läßt. In dieser Methode liegt System, zu der besonders die Provinzialblätthen greifen. Das „Zuwortekommen von Kapital und Arbeit" in diesen Blättern läuft letzten Endes darauf hinaus, daß die Provinzredakteure ausschließlich zugunsten des Grubenkapitals Stellung nehmen. Diese Tatsache steht fest, auch dann, wenn mit den raffiniertesten Methoden versucht wird, „Objektivität" vorzutäuschen.

Wann endlich werden die Leser dieser Provinzblätter erkannt haben, daß sie nur an der Nase herumgeführt werden?

Um einen wirklichen Bericht über die Wirtschafts- und politischen Kämpfe der Arbeiter zu erhalten, haben die Werktätigen die Pflicht, die einzige revolutionäre Arbeiterzeitung, den „Klassenkampf", zu abonnieren.

*

Wie es nun mit der Erklärung der Bubiag im besonderen aussieht, das geht aus einem

Bericht eines streikenden Arbeiterkorrespondenten

hervor. Der Genosse schildert folgende Tatsachen:

In Döllingen liegt die Grube „Alda" vollkommen still. Die Grube „Agnes" in Plessa hat ihren Betrieb zwar aufrechterhalten können, aber fragt nicht wie. Von 270 Kollegen arbeiten ungefähr 50 Mann. Im ganzen übrigen Streitgebiet ist der Kampfgeist ein besonders guter. Die Arbeiterschaft ist stündlich bemüht, durch Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft auch den letzten Streikbrecher aus der Arbeit herauszuziehen. Diese Bemühungen zeitigen tagtäglich immer neue Erfolge. (Das geht auch aus dem amtlichen Bericht des Arbeitsamtes in Bitterfeld hervor, über den wir auf derselben Seite dieses Blattes ausführlich berichten. D. Red.)

Auch im Kreis Liebenwerda nimmt die Ausstandsbewegung von Tag zu Tag zu. Eine so mustergültige restlose Streikburchführung wie im gegenwärtigen Bergarbeiterkampf hat die Arbeiterschaft dort seit langem nicht erlebt. Unermüdlich verharren die Streikposten in ihrer wirksamen Tätigkeit, die ohne jedweden Terror gute Erfolge bringt. Aus diesem Grunde ist die Berichtigung der Unternehmer in der „Elster-Rundschau" auch nur ein Mittel, die geschlossene Front der Streikenden ins Wanken zu bringen. Die „Wahrheitsliebe" des Redakteurs Tabur der „Elster-Rundschau" besteht darin, uneingeschränkt für die Interessen der Unternehmer zu schreiben.

Um diesen Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse weiter entgegentreten zu können, werden alle Einwohner und Streikenden aufgefordert, ihre Berichte ohne jede Verzögerung dem Berichterstatter des „Klassenkampf", Alfred Kümmel, Elsterwerda, Lange Straße 1, zu übermitteln. Im „Klassenkampf" werdet Ihr dann eine wirksame Waffe im Kampfe gegen die bürgerliche Presse und gegen das Unternehmertum haben. **Die bürgerliche Presse hinaus aus dem Hause, bestellt noch heute den „Klassenkampf"!**

*

Eine ungeheuere Empörung in Plessa. Die hiesige Bevölkerung ist über das Attentat der Stahlhelmführer auf den Streikposten auf öffentlicher Straße ungeheuer empört. Durch die Erregung der Einwohnerschaft sah sich nunmehr auch die hiesige Polizeibehörde gezwungen, eine Untersuchung gegen die Stahlhelmführer Ukkat und Sperke einzuleiten. Weiterhin sah sich die Polizei veranlaßt, auf Grund dieses Verbrechens allen Beamten der Grube „Agnes" in Plessa die Waffenscheine und auch die Waffen selbst abzunehmen. Es ist erstaunlich, daß die Beamten zur Sicherung bei Lohnauszahlungen (?) Waffen bei sich tragen konnten.

Die Arbeiterschaft ist wirklich gespannt auf das weitere Ergebnis der Untersuchung. Wir gehen in der Annahme nicht fehl, wenn wir schon heute erklären, daß die Polizei diesen Mordbanditen kein Haar krümmen wird.

Die Streikfront verbreitert sich

Die Kampflage im Bockwitzer Ländchen hat sich wesentlich gebessert. Arbeiter, die gestern noch Streikbrecherdienst verrichteten, haben heute die Betriebe verlassen. Nach Angaben der Streikleitung stehen 60 Prozent der Belegschaften im Kampf. Der Betrieb Lauchhammer wird durch die Technische Nothilfe aufrechterhalten. Die einberufenen Bergarbeiterversammlungen sind sehr stark besucht. **Am Abend landeten mit dem 1/8-Uhr-Zuge 12 Mann Schupo, die auf die Gruben verteilt wurden.**

Die Streikbrecher werden durch die Bubiag mit Autos abgeholt. Teils verlassen sie die Betriebe nicht mehr und werden dortselbst verpflegt.

Der „Klassenkampf", den ich in den Versammlungen verteilte, wurde mir förmlich aus den Händen gerissen. Das Senftenberger Gebiet streikt fast restlos. Die Kampfstimmung ist ausgezeichnet. Nur müssen die Unterstützungsaktionen rechtzeitig einsetzen.

Betriebsstillegung

Auch das Delitzscher Arbeitsamt enthüllt den Schwindel der Braunkohlenindustriellen

Dem Wochenbericht des Arbeitsamtes des Kreises Delitzsch über die Arbeitsmarktlage entnehmen wir folgendes:

Sollte sich der Streik auch noch die nächste Woche hinziehen, so **wird nach unseren Feststellungen von verschiedenen größeren Betrieben mit der Möglichkeit einer Betriebsstillegung gerechnet.**

In der Landwirtschaft ist die Lage unverändert. Anhaltend starke Nachfrage nach Arbeitskräften zum Kartoffel- und Rübenroden sowie nach ständigen Arbeitskräften beiderlei Geschlechts. Auch verheiratete Arbeitskräfte wurden teilweise verlangt; hier schreiten die Verhandlungen nur langsam vorwärts, da die Landwirte bei Auswahl der Familien sehr vorsichtig sind. Die Vermittlungstätigkeit war infolge des schwachen Angebots gering. Vermittelt wurden drei ledige männliche Arbeitskräfte.

Im Bergbau ruhte infolge des Bergarbeiterstreiks die Vermittlungstätigkeit vollständig (!).

Von der chemischen Industrie wurden offene Stellen für gelernte jüngere männliche und weibliche Arbeitskräfte angemeldet. Dieser Bedarf kann voraussichtlich in den nächsten Tagen örtlich gedeckt werden.

Im Holzgewerbe wurden zwei Tischler untergebracht.

Die Lederindustrie weist geringen Zugang an jüngeren Sattlern auf, die bisher nicht wieder untergebracht werden konnten.

Unverändert ist die Lage in der Zigarren- und Rohzuckerindustrie. Während in ersterer noch immer Bedarf an Heimarbeiterinnen vorliegt, sind in letzterer die Stellen für 17- bis 19jährige männliche Arbeitskräfte noch unbesetzt.

Im Bekleidungsgewerbe meldeten sich Schneider und Schuhmacher arbeitslos. Da die Beschäftigungsmöglichkeit im Schneidergewerbe noch ziemlich rege ist, ist mit einer baldigen Vermittlung zu rechnen.

Der im Baugewerbe in der Vorwoche gemeldete Bedarf an Maurern und Zimmerern wurde gedeckt. Gleichzeitig konnte eine Anzahl Bauhilfsarbeiter mit untergebracht werden. Die Zahl der arbeitsuchenden Maler und Anstreicher erhöhte sich durch erneuten Zugang. Für ungelernte Arbeiter liegen offene Stellen im Tiefbaugewerbe vor. Einigen benachharten Arbeitsnachweisen wurden weibliche Arbeitskräfte für die Textil- und chemische Industrie überwiesen.

Zurzeit werden aus der Arbeitslosenversicherung 57 männliche und 11 weibliche Hauptunterstützungsempfänger mit 83 Zuschlagsempfängern und aus der Krisenfürsorge 4 männliche Hauptunterstützungsempfänger mit 9 Zuschlagsempfängern unterstützt.

Justiz und kommunistische Presse

Tausende von Arbeitern werden in jedem Jahre in Deutschland von der Justiz in der sogenannten demokratischen Republik in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt. Nicht, weil sie gemordet und geraubt, nicht, weil sie gestohlen und gewuchert haben, sondern ausschließlich, weil sie im proletarischen Kampf für die Freiheit des Proletariats, im Kampf gegen die Bourgeoisie ihren Mann gestanden haben. Während in den Jahren nach 1918 die revolutionären Arbeiter einfach niedergeknallt und niedergemetzelt wurden — eine Methode der Beseitigung revolutionärer Arbeiter, die heute im Interesse der Bourgeoisie nicht mehr am Platze ist —, wird dieses grausame Handwerk der Vernichtung heute auf legalem Wege, sozusagen auf dem „Rechtswege", von der deutschen Justiz fortgesetzt.

Es gehört zu den heiligsten Pflichten des Proletariats, mit aller Rücksichtslosigkeit und aller Energie den Kampf gegen diese Justiz zu führen. Das ist aber nur möglich, wenn diese Justizschmach an jedem einzelnen Fall immer von neuem aufgedeckt wird, wenn über die deutsche Justiz die breiteste Oeffentlichkeit der Arbeiterschaft unterrichtet wird. In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse wird ein breiter Raum für die Besprechung der Gerichtsurteile eingeräumt. Seitenlang kann die bürgerliche Presse berichten, wenn irgendein er ein altes Weib verführt oder wenn in den vornehmen Kreisen der Bourgeoisie in nächtlichem Tatendrang die Männer die Weiber und die Weiber die Männer verwechseln und es im Anschluß daran zur gerichtlichen Austragung kommt. Seitenlange Berichte mit allen pikanten Einzelheiten kann dann die **bürgerliche Presse veröffentlichen, aber die Urteile gegen revolutionäre Arbeiter werden totgeschwiegen.** Kaum ein Satz wird darüber veröffentlicht.

Die sozialdemokratische Presse kann spaltenlang darüber berichten, wenn irgendein gesinnungstreuer Faschist die Reichsflagge zu heimtückischen Zwecken benützt und dafür zu drei Mark Geldstrafe verurteilt wird. Oder wenn einer den zweiteligen Reichspräsidenten schief angucki und dafür fünf Mark Geldstrafe bezahlen muß. **Ueber die unerhörten Prozesse gegen die revolutionären Arbeiter, über die hunderte Jahre Zuchthaus, die gegen diese verhängt worden sind, berichtet die sozialdemokratische Presse nur dann, wenn irgendein niederträchtiger Spitzel als „Zeuge" die schamlosesten Verleumdungen gegen die Kommunistische Partei unter dem beifälligen Grinsen eines Staatsanwalts vorträgt.**

Bei dieser Lage ist umso notwendiger, daß die kommunistische Presse den Klassencharakter der deutschen Justiz bloßlegt und so ausführlich wie nur möglich über die Verhandlungen dieser Gerichte berichtet. Dadurch werden nicht nur die breitesten Massen informiert, dadurch werden auch den Arbeitern die Mittel geliefert, die zum Kampf gegen diese Justiz notwendig sind. Wenn diese Berichterstattung in der kommunistischen Presse heute noch nicht so ausführlich ist, wie sie notwendig wäre, so liegt das daran, daß die Zeitungen noch nicht den nötigen Umfang haben. Aber das ist mit eine Finanzfrage, denn zur Herausgabe von Zeitungen gehört Geld, und die kommunistische Presse erhält solches weder vom Reichswehrministerium, noch aus anderen dunklen Quellen des Staates. **Das Geld für die kommunistische Presse müssen die Arbeiter selbst aufbringen. Je mehr Abonnenten unsere Zeitungen haben, umso besser und umso umfangreicher können unsere Zeitungen ausgestaltet werden, umso ausgiebiger können sie den Kampf auch gegen die Justiz führen.**

Und deshalb ist es notwendig, daß du, der du heute schon unser Leser bist, dafür sorgst, daß immer neue Leser und neue Abonnenten für unsere Zeitung gewonnen werden. Beeile dich, sieh dich noch heute in deinem Kollegentreis, in deinem Freundeskreis, im Kreise deiner Mitbewohner um und gehe morgen zu ihnen und wirb Abonnenten für unsere Zeitung. **Die Werbearbeit für unsere Zeitung ist eine politische Arbeit, die jeder revolutionäre Arbeiter leisten muß!**

Falkenberg. Einbruch bei der Gemeindeverwaltung. In die Bureaus der Falkenberger Amts- und Gemeindeverwaltung wurde in der vorigen Woche ein schwerer Einbruch verübt. Sämtliche Türen und Behälter wurden am Sonnabend früh geöffnet vorgefunden. Die Akten waren wild durcheinander geworfen, die Portokassen beraubt. Die Geldschränke der Kassen hatten den offenbar nur primitiven Werkzeugen der Einbrecher standgehalten.

Naundorf b. L. Montag, den 24. Oktober, abends 1/8 Uhr, bei Dombowsky Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirks-Parteitag.

Saathain. Er hatte eine gute Nase. Am vergangenen Montag führten zwei Fleischergesellen eien Bullen über die Elsterbrücke. Obwohl dem Tiere die Augen verbunden waren, schien es die Nähe des Wassers zu spüren. Es rannte mit aller Gewalt gegen einen Eckpfeiler des Brückengeländers, welcher unter dem Anprall wegbrach, und mit seinen Begleitern die Böschung hinab in die Elster. Von hier aus ließ er sich geduldig zur Schlachtbank führen.

Neues aus aller Welt

Im Nebel zusammengestoßen

30 Verletzte bei einem Zugunglück in Berlin

Auf der Station Schönewald der Reinickendorf—Liebenwalder Nebenbahn ereignete sich am Sonnabendvormittag ein Unfall. Bei einem Zugzusammenstoß sind etwa 30 Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß ein von Berlin kommender Zug in der Station Schönewalde über das Ausweichegleis hinausfuhr. Der Zugführer versuchte den Zug zurückzudrücken. In diesem Augenblick aber kam von der anderen Seite ein Zug, der nunmehr mit dem Berliner Zug zusammenstieß. Vier Wagen des Berliner Zuges kamen aus den Gleisen und stürzten um. Erschwert wurde der Unfall dadurch, daß auf der Strecke dichter Nebel herrschte.

Viele Verletzte

Schweres Unglück bei der Neuyorker Untergrundbahn

Auf der Broadway-Untergrundbahn fuhr heute morgen während des lebhaften Verkehrs ein vollbesetzter Expreßzug an der Station der 207. Straße infolge Versagens der Bremse in einen dort haltenden ebenfalls vollbesetzten Zug. Zwei Personen des letzten Wagens wurden schwer, 24 Personen leicht verletzt.

30 Personen an Fleischvergiftung erkrankt

Nach dem Genuß von Sülze sind in Rüstringen, Wilhelmshaven und Bockhorn 30 Personen an Paratyphus erkrankt. Gegen die Schlächtereien, aus denen die Sülze stammte, ist eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden.

Zwölf Todesopfer einer Pilzvergiftung

Wie aus Bukarest berichtet wird, sind in der Gemeinde Patrauti in der Bukowina 12 Angehörige einer Kaufmannsfamilie unter schrecklichen Qualen an Pilzvergiftung gestorben. Nur ein Familienmitglied, ein dreijähriger Knabe, blieb am Leben.

Täglich mehr als 20 Todesopfer

Pestepidemie in Bombay

Aus Secunderabad im Staate Haiderabad wird gemeldet, daß sowohl im Eingeborenenviertel, als auch im europäischen Militärlager eine schwere Pestepidemie ausgebrochen ist, die täglich mehr als zwanzig Todesopfer fordert. Bisher sind 18 000 Personen mit Pestserum geimpft worden.

Rückkehr des Flugzeuges der Frau Grayson

Das Flugzeug „Dawn" ist gestern nachmittag 4 Uhr amerikanischer Zeit glatt gelandet, nachdem es durch Motorschaden und dichtem Nebel gezwungen war, zurückzukehren.

Ein Regal mit 12 000 Paar Schuhen umgestürzt

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabendmittag in dem Abzahlungswarenhaus von Jonaß & Co. in der Belleallianceстraße in Berlin Dort stürzte im ersten Stockwerk ein Regal des Schuhwarenlagers um, auf dem sich 12 000 bis 15 000 Paar Schuhe befanden. Fünf Verkäuferinnen, die mit dem Einordnen von Kästen beschäftigt waren, wurden unter dem Regal begraben. Während eine von ihnen schwerere Verletzungen erlitt, kamen die vier anderen mit Nervenschocks davon.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Kühler, zeitweise aufheiternd, ohne erhebliche Regenfälle. Vorübergehend wieder Nachtfrostgefahr.

Für das übrige Deutschland: Im Osten und im Alpenvorlande noch einzelne Regenfälle, im übrigen kühler und zeitweise aufhlärend, ohne wesentliche Niederschläge und vorübergehend Nachtfrostgefahr.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 214 73 – Postscheckkonto Leipzig 107 001
Nur Sämtlich. Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Alle jüngeren Parteigenossen nehmen an der Sprechchorprobe zur 10jährigen USSR.-Feier, am Montag, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", teil.

Halle, Stadtteil Süden. Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung aller Betriebs- und Straßenzellen in der „Produktiv-Genossenschaft". Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Referent angesetzt.

Halle, Stadtteil Süden. Alle Kassierer der Betriebs- und Straßenzellen werden ersucht, die Mitglieder für die am Mittwoch, dem 26. Oktober, in der Produktiv-Genossenschaft festgelegte Mitgliederversammlung einzuladen.

Unterbezirk Halle-Saaltreis

Oppin. Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Ref.: Genosse Lademann.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Untergau Halle-Saaltreis

Halle. Dienstag, 8 Uhr, Fortsetzung des Kursus im „Pfälzer".

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 26. Oktober, Funktionärsitzung.

Untergau Zeitz

Zeitz, Rote Jungfront. Mittwoch, den 26. Oktober, Turnen in der Turnhalle.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Gauleitung ist täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. (Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 5.)

Hohentthurm. Mitgliederversammlung Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle–Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 214 73

Unterbezirk Halle-Saaltreis

Halle. Montag Stadtleitungs- und Gruppenleitungsmitglieder abends 8 Uhr in der Jugendherberge wichtige Sitzung.

Halle. Jugendgenossen! Montag abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Sprechchorprobe zur 10jährigen USSR.-Feier. Keiner darf fehlen.

Halle, Gruppe Westen. Heute, Montag, abend 7 Uhr, Theaterprobe in der „Produktiv-Genossenschaft".

Halle. Dienstag, abend 8 Uhr, im „Volkspark", Fortsetzung des Kursus. Alle älteren Genossen sind dazu eingeladen.

Halle. Mittwoch, Musikspieler, abend 8 Uhr, „Jugendherberge" (Weingärten), Uebungsstunde.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Heute, Montag, abend 20 Uhr, wichtige UVV.-Sitzung. Alle Ortsgruppen erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Dienstag: Die Bedeutung des Braunkohlenarbeiterstreiks und unsere nächsten Aufgaben.

Zeitz. Dienstag, abend 20 Uhr, im „Jugendheim", wichtiger Gruppenabend. Thema: Der Braunkohlenarbeiterstreik. Die Mitglieder werden hiermit verpflichtet, restlos zu erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Mittwoch, Jugendversammlung. Wie verteidigen wir die Sowjetunion?

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 20 Uhr, im „Gesellschaftshaus", Gruppenabend. Geschichte der Jugendbewegung. Referent: Paul.

Greppin. Mittwoch, 20 Uhr, bei Schmidt, Gruppenabend. Geschichte der Jugendbewegung. Referent: Paul.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Montag abend 6 Uhr im „Volkspark" Versammlung der Bezirke 3 und 4 (Hoeln und Liebknecht).

Nordhausen. Jeden Donnerstag nachmittag 5 Uhr Spielnachmittag. Treffpunkt bei Rulf und Friese.

Bund der Freunde der JAS

Halle. Mühlbube Freiimfelder Schule geöffnet von Montag bis Donnerstag von 5 bis 9 Uhr abends.

Halle. Montag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette" Mitgliederversammlung des Stadtteils Zentrum.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271024-10/fragment/page=0012